



Bevölkerungsforschung Aktuell

Analysen und Informationen aus dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung

Ausgabe 6 • 2016
37. Jahrgang

Liebe Leserinnen und Leser,

nach den kürzlich veröffentlichten Ergebnissen der Sterbetafel 2013/2015 des Statistischen Bundesamtes liegt die Lebenserwartung aktuell für neugeborene Jungen bei mehr als 78 Jahren, die Mädchen dürfen sich auf über 83 Jahre freuen. Vergleicht man diese Zahlen mit den Berechnungen der Sterbetafel 1993/1995, so wird der große Anstieg der Lebenserwartung erst ersichtlich: Sie ist über 20 Jahre hinweg bei den Männern um 5 Jahre und 2 Monate sowie bei den Frauen um 3 Jahre und 7 Monate gestiegen. Gleichzeitig haben auch die regionalen Unterschiede in der Lebenserwartung in Deutschland in den letzten 20 Jahren abgenommen.

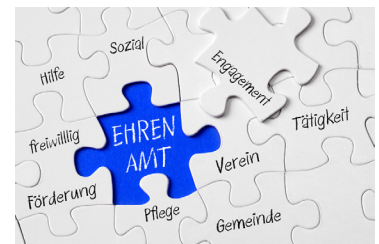
Diese an sich erfreuliche Entwicklung erfordert ein Umdenken, und zwar nicht nur in der Politik, sondern auch in der Arbeitswelt und in der Gesellschaft. So hat die Bundesregierung in ihrer Demografiestrategie unter anderem die Bewahrung und Förderung des sozialen und gesellschaftlichen Zusammenhalts auch mit Blick auf die Familien und das Verhältnis zwischen den Generationen als Ziel anvisiert. Zugleich hat sich der Blick auf den Lebensabschnitt Alter verändert: Da immer mehr Ältere ihren Lebensabend in einem guten gesundheitlichen Zustand erleben, gewinnen auch die produktiven Potenziale Älterer zunehmend an Bedeutung. Angesichts der demografischen Verschiebungen in den kommenden Jahrzehnten wird das Engagement der Älteren, etwa beim Ehrenamt, künftig eine wesentlich bedeutendere Rolle spielen.

Welche Potenziale für bürgerschaftliches Engagement in der Gruppe der Niedriggebildeten vorhanden sind, untersuchen Frank Micheel und Dominik Wehr in ihrem Beitrag. Volker Cihlar, Ines Sackreuther und Sonia Lippke richten ihren Blick auf die körperliche Aktivität während der Übergangsphase in den Ruhestand.

Dr. Evelyn Grünheid,
Forschungsdirektorin im BiB

Bürgerschaftliches Engagement von Niedriggebildeten im hohen Erwachsenenalter: Aktuelle Befunde aus dem Freiwilligensurvey 2014

Der Faktor „Bildung“ spielt für Voraussagen bei der Frage, welche Gruppen sich zu freiwilligem Engagement bereit erklären, die entscheidende Rolle. So belegen Studien, dass ein höherer Bildungsgrad in der Regel mit einer höheren Wahrscheinlichkeit des Engagements einhergeht. Dieses Phänomen bestätigt sich auch im hohen Alter. Daraus ergibt sich die Frage, wie sich das bürgerschaftliche Engagement im Alter bei 50-Jährigen und Älteren innerhalb der Gruppe der (formal) Niedriggebildeten verteilt und welche individuellen und strukturellen Merkmale dieses Phänomen erklären können.



Dabei wird vermutet, dass Niedriggebildete wichtige Potenziale hinsichtlich bürgerschaftlichen Engagements besitzen, die bisher allerdings quantitativ nicht ausreichend erforscht wurden.

Daher untersucht der Beitrag, ob es sich hier um eine weitgehend homogene Gruppe handelt oder ob sich differenzierende Faktoren bei den individuellen Ressourcen und Gelegenheitsstrukturen nachweisen lassen. Die Resultate zeigen unter anderem, dass Niedriggebildete im höheren Alter in Bezug auf die Ausübung einer bürgerschaftlichen Aktivität eine heterogene Gruppe darstellen. ➔ Seite 2

Körperliche Aktivität in der Übergangsphase in den Ruhestand



Körperliche Bewegung hat vielfältige positive Auswirkungen auf Körper, Geist und Seele. Diese gesundheitsfördernde Wirkung von ausreichender Aktivität wurde bereits in vielen Studien zweifelsfrei bestätigt. So lassen sich viele Krankheiten vermeiden beziehungsweise positiv beeinflussen, insbesondere wenn die Menschen älter werden. Doch trotz aller Kenntnisse über die positiven Eigenschaften ignorieren noch immer zu viele Ältere, gerade wenn sie vor dem Eintritt in den Ruhestand stehen, diesen Zusammenhang. Vor diesem Hintergrund analysiert der Beitrag, inwiefern Menschen im Alter zwischen 55 und 70 Jahren (also in der Übergangsphase in den Ruhestand) den Empfehlungen für körperliche Aktivität entsprechen.

Dazu wird auch mit den Daten der ersten Welle aus dem BiB-Datensatz „Transitions and Old Age Potential (TOP)“ die Frage beantwortet, welcher Anteil der bisher zu wenig Aktiven gerne aktiver wäre. Die Auswertungen ergeben eine klare Tendenz zu gesteigerter körperlicher Aktivität in den älteren Altersgruppen. Es zeigt sich zudem, dass 40 Prozent derjenigen, die bisher nicht aktiv waren, dies gerne wären. Auch für diese Gruppe gilt: Je älter die Personen, desto größer die Absicht, körperlich ausreichend aktiv zu sein. Hier besteht ein großes Potenzial für eine höhere körperliche Betätigung, dafür sollten zugeschnittene Bewegungsangebote geschaffen werden. ➔ Seite 9





Frank Micheel¹; Dominik Wehr²

Bürgerschaftliches Engagement von Niedriggebildeten im hohen Erwachsenenalter. Aktuelle Befunde aus dem Freiwilligensurvey 2014

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich mit der Frage, wie sich das bürgerschaftliche Engagement im hohen Erwachsenenalter innerhalb der Gruppe der (formal) Niedriggebildeten verteilt und welche individuellen und strukturellen Merkmale dieses Phänomen erklären können. Diese Analyse geschieht vor dem Hintergrund, dass von dieser Gruppe wichtige Potenziale bzgl. eines bürgerschaftlichen Engagements vermutet werden können, allerdings fehlen darüber genauere quantitative Betrachtungen. Im Einzelnen möchten wir erfahren, ob es sich bei dieser Gruppe im Zusammenhang mit dem bürgerschaftlichen Engagement eher um eine homogene Gruppe handelt oder ob sich differenzierende Faktoren hinsichtlich individueller Ressourcen und Gelegenheitsstrukturen beobachten lassen. Abschließend werden die Befunde im Kontext einer engagementfördernden Politik eingeordnet.

Bürgerschaftliches Engagement belebt die Demokratie, produziert Wohlfahrt, bietet Lösungen für konkrete Probleme und leistet in der Summe einen nennenswerten Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt. Insbesondere ältere Personen können in diesem Lebensbereich ihre Lebenserfahrungen erfolgreich einbringen und bei der Unterstützung jüngerer generationenübergreifende Solidarität ausdrücken (z.B. BMFSFJ 2005; Son/Wilson 2011; Wetzel/Simonson 2017). Neben dem gesellschaftlichen Mehrwert bürgerschaftlicher Aktivitäten wird in der Literatur auch der individuelle Nutzen für die Engagierten selbst diskutiert. Positive Zusammenhänge zwischen Engagement und subjektivem Wohlbefinden, Gesundheit oder Lebenswertung lassen sich empirisch beobachten (Morrow-Howell et al. 2003; Okun/Yeung/Brown 2013). In diesem Zusammenhang werden seitens der Politik Menschen im hohen Erwachsenenalter als attraktive Zielgruppe zur Gewinnung von Engagierten betrachtet wie bspw. der 5. Altenbericht dokumentiert (BMFSFJ 2005).

Beobachtet man die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements im hohen Erwachsenenalter aus den

letzten beiden Jahrzehnten, so lässt sich im Allgemeinen ein steigender Trend erkennen. Beispielsweise sind im Zeitraum von 1996 bis 2014 die Engagementquoten der 55- bis 69-Jährigen um mehr als das Doppelte (von knapp 11 % auf 24 %) angestiegen. In der Altersgruppe der 70- bis 85-Jährigen ist eine Steigerung um das 3,5-fache zu beobachten (von rund 5 % auf 18 %) (Mahne et al. 2017: Tabelle A 5-1). Vergleichbare Befunde erhält man auch aus anderen sozialwissenschaftlichen Datenquellen (wie z. B. aus dem Freiwilligensurvey oder dem Sozio-oekonomischen Panel), wobei der ansteigende Trend nicht gleichmäßig von allen Altersgruppen und beiden Geschlechtern getragen wird (Grabka 2013; Micheel 2015: 141f.). Zwar ist zwischen Frauen und Männern eine Annäherung zu erkennen, allerdings ist das Engagement unter Männern immer noch stärker verbreitet als unter Frauen (Wetzel/Simonson 2017). Deutliche Unterschiede lassen sich zwischen Ost- und Westdeutschland aufweisen. Das Engagement ist in den alten Bundesländern deutlich stärker ausgeprägt als in den neuen Bundesländern. Dieser Abstand zwischen den beiden Landesteilen bleibt im Zeitverlauf relativ stabil. Nach Angaben des Alterssurveys sind die Unterschiede in den Altersstufen ab 55 Jahren sogar noch stärker geworden (vgl. Mahne et al. 2017: Tabelle A 5-1). Ein vergleichbarer Trend zeichnet sich bzgl. unterschiedlicher Bildungsgruppen ab: Mit höherer Bildung ist auch eine stärkere Beteiligung zu beobachten. Die Unterschiede bleiben auch über den Zeitverlauf stabil (Grabka 2013; Künemund/Schupp 2008; Wetzel/Simonson 2017).

Die besondere Rolle der (formalen) Bildung beim bürgerschaftlichen Engagement

Der Faktor „Bildung“ hat sich quasi als *der* Prädiktor für freiwilliges Engagement hervorgetan. Die Höhe des Bildungsgrades geht in der Regel mit einer höheren Wahrscheinlichkeit des Engagements einher (Wilson 2000; Wilson 2012). Dieses Phänomen trifft auch im hohen Alter zu (z. B. Erlinghagen 2010). Bildung ist als ein mehrdimensionaler Begriff zu verstehen, der eine Vielzahl von Aspekten anspricht. Beim Zusammenhang zwischen Bildung und Engagement müssen daher unter-

¹ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)

² Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn



schiedliche Mechanismen berücksichtigt werden, und zwar im Hinblick auf zivile Fähigkeiten, soziale Verbindungen und gemeinschaftsorientierte Werte (Oesterle/Johnson/Mortimer 2004; Wilson/Musick 1997). Der Aspekt der *zivilen Fähigkeiten* (im Englischen *civic skills*, Brady/Verba/Schlozman 1995: 271) betont die Rolle von Bildung als ökonomischem Faktor im Sinne des häufig genannten Humankapitals. Bildung fördert in der Regel arbeitsmarktrelevante Kompetenzen, die auch im freiwilligen Sektor von Nutzen sind, wie beispielsweise die Fähigkeit, formale Schreiben aufsetzen zu können. In dieser Weise fungiert Bildung als Wegbereiter („enabler“), befähigt so (ältere) Menschen zur Partizipation am Ehrenamt (Brady/Verba/Schlozman 1995; Son/Wilson 2011: 660). Obwohl monetäre Anreize, anders als im Arbeitsmarkt, eine untergeordnete Rolle spielen, weist freiwilliges Engagement marktähnliche Strukturen im Sinne von Angebot und Nachfrage auf (Freeman 1994). In diesem Zusammenhang verfügt formale Bildung über eine *Signalwirkung* an den potenziellen „Arbeitgeber“, indem sie eine hohe Produktivität und Lernbereitschaft andeutet, unabhängig davon, wie wichtig die bereits erworbenen Fachkenntnisse für das bürgerschaftliche Engagement tatsächlich sind (vgl. Spence 1973; Wilson 2000). In dieser Funktion wirkt Bildung für die rekrutierende Organisation als Signalgeber (engl. „ability signaler“) hinsichtlich der geforderten Fähigkeiten (Son/Wilson 2011: 660). Es ist daher auch nicht überraschend, dass vorrangig höher gebildete Personen von Vertretern aus Freiwilligenorganisationen gefragt werden, ein Amt oder eine Aufgabe zu übernehmen (Wilson 2000). Der letzte theoretische Aspekt betrifft *Werte und Normen*. Geteilte gemeinschaftsorientierte Werte werden in der Engagementforschung als kulturelle Ressourcen betrachtet. Das bedeutet, dass Personen sich eher einer freiwilligen Gruppe oder Organisation anschließen, wenn sie die gleichen, gemeinschaftsorientierten Werte (z.B. Hilfsbereitschaft) teilen (Wilson/Musick 1997). Bildung versteift durch Tradierung dieser Werte das kulturelle Kapital, indem bspw. auf soziale oder umweltbezogene Probleme aufmerksam gemacht und über verschiedene Lösungs-

ansätze gesprochen wird (Oesterle/Johnson/Mortimer 2004; Son/Wilson 2011: 660; Wilson 2012: 188).

Ausgehend von den genannten theoretischen und empirischen Beobachtungen sind Personen aus den hohen Bildungsschichten bzgl. einer bürgerschaftlich orientierten Aktivität in mehrfacher Hinsicht gegenüber den Niedriggebildeten im Vorteil. Wenn wir jedoch den Faktor „Bildung“ zur Erklärung der Unterscheidung zwischen Aktiven und Nichtaktiven ausschließen, indem wir uns nur auf eine Bildungsschicht konzentrieren, welche Faktoren können die beschriebenen bildungsbezogenen Nachteile kompensieren? Aus diesem Grund konzentriert sich die Analyse *nicht auf die Unterscheidung zwischen den Bildungsgruppen, sondern auf Unterschiede innerhalb* der Gruppe der (formal) Niedriggebildeten.

Aus der Literatur werden folgende Faktorenbündel, die über den Bildungsaspekt hinaus bürgerschaftliches Engagement im hohen Erwachsenenalter begünstigen, in Betracht gezogen: persönliche Ressourcen (Gesundheit, frei verfügbare Zeit symbolisiert durch den Erwerbsstatus), soziale Rollen, die eher ein komplementäres als ein konkurrierendes Verhältnis zum Engagement aufweisen (Ausübung von familialen oder pflegebezogenen Unterstützungsleistungen), strukturelle Bedingungen (symbolisiert durch die Wohnregion) sowie (religiöse) Werte (Alscher et al. 2009: 45; Erlinghagen 2010; Hank/Stuck 2008; Künemund/Schupp 2008).

Datenbasis und Beschreibung der relevanten Stichprobe

Die statistischen Analysen basieren auf dem Scientific Use File des Deutschen Freiwilligensurveys 2014 (Version 1.1, DOI: 10.5156/FWS.2014.M.002). Es handelt sich dabei um eine repräsentative telefonische Befragung der Wohnbevölkerung im Alter ab 14 Jahren, die seit 1999 in einem Abstand von fünf Jahren durchgeführt wird. Die letzte Befragung fand im Zeitraum von April bis November 2014 statt. Die Gesamtstichprobe umfasst 28.690 Personen. Gemessen an der Zielgruppe (telefonisch erreicht und befragbar) entspricht die Ausschöpfungsquote rund einem Fünftel, ein üblicher Wert für telefonische Umfragen in Deutschland (Simonson/Hameister/Vogel 2016).

Die Analysestichprobe wird anhand der Kriterien *Alter* und *formaler Bildungsabschluss* nach ISCED (International Standard Classification of Education – Internationale Standardklassifikation des Bildungswesens) gebildet.¹

¹ In der niedrigen Bildungsgruppe werden Abschlüsse aus dem Primar- und Sekundarbereich I zusammengefasst. Abschlüsse aus dem Sekundarbereich II sowie aus dem postsekundären nichttertiären Bereich definieren die mittlere Bildungsgruppe. Ein niedriger Bildungsstand beinhaltet Abschlüsse aus dem Tertiärbereich (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2010: 71).



Es ergibt sich ein Analysesample mit $N = 1.063$ Personen, die 50 Jahre oder älter sind und einen niedrigen Bildungsabschluss vorweisen, was 3,7 % der Gesamtstichprobe entspricht. Auch wenn der Prozentsatz recht gering ist, so ist die absolute Fallzahl hoch genug für differenzierte quantitative Analysen. Sämtliche Befunde werden mit ungewichteten Daten dargestellt, d. h. die Befunde erheben keinen Anspruch auf Repräsentativität.

Die abhängige Variable basiert auf der Frage, ob die Person innerhalb der vergangenen zwölf Monate bürgerschaftlich engagiert war.² Als Prüfkriterien für ein bürgerschaftliches Engagement wurden hinzugezogen: Aktivität, die unentgeltlich im öffentlichen Raum stattfindet und gemeinschaftlich ausgeübt wird (Simonson/Haumeister/Vogel 2016: 71f.). Aus der Forschung bislang als erklärende Variablen bekannt sind Altersklassen (in 5er Klassen, wobei die oberste Altersklasse mit 80 Jahren oder älter nach oben offen ist), Geschlecht, Wohnregion (unterteilt nach West- und Ostdeutschland), Erwerbsstatus (in Teil- oder Vollzeit tätig, im Ruhestand oder sonstige Formen der Nichterwerbstätigkeit), subjektiver Gesundheitszustand, weitere informelle Tätigkeiten (Pflege und Kinderbetreuung) sowie Konfessionszugehörigkeit.

Der aus der Literatur bekannte Bildungsgradient ist auch in diesem Datensatz deutlich zu erkennen: In der Gruppe mit formal niedriger Bildung ist jede fünfte Per-

son engagiert (20,1 %). Zum Vergleich: in der Gruppe mit mittlerer Bildung ist es jede dritte Person (33,3 %) und mit hoher Bildung jede zweite Person (50,4 %). Über alle Bildungsschichten hinweg beträgt die Engagementquote der 50-Jährigen und Älteren 40,5 %. Nach Engagementbereichen differenziert sind die stärksten Ausprägungen in den Bereichen „Soziales“ und „Bewegung und Sport“ mit jeweils knapp 6 % zu finden. Es folgen „Kirche und Religion“ mit gut 5 % und „Freizeit und Geselligkeit“ mit rund 4 %.

Ergebnisse

Tabelle 1 zeigt die bivariaten Verteilungen mit ihren absoluten Zahlen sowie mit den dazugehörigen Zeilenprozenten. Zunächst fallen sowohl drei deutlich über- als auch drei deutlich unterdurchschnittliche Anteilswerte auf: Jede dritte Person, die in Teilzeit arbeitet, ist bürgerschaftlich engagiert. 27 % der Personen, die einen guten bzw. sehr guten gesundheitlichen Zustand angaben, sind ebenfalls aktiv. Der gleiche Anteil lässt sich unter pflegenden Personen beobachten. Auf der anderen Seite sind Wohnregion (Ostdeutschland, 10,5 %), ein Alter von 80 Jahren oder älter (11,1 %) sowie ein schlechter bzw. sehr schlechter Gesundheitszustand (12,8 %) mit deutlich unterdurchschnittlichem bürgerlichem Engagement verbunden.

Bei der Betrachtung der bivariaten statistischen Assoziationen geht der stärkste statistische Effekt vom Merkmal „Gesundheit“ aus (Cramers $V = 0,14$).³ Dabei zeigt sich ein positiver Gradient, d. h. ein besserer Gesundheitszustand geht mit einem stärkeren Engagement einher: Die Engagementquote der Personen mit einem (sehr) guten Gesundheitszustand ist gegenüber denjenigen mit einem mittleren Gesundheitszustand rund 1,6-mal so hoch ($27,1 \% \div 17,2 \% = 1,58$). Gegenüber den Personen mit einem (eher) schlechten Gesundheitszustand übersteigt die Quote sogar das Zweifache (27,1 % in Relation zu 12,8 %). Ein vergleichbar starker Zusammenhang wird beim Merkmal „Wohnregion“ festgestellt (Cramers $V = 0,13$), wobei die Engagementquote in Westdeutschland etwas mehr als doppelt so hoch ist wie in Ostdeutschland (23,0 % gegenüber 10,5 %). Der Erwerbsstatus übt einen etwas schwächeren statistischen Effekt auf das Engagement aus (Cramers $V = 0,11$). Hier zeigt sich, dass Erwerbsarbeit in Teilzeit mit der höchsten Engagementquote (33,0 %) einhergeht. Damit ist

² Der genaue Wortlaut der einleitenden Frage ist: „Als nächstes möchte ich mit Ihnen über Folgendes sprechen: Es gibt vielfältige Möglichkeiten, außerhalb von Beruf und Familie irgendwo mitzumachen, beispielsweise in einem Verein, einer Initiative, einem Projekt oder einer Selbsthilfegruppe. Ich nenne Ihnen verschiedene Bereiche, die dafür in Frage kommen. Wenn Sie an die letzten 12 Monate denken: Haben Sie sich in einem oder mehreren dieser Bereiche aktiv beteiligt [Nennung von 14 Engagementbereichen]? Sind Sie oder waren Sie irgendwo aktiv [Nennung von 14 Engagementbereichen]?“ (Simonson et al. 2016: 28f.). Im Anschluss wird Folgendes gefragt: „Uns interessiert nun, ob Sie in den Bereichen, in denen Sie aktiv sind, auch ehrenamtliche Tätigkeiten ausüben oder in Vereinen, Initiativen, Projekten oder Selbsthilfegruppen engagiert sind. Es geht um freiwillig übernommene Aufgaben und Arbeiten, die man unbezahlt oder gegen geringe Aufwandsentschädigung ausübt“ (Simonson 2016: 30).

³ Cramers V ist ein standardisiertes Zusammenhangsmaß bei der Analyse von Kreuztabellen mit nominalskalierten Daten (mit den Informationsgraden nach dem Typ „schwanger“ oder „nicht schwanger“). Dabei werden die Abweichungen von den statistisch erwarteten und tatsächlich beobachteten Werten gegenübergestellt. Grundsätzlich gilt: je stärker diese Abweichungen in ihrer Summe sind, desto größer ist der Wert dieses Zusammenhangsmaßes, welches Werte zwischen 0 (Hinweis auf keinen statistischen Zusammenhang zwischen den beiden Merkmalen) und 1 (vollständiger statistischer Zusammenhang) annehmen kann (z.B. Toutenburg et al. 2009: 107ff.).



Tab. 1: Bivariate Analysen zum bürgerschaftlichen Engagement in der Gruppe der formal Niedriggebildeten

Merkmal	Engagierte		Nichtengagierte		Gesamtzahl
	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent	
Geschlecht					
Männer	37	17,1	180	82,9	217
Frauen	177	20,9	669	79,1	846
Altersgruppe					
50-54	34	20,9	129	79,1	163
55-59	23	20,2	91	79,8	114
60-64	35	23,2	116	76,8	151
65-69	25	24,5	77	75,5	102
70-74	38	22,8	129	77,2	167
75-79	39	21,1	146	78,9	185
80 oder älter	20	11,1	161	88,9	181
Wohnregion					
Westdeutschland	188	23,0	628	77,0	816
Ostdeutschland (inkl. Berlin)	26	10,5	221	89,5	247
Erwerbsstatus (4 fehlende Werte)					
In Vollzeit erwerbstätig	26	22,4	90	77,6	116
In Teilzeit erwerbstätig	31	33,0	63	67,0	94
Rente/Pension	125	18,6	548	81,4	673
Nicht erwerbstätig (arbeitslos, in Ausbildung, sonstiges)	30	17,1	146	82,9	176
Gesundheit (8 fehlende Werte)					
Gut/Eher gut	112	27,1	301	72,9	413
Mittel	73	17,2	351	82,8	424
Schlecht/Eher schlecht	28	12,8	190	87,2	218
Kinderbetreuung (1 fehlender Wert)					
Ja	48	22,5	165	77,5	213
Nein	165	19,4	684	80,6	849
Pflege (1 fehlender Wert)					
Ja	43	27,0	116	73,0	159
Nein	171	18,9	732	81,1	903
Religionszugehörigkeit					
Ja	165	22,3	575	77,7	740
Nein	49	15,2	274	84,8	323
Stichprobe	214	20,1	849	79,9	1.063

Quelle: Scientific Use File des Freiwilligensurveys 2014, eigene Berechnungen, ungewichtete Daten.
Anmerkungen: Rundungsdifferenzen bei Zeilenprozenten möglich.

diese Quote etwa 1,4-mal so hoch wie die der nicht erwerbstätigen Personen, die noch nicht im Ruhestand sind (33,0 % in Relation zu 17,1 %). Das Engagement ist unter den nicht erwerbstätigen Personen am geringsten

ausgeprägt. Die Quote der Personen im Ruhestand ist mit 18,6 % nur unwesentlich höher. Die Stärke des statistischen Zusammenhangs zwischen Alter und Engagement (Cramers $V = 0,11$) ist hauptsächlich auf das „Abfallen“



des Engagementanteils auf 11,1 % bei den 80-Jährigen und Älteren zurückzuführen, wohingegen sich die Engagementquoten in den übrigen Altersgruppen auf einem ähnlich hohen Niveau befinden. Diese schwanken zwischen einem Fünftel und einem Viertel. Die übrigen Merkmale (Geschlecht, Kinderbetreuung, Pflege und Religionszugehörigkeit) deuten nur noch auf sehr schwache statistische Zusammenhänge hin, zum Teil sind sie statistisch nicht auffällig (Cramers V zwischen 0,03 hinsichtlich Kinderbetreuung und 0,08 bzgl. Religionszugehörigkeit). Die Übernahme von Kinderbetreuungs- und Pflegeleistungen korrespondieren mit höheren Engagementquoten. Die Zugehörigkeit zu einer Religion steht in einem positiven Zusammenhang mit dem bürgerschaftlichen Engagement. Der Anteil der Engagierten, die einer Religion angehören, ist 1,5-mal so hoch wie der Personen, die nicht einer Religion angehören (22,3 % in Relation zu 15,2 %).

Zusammenfassung und Ausblick

Wie eingangs theoretisch erörtert, weisen ältere Menschen aus unteren Bildungsschichten im Vergleich zu Hochgebildeten im Kontext des bürgerschaftlichen Engagements verschiedene und zum Teil kumulative Nachteile auf. Daher konzentrierte sich die Fragestellung auf die Verteilung des Engagements unter Niedriggebildeten im Alter von 50 Jahren oder älter. Diese Befunde können wertvolle Hinweise für eine differenzierte und sachlich geführte Diskussion über die Chancen *und* Grenzen hinsichtlich der Erschließung von Potenzialen im bürgerschaftlichen Engagement liefern. Darüber hinaus wollten wir erfahren, ob weitere soziale Risiken (Mangel an Ressourcen oder strukturelle Bedingungen) das Engagement negativ beeinflussen.

Die Analysen mit der aktuellen Welle des Freiwilligensurveys zeigen, dass drei Faktoren eine begünstigende Wirkung zeigen: Arbeit in Teilzeit zum einen als Indikator von beruflicher Integration, zum anderen als individuelle Ressource (frei verfügbare Zeit) (Brady/Verba/Schlozman 1995; Erlinghagen 2000, 2010); ein guter bis sehr guter Gesundheitszustand als persönliche Ressource (Künemund/Schupp 2008; Wilson 2000). Pflege steht als Indikator im Zusammenhang mit persönlicher Betroffenheit und einem stärkeren Zugang zu freiwilligen Gruppen/Organisationen, die zu diesem Thema Hilfe anbieten (Hank/Stuck 2008).

Hindernde Faktoren sind dagegen ein schlechter bzw. ein sehr schlechter Gesundheitszustand, die Wohnregion (Ostdeutschland) als Indikator für strukturellen Nachholbedarf (Olk/Gensicke 2014) und ein sehr hohes Alter. Alter stellt ebenfalls ein strukturelles Merkmal dar, insbesondere wenn bestimmte Aufgaben oder Ämter in Freiwilligenorganisationen eine Altershöchstgrenze haben oder ein allgemeiner, altersbedingter Rückzug aus den sozialen Beziehungen stattfindet (Künemund 2006).

Die vorgefundenen Erklärungsfaktoren lassen sich über den Bildungsaspekt hinaus feststellen (z. B. Künemund/Schupp 2008). Das heißt in diesem Sinne unterscheiden sich die Niedriggebildeten von den anderen Bildungsgruppen nicht, wenn auch die Beteiligungsquoten auf einem anderen Niveau verlaufen. Aus den Ergebnissen lässt sich vermuten, dass ein schlechter Gesundheitszustand, ein sehr hohes Alter und Ostdeutschland als Wohnregion *zusätzliche* Risikomerkmale bzgl. unserer Fragestellung darstellen. Abschließend ist festzuhalten, dass die Niedriggebildeten in Bezug auf die Ausübung einer bürgerschaftlichen Aktivität *keine* homogene Gruppe bilden.

Wie sind die vorgefundenen Zahlen für die Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements im Alter einzuschätzen? Der aktuell gemessene Engagementanteil der 50-Jährigen und Älteren scheint über alle Bildungsgruppen mit knapp 41 % einen vorläufigen Höhepunkt erreicht zu haben. Mit Hinblick auf die Engagementquoten im internationalen Vergleich sehen bspw. Hank und Erlinghagen (2008: 16) bei solchen Zahlen die Grenzen der Potenziale im bürgerschaftlichen Engagement erreicht und geben zu bedenken, ob ein Engagement darüber hinaus noch auf freiwilliger Basis entsteht, wenn z. B. sozialstaatliche Leistungen heruntergefahren werden und bürgerschaftliches Engagement zum Teil als Ersatz dafür einspringen soll.

Anknüpfend an diesen Befunde stellt sich die kritische Frage, inwiefern eine Ausweitung bürgerschaftlicher Aktivitäten unter den Niedriggebildeten stattfinden könnte bzw. auch sollte. Die vorgefundenen Zahlen bekräftigen die Forderung, in Bezug auf Gesundheit und Teilhabechancen auf den Arbeitsmärkten (betrifft die Personen im erwerbsfähigen Alter) Hilfestellung zu leisten, denn die positiven „Nebeneffekte“ aus einem verbesserten Gesundheitszustand und einer höheren Erwerbsbeteiligung schlagen sich in deutlich höheren Engagement-



quoten nieder (s. a. Erlinghagen 2008, 2010). Hingegen ist von hohen Erwartungen, Aufforderungen oder Appellen zu mehr bürgerschaftlichen Engagement gerade im Hinblick auf die untersuchte Personengruppe abzurufen. Empirische Untersuchungen legen nahe, dass ältere Personen mit den hier betrachteten Risikomerkmale sich von solchen Handlungen eher abgeschreckt bzw. bedroht fühlen und somit solche Maßnahmen als kontraproduktiv zu bewerten sind (Pavlova/Silbereisen 2012). Zudem sollte auch nicht davon ausgegangen werden, dass bürgerschaftliches Engagement im hohen Erwachsenenalter automatisch ein Teil der individuellen Lebensplanung ist. Diese Position ist unabhängig vom Bildungsniveau zu beobachten (van Dyk et al. 2013).

Literaturverzeichnis

- Alscher, Mareike; Dathe, Dietmar; Priller, Eckhard; Speth, Rudolf (2009): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Berlin: o. V.
- Brady, Henry E.; Verba, Sidney; Schlozman, Kay L. (1995): Beyond SES: A resource model of political participation. In: *American Political Science Review* 89,2: 271-294.
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familien, Senioren Frauen und Jugend, 2005): Fünfter Bericht zur Lage der älteren Generation in der Bundesrepublik Deutschland. Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen zum Zusammenhalt der Generationen. Berlin: o. V.
- Erlinghagen, Marcel (2008): Informelle Arbeit in alternden Gesellschaften: Möglichkeiten und Grenzen des „produktiven Alterns“. In: *Schmollers Jahrbuch: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften/ Journal of Applied Social Science Studies* 128,2: 237-259.
- Erlinghagen, Marcel (2010): Volunteering after retirement. Evidence from German panel data. In: *European Societies* 12,5: 603-625.
- Freeman, Richard B. (1994): Working for nothing: The supply of volunteer labor. In: *Journal of Labor Economics* 15,1, part 2: 140-166.
- Grabka, Markus M. (2013): Aktives Altern – Erwerbstätigkeit und bürgerschaftliches Engagement im Rentenalter. In: *WSI Mitteilungen* 66,5: 329-337.
- Hank, Karsten; Erlinghagen, Marcel (2008): Produktives Altern und informelle Arbeit. Stand der Forschung und Perspektiven. In: Erlinghagen, Marcel; Hank, Karsten (Hrsg.): *Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 9-24.
- Hank, Karsten; Stuck, Stephanie (2008): Volunteer work, informal help, and care among the 50+ in Europe: Further evidence for “linked” productive activities at older ages. In: *Social Science Research* 37,4: 1280-1291.
- Künemund, Harald (2006): Tätigkeiten und Engagement im Ruhestand. In: Tesch-Römer, Clemens; Engstler, Heribert; Wurm, Susanne (Hrsg.): *Altwerden in Deutschland. Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 289-327.
- Künemund, Harald; Schupp, Jürgen (2008): Konjunkturen des Ehrenamts – Diskurse und Empirie. In: Erlinghagen, Marcel; Hank, Karsten (Hrsg.): *Produktives Altern und informelle Arbeit in modernen Gesellschaften. Theoretische Perspektiven und empirische Befunde*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 145-163.
- Mahne, Katharina; Wolff, Julia Katharina; Simonson, Julia; Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.) (2017): *Altern im Wandel. Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS)*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Micheel, Frank (2015): Potenzial für bürgerschaftliches Engagement der über 55- bis 70-Jährigen in Deutschland. In: Schneider, Norbert F. et al. (Hrsg.): *Mittendrin? Lebenspläne und Potenziale älterer Menschen beim Übergang in den Ruhestand*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich: 139-156.
- Micheel, Frank (2016): Bürgerschaftliches Engagement und Engagementpotenziale von 55- bis 70-Jährigen in Deutschland. In: *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* [doi:10.1007/s00391-015-1013-x].
- Morrow-Howell, Nancy et al. (2003): Effects of volunteering on the well-being of older adults. In: *The Journals of Gerontology Series B: Psychological Sciences and Social Sciences* 58,3: 137-145.
- Oesterle, Sabrina; Johnson, Monica K.; Mortimer, Jeylan T. (2004): Volunteerism during the transition to adulthood: A life course perspective. In: *Social Forces* 82,3: 1123-1149.



- Okun, Morris A.; Yeung, Ellen W.; Brown, Stephanie (2013): Volunteering by older adults and risk of mortality: A meta-analysis. In: *Psychology and Aging* 28,2: 564-577.
- Olk, Thomas; Gensicke, Thomas (2014): Bürgerschaftliches Engagement in Ostdeutschland. Stand und Perspektiven. Wiesbaden: Springer VS.
- Pavlova, Maria K.; Silbereisen, Rainer K. (2012): Perceived level and appraisal of the growing expectations for active ageing among the young-old in Germany. In: *Research on Aging* 34,1: 80-99.
- Simonson, Julia; Hameister, Nicole; Vogel, Claudia (2016): Daten und Methoden des Deutschen Freiwilligensurveys. In: Simonson, Julia; Vogel, Claudia; Tesch-Römer, Clemens (Hrsg.): *Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Berlin: o. V.: 45-81.
- Simonson, Julia et al. (2016): *Deutscher Freiwilligensurvey 2014. Erhebungsinstrument*. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen.
- Son, Joonmo; Wilson, John (2011): Generativity and volunteering. In: *Sociological Forum* 26,3: 644-667.
- Spence, Michael (1973): Job market signaling. In: *The Quarterly Journal of Economics* 87,3: 355-374.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2010): *Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich*. Ausgabe 2010 – Tabellenband. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Toutenburg, Helge et al. (2009): *Deskriptive Statistik. Eine Einführung in Methoden und Anwendungen mit R und SPSS*. Springer-Lehrbuch. 7. Auflage. Berlin: Springer.
- van Dyk, Silke; Lessenich, Stephan; Denninger, Tina; Richter, Anna (2013): Gibt es ein Leben nach der Arbeit? Zur diskursiven Konstruktion und sozialen Akzeptanz des „aktiven Alters“. In: *WSI Mitteilungen* 66,5: 321-328.
- Wetzel, Martin; Simonson, Julia (2017): Engagiert bis ins hohe Alter? Organisationsgebundenes ehrenamtliches Engagement in der zweiten Lebenshälfte. In: Mahne, Katharina et al. (Hrsg.): *Altern im Wandel. Zwei Jahrzehnte Deutscher Alterssurvey (DEAS)*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden: 81-95.
- Wilson, John (2000): Volunteering. In: *Annual Review of Sociology* 26,1: 215-240.
- Wilson, John (2012): Volunteerism research: A review essay. In: *Nonprofit and Voluntary Sector Quarterly* 41,2: 176-212.
- Wilson, John; Musick, Marc (1997): Who cares? Towards an integrated theory of volunteer work. In: *American Sociological Review* 62,5: 694-713.

Volker Cihlar¹; Ines Sackreuther¹; Sonia Lippke²

Körperliche Aktivität in der Übergangsphase in den Ruhestand

Regelmäßige körperliche Bewegung ist gut für Körper, Geist und Seele. Das weiß eigentlich jeder, trotzdem fällt es vielen Menschen schwer, ausreichend körperlich aktiv zu sein. Mit steigendem Alter, wenn die Risiken von Erkrankungen zunehmen, ist es wichtig, ein ausreichendes Maß an körperlicher Aktivität zu erreichen, um den Risiken des Älterwerdens vorzubeugen bzw. diesen entgegenzuwirken und damit möglichst gesund altern zu können (Rott und Cihlar 2010). Der Eintritt in den Ruhestand markiert einen Übergang in eine Lebensphase, die vor diesem Hintergrund höchst interessant und ausschlaggebend erscheint: Während das Risiko für Verletzlichkeit und Erkrankungen zunimmt, erhöht sich durch den Wegfall des tageslaufstrukturierenden Elements der Erwerbstätigkeit auch das Maß an Zeitautonomie und erhöht damit die Möglichkeit, selbstbestimmt körperliche Aktivität verstärkt in den eigenen Tagesablauf zu integrieren. Das steigende Alter macht körperliche Aktivität also nötig, die gewonnene freie Zeiteinteilung macht sie möglich.

Dieser Beitrag stellt dar, inwiefern Menschen im Alter zwischen 55 und 70 Jahren, also in der Übergangsphase in den Ruhestand (kurz davor oder kurz danach), den Empfehlungen für körperliche Aktivität entsprechen. Außerdem wird die Frage beantwortet, welcher Anteil der bisher zu wenig Aktiven gerne aktiver wäre. Abschließend werden Unterschiede zwischen bereits ausreichend Aktiven und unzureichend Aktiven in ausgewählten objektiven und subjektiven Altersvariablen dargestellt. Wie alt sind die Aktiven im Durchschnitt gegenüber den weniger Aktiven? Wie alt fühlen sie sich? Wie alt denken sie zu werden? Diese Fragen werden auf Grundlage der Antworten von 4.890 telefonisch interviewten Personen beantwortet und in einem größeren Kontext diskutiert. Dieser umfasst die vielfältigen positiven Wirkungen von körperlicher Aktivität auf Körper, Geist und Seele und nimmt darauf Bezug, wie es gelingen könnte, mehr Älteren den Zugang zu qualitativ hochwertigen Sport- bzw. körperlichen Aktivitätsprogrammen zu ermöglichen.

Theoretische Grundlagen

Viele Studien zeigen zweifelsfrei die gesundheitsfördernde Wirkung von ausreichend körperlicher Aktivität (z.B. Garber et al. 2011; Cooney et al. 2013). Das „Center for Disease Control and Prevention“ (CDC) und das „American College of Sports Medicine“ (ACSM 1997) kamen schon vor über 20 Jahren in ihrem gemeinsam verfassten Bericht zu dem Schluss, dass in ausreichendem Maße körperlich aktive Erwachsene leistungsfähiger und gesünder sind als ihre inaktiven Zeitgenossen (Pate et al. 1995). Auch für Deutschland gibt es zahlreiche solcher Schlussfolgerungen, z. B. des Robert Koch-Instituts (Mensink 2002). Körperliche Aktivität schützt vor einer Reihe chronischer Erkrankungen, ist gut für das Wohlbefinden und wirkt sich auch indirekt positiv auf die Lebensqualität aus, indem man mit anderen Menschen zusammen ist, besser schlafen kann oder leistungsfähig für Job und Hobbies bleibt (Lippke und Vögele 2006). Nach dem American College of Sports Medicine (ACSM) und der American Heart Association (AHA) ist man dann ausreichend körperlich aktiv, wenn man den folgenden Empfehlungen nachkommt: Man sollte mindestens 30 Minuten an 5 Tagen pro Woche mittelanstrengende Aktivitäten oder 20 Minuten an 3 Tagen pro Woche intensive Aktivitäten ausüben, so dass die Ausdauer trainiert wird. Dies kann in Blöcken von bereits 10 Minuten erfolgen, also z. B. auch schon durch zügiges Fahrradfahren auf dem Weg zum Einkaufen oder durch schnelles Gehen. Wichtig ist, auf insgesamt 150 Minuten (moderat) bzw. 60 Minuten (intensiv) Ausdaueraktivität pro Woche zu kommen. Zusätzlich sollte Krafttraining (mind. 2 Mal/Woche) und Gleichgewichtstraining (3 Mal/Woche) ausgeübt werden, insbesondere im höheren Alter (Garber et al. 2011; Haskell et al. 2007). Diese Empfehlungen beruhen auf den Ergebnissen zahlreicher Studien zu gesundheitsfördernder Wirkung von körperlicher Aktivität, spiegeln dementsprechend wissenschaftlich gesichertes Wissen über die notwendige Belastungszusammensetzung wider.

Das erhöhte Risiko, eine koronare Herzkrankheit zu entwickeln, wenn man nicht ausreichend körperlich aktiv ist, wird meist als erstes genannt, wenn es um den gesundheitlichen Nutzen von körperlicher Aktivität geht (z. B. Murphy et al. 2016; Kwaśniewska et al. 2016).

¹ Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden

² Jacobs University, Bremen



Überblicksarbeiten konnten zeigen, dass körperlich inaktive Personen ein mehr als doppelt so hohes Risiko tragen, an einer koronaren Herzkrankheit zu erkranken als körperlich Aktive (z. B. Mora et al. 2007). Bei Menschen, die bereits an einer akuten Herzerkrankung leiden, kann körperliche Aktivität dazu beitragen, das subjektive Alter zu senken, so dass sich die körperlich aktiven Erkrankten jünger fühlen als inaktive Alters- und Leidensgenossen (Lippke, Siebels und Paech 2015).

In ihrer Übersicht kommen König et al. (2011) zu dem Schluss, dass durch angemessenes körperliches Training das Risiko, Diabetes Typ 2 und Folgeschäden zu entwickeln, verringert werden kann. Körperliche Aktivität hat darüber hinaus einen Einfluss auf die Knochenentwicklung und Knochendichte (Simmonds et al. 2016). Ausreichende Bewegung ist nicht nur im Kindes- und Jugendalter wichtig, wenn die Knochen wachsen, sondern auch im Erwachsenenalter, wenn die Knochendichte erhalten werden muss, um bspw. Brüchen vorzubeugen. Durch zahlreiche Studien gilt es mittlerweile als gesichert, dass durch körperliche Bewegung dem altersbedingten Abbau der Halte- und Bewegungsapparatsfunktionen entgegen gewirkt werden kann. Bei Frauen nach der Menopause schützt körperliche Aktivität vor dem Abbau der Knochenmasse und damit vor Osteoporose (Ishimi 2015).

Körperliche Aktivität kann die Wahrscheinlichkeit von Tumorentwicklung verringern und derzeitigen und ehemaligen Tumorpatienten helfen, ihren Gesundheitszustand zu verbessern und Folgeerkrankungen zu minimieren (Schmitz et al. 2005). Allgemein kann körperliches Training die Sauerstoffaufnahme verbessern. Insbesondere Menschen mit eingeschränkter Atem- und Lungenfunktion, wie z. B. Patienten mit Chronisch Obstruktiver Lungenerkrankung (COPD), fühlen sich aufgrund der Atembeschwerden stark eingeschränkt in ihrer körperlichen Bewegung. Dies kann zu folgendem Teufelskreis führen: Abnehmende Bewegung führt zu abnehmender Lungenfunktion und dies wiederum zu weiter abnehmender Bewegung. Gezieltes körperliches Training kann hier deutliche Besserungen erzielen (Chan und Lehto 2016).

Gesundheitsförderliche Effekte von körperlicher Aktivität zeigen sich also in einer verbesserten Herz-Kreislaufleistungsfähigkeit und Lungenfunktion, einer Verbesserung von Stoffwechselprozessen und einer Stärkung der Immunabwehr. Dies trifft auf gesunde Personen wie auch auf Menschen mit Vorerkrankungen zu (Lippke und

Vögele 2006). Neben diesen körperlichen Gewinnen gibt es auch zahlreiche positive Effekte im seelischen und geistigen Bereich sowie auf verschiedene Suchterkrankungen (Zschucke, Gaudlitz und Ströhle 2013).

Bei gesunden Personen können Sport und Bewegung das psychische Wohlbefinden verbessern und das Risiko für Angst, Depression und wahrgenommene Überbelastung reduzieren (Arent, Landers und Etnier 2000; Ho et al. 2015; Wipfli, Rethorst und Landers 2008). Es hilft schon, wenn Menschen geringfügig aktiver werden, denn auch dann lassen sich schon stimmungssteigernde Effekte erzielen (Reed und Ones 2006). Bemerkenswert ist auch, dass die antidepressiven Effekte von Sportprogrammen und psychotherapeutischer Behandlungen ähnliche Wirkung haben (Pibernik-Okanovic et al. 2015). Das bedeutet also, dass Sport und Psychotherapie gleichermaßen dazu in der Lage sind, schlechte Stimmung abzubauen und positiv auf die mentale Gesundheit wirken können.

Auch haben körperlich aktive Menschen eine bessere kognitive Leistungsfähigkeit (Etnier et al. 1997). Neuere Studien konnten zeigen, dass körperliche Aktivität die Wahrscheinlichkeit der Entwicklung einer Alzheimer- oder Parkinson-Erkrankung verringern kann (Paillard, Rolland und de Souto Barreto 2015). Im Vergleich von körperlicher Aktivität und medikamentöser Behandlung zeigte sich Aktivität als wirksamer (Ströhle et al. 2015). Darüber hinaus kann regelmäßige körperliche Aktivität auch zu einer besseren Stressresistenz führen (Gay et al. 2015; Upchurch, Rainisch und Chyu 2015).

Es kann also zusammengefasst werden, dass Sport und körperliche Aktivität die Leistungsfähigkeit, das psychische Wohlbefinden, die Stimmung und die kognitiven Funktionen verbessern. Somit ist körperliche Aktivität ein wichtiger Faktor für die Erhaltung der Gesundheit (Lippke und Vögele 2006). Diese Gewinne durch körperliche Aktivität sind unabhängig vom Alter, auch wenn gesundheitliche Beeinträchtigungen mit dem Alter zunehmen. Körperliche Aktivität bleibt über den gesamten Lebenslauf hinweg wichtig und spielt im höheren Alter eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Lebensqualität zu steigern oder zu erhalten. Entscheidend ist es allerdings zu verstehen, und zu beachten, dass nicht jegliches Maß und jegliche Form von körperlicher Aktivität ausreichen, sondern die evidenzbasierten Ergebnisse nur erreicht werden können,



wenn die Empfehlungen für Umfang, Dauer und Intensität körperlicher Aktivität eingehalten werden. Ein Motto im Sinne von „Hauptsache irgendetwas tun“ sollte vermieden werden, wenn der gesundheitsfördernde Aspekt körperlicher Aktivität im Vordergrund steht.

Methoden

Für die Analyse wurden die Daten der ersten Welle aus dem BiB-Datensatz „Transitions and Old Age Potential (TOP)“ verwendet. Diese Untersuchung wurde 2013 mit 5.002 Teilnehmern im Alter zwischen 55 und 70 Jahren durchgeführt, indem sie telefonisch zu ihren Tätigkeiten in Berufs- und Privatleben befragt wurden. Die Fragen zur körperlichen Aktivität wurden in zwei Items abgebildet. Zunächst wurden alle Teilnehmer gefragt, wie häufig pro Woche sie körperliche Aktivitäten ausführten. Dabei



Körperliche Aktivität

Als nächstes möchte ich mit Ihnen darüber sprechen, was Sie in Ihrem Alltag tun. Wie oft sind Sie 30 Minuten oder länger körperlich aktiv, zum Beispiel beim Sport?

- (1) Weniger als einmal wöchentlich
- (2) Ein bis zwei Mal wöchentlich
- (3) Drei bis vier Mal wöchentlich
- (4) Fünf Mal wöchentlich oder mehr

konnten sowohl Sport als auch körperlich anstrengende Alltagsaktivitäten einbezogen werden (siehe Kasten).

Auf der Grundlage der Empfehlungen des American College of Sports Medicine (ACSM) und der American Heart Association (AHA) für einen nachhaltigen gesundheitsfördernden Effekt durch regelmäßige körperliche Aktivität wurden die Befragten in zwei Gruppen eingeteilt: ausreichend Aktive, die mindestens drei Mal pro Woche körperlich aktiv sind und unzureichend Aktive,



Dauer der körperlichen Aktivität

Haben Sie die Absicht, mindestens fünf Mal pro Woche 30 Minuten oder länger körperlich aktiv zu sein?

- (1) Ja
- (0) Nein

die seltener als drei Mal pro Woche eine körperliche Aktivität ausführen. Alle Personen, die seltener als fünf Mal wöchentlich aktiv sind, wurden nach ihrer Motivation gefragt, körperlich aktiver zu werden (siehe Kasten).

Mit dieser Frage wird demnach erfasst, ob die befragten Personen vorhaben, in naher Zukunft ein Maß an körperlicher Aktivität auszuüben, das den Empfehlungen für eine ausreichende körperliche Aktivität im Sinne nachhaltiger gesundheitsfördernder Effekte auf jeden Fall entspricht.

Das Alter wurde in TOP sowohl objektiv als auch subjektiv erfasst. Als objektive Altersvariable wurde das kalendarische Alter der Teilnehmer gewählt. Das subjektiv gefühlte Alter geht in zwei Dimensionen in die Analyse ein, in der körperlichen und in der geistigen. Dafür wurden die Teilnehmer gefragt, wie alt sie sich unabhängig von ihrem tatsächlichen Alter in beiden Dimensionen fühlten. Als weitere subjektive Altersvariable wurde das erwartete Alter verwendet. Dabei sollten die Teilnehmer in einer gesellschaftlichen und in einer persönlichen Perspektive angeben, was sie glaubten, wie alt die Menschen allgemein in Deutschland werden (gesellschaftliche Perspektive) und wie alt sie selbst werden (persönliche Perspektive). Für die Analyse von Unterschieden zwischen ausreichend und unzureichend Aktiven in verschiedenen Altersvariablen wurde ein t-Test berechnet, der statistisch bedeutsame Differenzen aufzeigt.



Alterseinschätzung

Unabhängig von Ihrem tatsächlichen Alter: Wie alt fühlen Sie sich körperlich?

___ [Jahre]

Und wie alt fühlen Sie sich geistig?

___ [Jahre]

Was glauben Sie, wie alt die Menschen in Deutschland heute im Durchschnitt werden?

___ [Jahre]

Und was glauben Sie, wie alt Sie persönlich werden?

___ [Jahre]



Ergebnisse

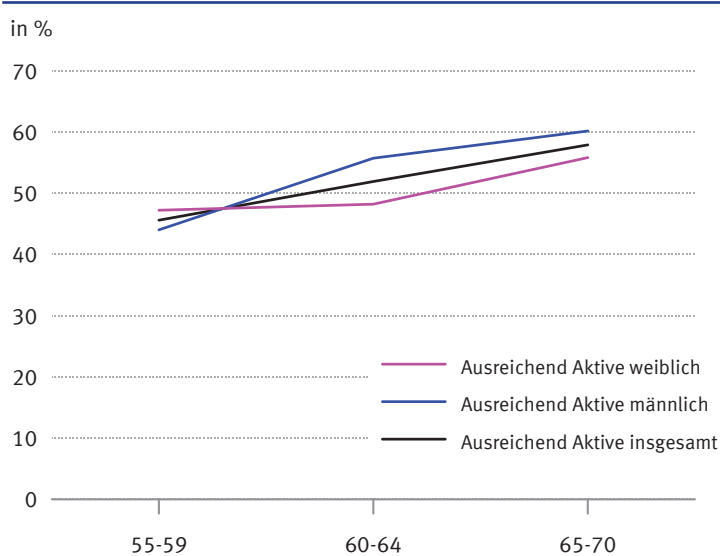
(1) Ausmaß körperlicher Aktivität

Körperlich aktiv ist ein großer Teil der 55- bis 70-jährigen Befragten (s. Tabelle 1). Nur insgesamt 18 Prozent sind seltener als einmal wöchentlich aktiv. Etwas mehr als die Hälfte übt dagegen mindestens drei Mal pro Woche eine körperliche Aktivität aus (52 Prozent), ist also in einem Maß körperlich aktiv, das entsprechend der Empfehlungen als ausreichend für einen nachhaltigen gesundheitsfördernden Effekt anzusehen ist.

Nach Altersgruppen getrennt betrachtet zeigt sich ein deutlich positiver Altersgradient: Mit steigendem Alter sinkt der Anteil an unzureichend Aktiven, während der Anteil an ausreichend Aktiven ansteigt. Während unter den 55- bis 59-jährigen noch jede fünfte Person seltener als einmal wöchentlich aktiv ist (22 Prozent), ist in der Gruppe der 60-bis 64-jährigen nur noch ungefähr jede sechste Person (17 Prozent) und bei den 65- bis 70-jährigen nur noch jede siebte Person (15 Prozent) seltener als einmal wöchentlich aktiv. Ein ähnliches Bild (s. Tabelle 1) zeigt sich beim Anteil der Personen, die ein bis zwei Mal wöchentlich aktiv sind.

Auf der anderen Seite ist der Anteil an Personen, die mindestens drei Mal pro Woche eine körperliche Aktivität ausüben, bei der Gruppe der 55- bis 59-jährigen mit 46 Prozent am geringsten und steigt bei den älteren Gruppen deutlich an und zwar von 52 Prozent bei den 60- bis 64-jährigen auf 58 Prozent bei den 65- bis 70-jährigen.

Abb. 1: Ausreichend Aktive nach Geschlecht in %



Datenquelle: Transitions and Old Age Potential (TOP)

© BiB 2016

Demnach sind die Älteren jenseits der regulären Altersruhestandsgrenze die Aktivsten mit dem geringsten Anteil an unzureichend und dem höchsten Anteil an ausreichend Aktiven (s. Tabelle 1).

Unter den Männern ist der Anteil an ausreichend Aktiven mit 53 Prozent etwas höher als bei den Frauen mit 50 Prozent (Abbildung 1). Im Vergleich zu den Frauen weisen die Männer zudem einen stärker ausgeprägten Altersgradienten auf: So steigt bei den Männern der Anteil ausreichend Aktiver von 44 Prozent bei den 55- bis 59-jährigen auf 60 Prozent bei den 65- bis 70-jährigen. Bei den Frauen

Tab. 1: Ausmaß an körperlicher Aktivität nach Geschlecht und Alter in %

	Weiblich (n=2.495)			Männlich (n=2.395)			Gesamt (n=4.890)		
	Altersgruppen in Jahren								
Häufigkeit der körperlichen Aktivität	55-59	60-64	65-70	55-59	60-64	65-70	55-59	60-64	65-70
Weniger als einmal wöchentlich	22,6	17,1	15,3	21,4	16,7	14,9	22,0	16,9	15,1
Ein bis zwei Mal wöchentlich	30,3	34,7	28,9	34,6	27,4	24,9	32,4	31,2	27,0
Drei bis vier Mal wöchentlich	19,6	22,0	28,2	22,7	24,5	25,8	21,1	23,2	27,0
Fünf Mal wöchentlich oder mehr	27,6	26,1	27,7	21,3	31,3	34,3	24,5	28,7	30,9

Quelle: Transitions and Old Age Potential (TOP).



Tab. 2: Unzureichend Aktive, die ihre Aktivität steigern wollen, nach Geschlecht und Alter in %

	Weiblich (n=1.228)			Männlich (n=1.118)			Gesamt (n=2.346)		
	Altersgruppen in Jahren								
Häufigkeit der körperlichen Aktivität	55-59	60-64	65-70	55-59	60-64	65-70	55-59	60-64	65-70
Weniger als einmal wöchentlich	34,2	42,4	44,4	40,1	42,1	44,4	37,1	42,3	44,4
Ein bis zwei Mal wöchentlich	38,8	42,0	47,8	41,5	49,8	52,3	40,2	45,5	49,8

Quelle: Transitions and Old Age Potential (TOP).

en dagegen steigt der Anteil ausreichend Aktiver von 47 Prozent bei den 55- bis 59-Jährigen auf 56 Prozent bei der ältesten Altersgruppe 65 bis 70 Jahre.

Der etwas schwächer ausgeprägte Altersgradient bei den Frauen beruht auf einem uneinheitlichen Muster innerhalb der verschiedenen Ausprägungen körperlicher Aktivität (Tabelle 1). So sinkt der Anteil an Frauen, die nur ein bis zwei Mal wöchentlich aktiv sind über die Altersgruppen nicht kontinuierlich ab, sondern steigt in der Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen sogar an. Der Anteil an Frauen, die mindestens fünf Mal wöchentlich aktiv sind, weist hingegen kaum eine Veränderung zwischen den unterschiedlichen Altersgruppen auf.

(2) Motivation körperlicher Aktivität

Zwei von fünf Personen, die seltener als drei Mal wöchentlich aktiv sind, wollen gerne körperlich aktiver sein (Tabelle 2). Dabei zeigt sich, dass der Anteil bei den Personen, die seltener als einmal wöchentlich aktiv sind, etwas geringer ist im Vergleich zu denjenigen, die ein bis zwei Mal pro Woche eine Aktivität ausüben. Wie bei der

tatsächlich ausgeübten Aktivität bildet sich auch bei der Motivation, zukünftig körperlich aktiver zu sein, ein positiver Altersgradient ab: Mit steigendem Alter steigt auch die Motivation. Vergleicht man die Gruppe mit dem niedrigsten Aktivitätsniveau mit der Gruppe, die ein bis zwei Mal wöchentlich aktiv ist, zeigt sich nicht nur eine insgesamt niedrigere Motivation, auch der Altersgradient ist hier geringer ausgeprägt.

Männer sind im Vergleich zu den Frauen nicht nur etwas häufiger aktiv, sie weisen auch eine durchschnittlich größere Motivation auf. Dies gilt jedoch hauptsächlich für die Gruppe der ein bis zwei Mal wöchentlich Aktiven. Bei denjenigen, die weniger als einmal wöchentlich aktiv sind, besteht hier lediglich in der Altersgruppe der 55- bis 59-Jährigen ein Unterschied. Allerdings zeigt sich in dieser Gruppe bei den Frauen der stärker ausgeprägte Altersgradient: Der Anteil an Frauen, die gerne aktiv sein würden, ist in der ältesten Gruppe um 10 Prozentpunkte höher im Vergleich zu den 55- bis 59-Jährigen. Bei den Männern liegt der Zugewinn in der gleichen Gruppe im Vergleich nur bei vier Prozentpunkten.

Tab. 3: Aktivitätsgruppen nach objektiven und subjektiven Altersangaben in Jahren

Altersangaben in Jahren	Ausreichend Aktive	Unzureichend Aktive
	Mittelwerte	
Kalendarisches Alter	62,5	61,6***
Gefühltes Alter: körperlich	54,5	55,3**
Gefühltes Alter: geistig	51,2	50,9
Erwartetes Alter der Menschen in Deutschland	80,4	80,5
Persönlich erwartetes Alter	83,3	82,4**

Quelle: Transitions and Old Age Potential (TOP).

Anmerkung: ** bedeutet, dass die Mittelwerte sich statistisch bedeutsam auf dem 1 %-Niveau unterscheiden, *** bedeutet, dass die Mittelwerte sich statistisch bedeutsam auf dem 0,1 %-Niveau unterscheiden.



- **Unterschiede zwischen ausreichend und unzureichend körperlich Aktiven**

Abschließend soll gezeigt werden, inwieweit sich die Gruppe der ausreichend Aktiven von der Gruppe der unzureichend Aktiven hinsichtlich der objektiven und subjektiven Altersvariablen unterscheiden (Tabelle 3). Wie nach den oben dargestellten Ergebnissen zu erwarten, sind ausreichend Aktive im Durchschnitt um 0,9 Jahre älter als unzureichend Aktive. Gleichzeitig fühlen sich die sehr Aktiven körperlich jünger. Im Durchschnitt sind es 8 Jahre, die sich sehr Aktive körperlich jünger fühlen als sie tatsächlich sind. Dagegen fühlen sich weniger Aktive durchschnittlich „lediglich“ 6 Jahre jünger.

Unterschiede zwischen den beiden Gruppen zeigen sich auch hinsichtlich der persönlich geschätzten Lebenserwartung. Körperlich sehr aktive Personen in der Ruhestandsphase sind zwar faktisch etwas älter, fühlen sich aber körperlich deutlich jünger und erwarten etwas länger zu leben. Im Durchschnitt erwarten ausreichend aktive 55-bis 70-Jährige um 0,9 Jahre älter zu werden als ihre unzureichend aktiven Altersgenossen.

Einordnung der Ergebnisse in einen größeren Kontext

Der Eintritt in den Ruhestand, der als eine Phase der späten Freiheit angesehen werden kann (Rosenmayr 1983), setzt vermehrt Zeit für persönliche bzw. private Tätigkeiten frei. Die klare Tendenz zu gesteigerter körperlicher Aktivität in den älteren Altersgruppen unserer Untersuchung könnte damit zusammenhängen, dass durch den Wegfall der tageslaufstrukturierenden und -dominierenden Erwerbstätigkeit offenbar individuelle Betätigungsmuster in den Vordergrund treten. Dieser Umstand schafft die Möglichkeit, nach dem Eintritt in den Ruhestand vermehrt körperlich aktiv zu sein. Dieses positive Gesundheitsverhalten spiegelt ein gewisses Maß an bewusster Selbstsorge wider, die das Potential zur Selbstgestaltung entfaltet (dazu Kruse 2014). Die Bewusstwerdung der eigenen Verletzlichkeit und Endlichkeit sowie der damit einhergehenden Notwendigkeit zu verstärkter Pflege des eigenen Körpers und Geistes mit steigendem Alter kann nun dazu führen, in der Phase des Ruhestands das Maß an körperlicher Aktivität zu erhöhen. Dies steigert zum einen die Chance auf ein individuell gesundes Altern und trägt zum anderen zu einem positiven Altersbild bei.

Die Definition des Begründers der Altersmedizin, Max Bürger, nach der Altern als jede natürliche, irreversible Veränderung der lebenden Substanz als Funktion der Zeit bezeichnet wird (Bürger 1947), zeigt auf, dass es sich beim Altern um einen lebenslangen Prozess handelt, der mit der Geburt beginnt und mit dem Tod endet. Dementsprechend kommt dem kalendarischen Alter als eher soziale Komponente eine in erster Linie normative Bedeutung zu. In normativen Lebensphasen werden gewisse altersspezifische Aufgaben erledigt, bestimmte Anforderungen an das Individuum gestellt und auch regulative Altersgrenzen vorgegeben. Das biologische Alter wiederum nimmt sehr viel stärker Bezug auf die Biomorphose, also den Umbau der lebenden Substanz, wie er in der Definition Bürgers als Kernelement des Alterns genannt wird. Unsere Untersuchung konnte aufzeigen, dass die ausreichend aktiven Personen im Mittel ca. ein Jahr älter als die weniger aktiven, also im kalendarischen Alter weiter vorgerückt waren, sich jedoch auf der subjektiven Seite des Alters jünger fühlten als die weniger Aktiven. Dies betont den gesundheitsfördernden Effekt auch auf der psychologischen Ebene. Körperlich Aktive sind, wie in zahlreichen Studien erwiesen, nicht nur insgesamt physisch gesünder (z. B. Garber et al. 2011), sondern darüber hinaus fällt auch die subjektive Wahrnehmung des eigenen Alters und damit u. a. der biologischen Leistungsfähigkeit günstiger als bei weniger Aktiven aus. Außerdem schätzten die ausreichend aktiven Personen in unserer Studie die ihnen noch verbleibende Lebenszeit um ca. ein Jahr höher ein als die unzureichend Aktiven, was neben der günstigeren subjektiven Wahrnehmung des Ist-Zustands auch eine zuversichtlichere Zukunftsperspektive offenlegt.

Das Ziel einer umfassenden kollektiven Gesundheitsförderung ist die Beteiligung möglichst vieler Menschen an möglichst qualitativ hochwertigen Programmen zu körperlicher Aktivität. Dass die Zahlen der ausreichend Aktiven nicht noch höher ausfallen, könnte an der in Deutschland noch ausbaufähigen Infrastruktur an Bewegungsangeboten für Ältere liegen. Unsere Ergebnisse zeigen, dass über 40 Prozent derjenigen, die bisher nicht ausreichend aktiv sind, dies gerne wären. Auch hier gilt: Je älter die Personen, desto größer die Absicht, körperlich ausreichend aktiv zu sein. Es besteht demnach ein großes Potential, dass ein höherer Prozentsatz an Älteren sich ausreichend körperlich betätigt, wenn es gelän-



ge, auf Ältere zugeschnittene Bewegungsangebote, im Optimalfall Bewegungsinstitutionen, zu schaffen. Eine Institution, die auf drei Säulen aufgebaut, die Ganzheit des Menschen in Körper, Seele und Geist berücksichtigt, könnte dazu in der Lage sein, die vorhandene Motivation Älterer zu ausreichend körperlicher Aktivität in individuell und kollektiv fruchtbare Bahnen zu lenken.

Die Notwendigkeit des Zuschnitts der Bewegungsangebote auf Ältere ergibt sich aus empirischen Erkenntnissen, die aufzeigen, dass ein unterstützendes, sozial und körperlich ansprechendes Umfeld, sowie individuell anpassbare Programminhalte für die langfristige Teilnahme Älterer an Bewegungsprogrammen als Grundvoraussetzungen angesehen werden müssen (Jancey et al. 2008). Dies ist insbesondere deshalb relevant, weil Menschen, die in den Ruhestand eintreten, zwar eine erhöhte Bereitschaft zu körperlicher Aktivität zeigen, diese aber nach ca. 4 Jahren wieder absinkt (Stenholm et al. 2016).

Wie unsere Ergebnisse deutlich machen, existieren sowohl im Umfang körperlicher Aktivität als auch in der Bereitschaft, das Aktivitätsniveau zu steigern, bedeutsame Unterschiede hinsichtlich Geschlecht und Alter. Darüber hinaus bestehen unterschiedliche Motivlagen für körperliche Aktivität nach Geschlecht und Altersgruppe (Molanorouzi, Khoo und Morris 2015). Dies sollte in zugeschnittenen Bewegungsprogrammen gleichermaßen gezielt bedient werden. Eine geschlechts- bzw. altersspezifische Ansprache potenzieller Aktiver könnte diesbezüglich dazu beitragen, die Aktivitätsquoten zu erhöhen. Dynamische und interaktive Programminhalte, die den älteren Menschen die Möglichkeit geben, Rückmeldung über ihre Fortschritte, also den Erwerb von Fähigkeiten und Fertigkeiten, zu erhalten, gepaart mit einem fördernden und anregenden Sozialambiente sollten demnach die Pfeiler einer Bewegungsinstitution für Ältere bilden, um diese möglichst langfristig in körperliche Aktivität einbinden zu können.

Die Forderung nach den drei Säulen des Zuschnitts ergibt sich direkt aus dem oben Erwähnten: Die Förderung von körperlicher Leistungsfähigkeit (1. Säule), die Ansprache von sozialem und psychischem Wohlbefinden (2. Säule) und das Training kognitiver Fähigkeiten (3. Säule), um u. a. körperlich aktiv zu werden und zu bleiben führen in der Kombination und in wissenschaftlich fundiertem Belastungsgefüge zu nachhaltigen und wirkungsvollen Effekten (Cihlar 2013, 2014; Colcombe und Kra-

mer 2003; Erickson, Miller und Roecklein 2012; Gogulla, Lemke und Hauer 2012; Granacher et al. 2013; Illig 2012; Langlois et al. 2013).

Die Ergebnisse unserer Studie tragen an dieser Stelle dazu bei, aufzuzeigen, dass ausreichende körperliche Aktivität nicht ausschließlich mit einer verbesserten Leistungsfähigkeit zusammenhängt, sondern überdies auch die subjektive Wahrnehmung des eigenen Alters und die eingeschätzte noch verbleibende Lebenszeit beeinflusst, dass Körperliches, Seelisches und Geistiges also miteinander in Verbindung stehen und unter Umständen sogar voneinander abhängen. Der individuelle Nutzen ergibt sich direkt daraus und resultiert in größerer körperlicher und seelisch-geistiger Gesundheit, Leistungsfähigkeit und Lebensqualität. Der kollektive Nutzen besteht darin, dass die auf Solidarität aufgebaute Gesellschaft von körperlich aktiven Individuen dahingehend profitiert, dass diese eine höhere Lebensqualität und soziale Teilhabe aufweisen, seltener finanzielle staatliche Gesundheitsleistungen in Anspruch nehmen und sich darüber hinaus stärker in die Gemeinschaft einbringen, sei es durch freiwillige und ehrenamtliche Tätigkeiten oder auch durch Unterstützungsleistungen, welche innerhalb der eigenen Familie erbracht werden (Rott und Cihlar 2010; Cihlar, Lippke und Dorbritz 2015).

Die Älteren der Gegenwart und Zukunft verspüren stärker als noch vorhergehende Generationen den Wunsch und die Bereitschaft körperlich aktiv zu sein (Krug et al. 2013; Spuling, Ziegelmann und Wünsche 2017) und sind auch insgesamt körperlich leistungsfähiger (Alber und Heß 2010). Dieser Konstellation sollte mit qualitativ hochwertigen Angeboten begegnet werden, um Älteren die Möglichkeit zu geben, gesund und selbstbestimmt altern zu können und die positiven Effekte von ausreichend körperlicher Aktivität auf Körper, Geist und Seele auszuschöpfen. Daraus entstünde eine Gesellschaft, in der gesundheitsfördernde Partizipationsmöglichkeiten für Ältere geschaffen werden, die daraus einen persönlichen Nutzen ziehen. Dies führt zu Gewinnen auf der gesellschaftlichen und auf der individuellen Ebene.

Literatur

Alber, Jens; Heß, Moritz (2010): Was Bestenlisten uns verraten. Die körperliche Leistungsfähigkeit von Senioren. In: Senioren Leichtathletik 6 (10): 7-10.



- American College of Sports Medicine (1997): Exercise management for persons with chronic diseases and disabilities. Champaign: Human Kinetics.
- Arent, Shawn; Landers, Daniel M.; Etnier, Jennifer (2000): The effects of exercise on mood in older adults. A meta-analytic review. In: *Journal of Aging & Physical Activity* 8: 407-430.
- Bürger, Max (1947): *Altern und Krankheit*. Leipzig: Thieme.
- Chan, Roxane R.; Lehto, Rebecca H. (2016): The experience of learning meditation and mind/body practices in the COPD population. In: *EXPLORE: The Journal of Science and Healing* 12: 171-179.
- Cihlar, Volker (2013): Beweglichkeitsleistungen im dritten Lebensalter. Interventionsstudie zur Trainierbarkeit bei Personen im Alter zwischen 61 und 88 Jahren. In: *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 46: 339-345.
- Cihlar, Volker (2014): Zum Einfluss körperlicher Aktivität auf Leistungsfähigkeit und Gesundheit im höheren Lebensalter: Eine quantitative empirische Untersuchung unterschiedlicher Bewegungsbausteine und ihrer Auswirkungen auf motorische und kognitive Fähigkeiten, Gesundheit und psycho-soziale Faktoren bei älteren Menschen. Dissertation: Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.
- Cihlar, Volker; Lippke, Sonia; Dorbritz, Jürgen (2015): Tätigkeitsmuster in der Übergangsphase in den Ruhestand. In: Schneider, Norbert F.; Mergenthaler, Andreas; Staudinger, Ursula M.; Sackreuther, Ines (Hrsg.): *Mittendrin? Lebenspläne und Potenziale älterer Menschen beim Übergang in den Ruhestand*. Opladen: Barbara Budrich: 157-179.
- Colcombe, Stanley J.; Kramer, Arthur F. (2003): Fitness effects on the cognitive function of older adults: A meta-analytic study. In: *Psychological Science* 14: 125-130.
- Cooney, Gary M.; Dwan, Kerry; Greig, Carolyn A. et al. (2013): Exercise for depression. *Cochrane Database Syst Rev* 9: CD004366.
- Erickson, Kirk I.; Miller, Destiny L.; Roecklein, Kathryn A. (2012): The aging hippocampus: Interactions between exercise, depression, and BDNF. In: *The Neuroscientist* 18: 82-97.
- Etnier, Jennifer; Salazar, Walter; Landers, Daniel M. et al. (1997): The influence of physical fitness and exercise upon cognitive functioning: A meta-analysis. In: *Journal of Sport & Exercise Psychology* 19: 249-277.
- Garber, Carol E.; Blissmer, Bryan; Deschenes, Michael R. et al. (2011): American College of Sports Medicine position stand. Quantity and quality of exercise for developing and maintaining cardiorespiratory, musculoskeletal, and neuromotor fitness in apparently healthy adults: guidance for prescribing exercise. In: *Medicine and Science in Sports and Exercise* 43: 1334-1359.
- Gay, Jennifer L.; Salinas, Jennifer J.; Buchner, David M. et al. (2015): Meeting physical activity guidelines is associated with lower allostatic load and inflammation in Mexican Americans. In: *Journal of Immigrant and Minority Health* 17: 574-581.
- Gogulla, Stefanie; Lemke, Nele C.; Hauer, Klaus (2012): Effekte körperlicher Aktivität und körperlichen Trainings auf den psychischen Status bei älteren Menschen mit und ohne kognitive Schädigung. In: *Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie* 45: 279-289.
- Granacher, Urs; Lacroix, Andre; Muehlbauer, Andreas et al. (2013): Effects of core instability strength training on trunk muscle strength, spinal mobility, dynamic balance and functional mobility in older adults. In: *Gerontology* 59: 105-113.
- Haskell, William L.; Lee, I-Min; Pate, Russell R. et al. (2007): Physical activity and public health: Updated recommendation for adults from the American College of Sports Medicine and the American Heart Association. In: *Medicine and Science in Sports and Exercise* 39: 1423-1434.
- Ho, Frederick K. W.; Louie, Lobo H. T.; Chow, Chun B. et al. (2015): Physical activity improves mental health through resilience in Hong Kong Chinese adolescents. In: *BMC Pediatrics* 15: 48.
- Illig, Cathleen (2012): *Körperliche Aktivität im Alter. Einfluss auf psychische Gesundheit, kognitive Funktionen und körperliche Leistung*. München: Akademische Verlagsgemeinschaft.
- Ishimi, Yoshiko (2015): Osteoporosis and Lifestyle. In: *Journal of Nutritional Science and Vitaminology* 61(Supplement): 139-141.
- Jancey, Jonine M.; Clarke, Anne; Howat, Peter A. et al. (2008): A physical activity program to mobilize older people: A practical and sustainable approach. In: *The Gerontologist* 48: 251-257.
- König, Daniel; Deibert, Peter; Dickhuth, Hans-Hermann et al. (2011): Krafttraining bei Diabetes Mellitus Typ 2. In: *Deutsche Zeitschrift für Sportmedizin* 62: 5-9.



- Krug, Susanne; Jordan, Susanne; Mensink, Gert B. M. et al. (2013): Körperliche Aktivität: Ergebnisse der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland (DEGS1). In: Bundesgesundheitsblatt 56: 765-771.
- Kruse, Andreas (2014): Grenzgänge im Alter. Die Gestaltung des Alters aus individueller, gesellschaftlicher und kultureller Sicht. In: Kruse, Andreas; Maio, Giovanni; Althammer, Jörg (Hrsg.): Humanität einer alternden Gesellschaft. Paderborn: Schöningh: 11-47.
- Kwaśniewska, Magdalena; Kostka, Tomasz; Jegier, Anna et al. (2016): Regular physical activity and cardiovascular biomarkers in prevention of atherosclerosis in men: A 25-year prospective cohort study. In: BMC Cardiovascular Disorders 16: 65.
- Langlois, Francis; Vu, Thien T. M.; Chassé, Kathleen et al. (2013): Benefits of physical exercise training on cognition and quality of life in frail older adults. In: Journals of Gerontology Series B: Psychological Sciences and Social Sciences 68: 400-404.
- Lippke, Sonia; Siebels, Lena; Paech, Juliane (2015): Patientenrelevante Endpunkte bei der Evaluation von Erkrankungen, Gesundheitsverhalten und Senioreneinrichtungen: Befunde aus zwei Befragungsstudien. In: Monitor Versorgungsforschung 4: 53-57.
- Lippke, Sonia; Vögele, Claus (2006): Sport und körperliche Aktivität. In: Renneberg, Babette; Hammelstein, Philipp (Hrsg.): Gesundheitspsychologie. Berlin: Springer: 195-216.
- Mensink, Gert B. M. (2002): Bundes-Gesundheitssurvey: Körperliche Aktivität. Aktive Freizeitgestaltung in Deutschland. In: Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Berlin: Robert Koch-Institut.
- Molanorouzi, Keyvan; Khoo, Selina; Morris, Tony (2015): Motives for adult participation in physical activity: Type of activity, age, and gender. In: BMC Public Health 15: 66-78.
- Mora, Samia; Cook, Nancy; Buring, Julie E. et al. (2007): Physical activity and reduced risk of cardiovascular events potential mediating mechanisms. In: Circulation 116: 2110-2118.
- Murphy, Margaret O.; Petriello, Michael C.; Han, Sung G. et al. (2016): Exercise protects against PCB-induced inflammation and associated cardiovascular risk factors. In: Environmental Science and Pollution Research International 23: 2201-2211.
- Paillard, Thierry; Rolland, Yves; de Souto Barreto, Philippe (2015): Protective effects of physical exercise in Alzheimer's disease and Parkinson's disease: A narrative review. In: Journal of Clinical Neurology 11: 212-219.
- Pate, Russell R.; Pratt, Michael; Blair, Steven N. et al. (1995): Physical activity and public health: A recommendation from the Centers for Disease Control and the American College of Sports Medicine. In: Journal of the American Medical Association 273: 402-407.
- Pibernik-Okanović, Mirjana; Hermanns, Norbert; Ajduković, Dea et al. (2015): Does treatment of subsyndromal depression improve depression-related and diabetes-related outcomes? A randomised controlled comparison of psychoeducation. In: BioMedCentral 16: 305.
- Reed, Justy; Ones, Deniz S. (2006): The effect of acute aerobic exercise on positive activated affect: A meta-analysis. In: Psychology of Sport and Exercise 7: 477-514.
- Rosenmayr, Leopold (1983): Späte Freiheit. Berlin: Severin & Siedler.
- Rott, Christoph; Cihlar, Volker (2010): Alterssport. In: Woll, Alexander; Mess, Filip; Haag, Herbert (Hrsg.): Handbuch Evaluation im Sport. Schorndorf: Hofmann: 205-238.
- Schmitz, Kathryn H.; Holtzman, Jeremy; Courneya, Kerry S. et al. (2005): Controlled physical activity trials in cancer survivors: A systematic review and meta-analysis. In: Cancer Epidemiology Biomarkers & Prevention 14: 1588-1595.
- Simmonds, Bethany A. J.; Hannam, Kimberly J.; Fox, Kenneth R. et al. (2016): An exploration of barriers and facilitators to older adults' participation in higher impact physical activity and bone health: A qualitative study. In: Osteoporosis International 27: 979-987.
- Spuling, Svenja M.; Ziegelmann, Jochen P.; Wünsche, Jenna (2017): Was tun wir für unsere Gesundheit? Gesundheitsverhalten in der zweiten Lebenshälfte. In: Mahne, Katharina; Wolff, Julia K.; Simonson, Julia; Tesch-Römer, C. (Hrsg.): Altern im Wandel. Wiesbaden: Springer VS: 139-156.
- Stenholm, Sari; Pulakka, Anna; Kawachi, Ichiro et al. (2016): Changes in physical activity during transition to retirement: A cohort study. In: International Journal of Behavioral Nutrition and Physical Activity 13: 51-58.



- Ströhle, Andreas; Schmidt, Dietlinde K.; Schultz, Florian et al. (2015): Drug and exercise treatment of Alzheimer disease and mild cognitive impairment: A systematic review and meta-analysis of effects on cognition in randomized controlled trials. In: *American Journal of Geriatric Psychiatry* 23: 1234-1249.
- Upchurch, Dawn M.; Rainisch, Bethany W.; Chyu, Laura (2015): Greater leisure time physical activity is associated with lower allostatic load in white, black, and Mexican American midlife women: Findings from the National Health and Nutrition Examination Survey. In: *Women's Health Issues* 25: 680-687.
- Wipfli, Bradley M.; Rethorst, Chad D.; Landers, Daniel M. (2008): The anxiolytic effects of exercise: A meta-analysis of randomized trials and dose-response analysis. In: *Journal of Sport & Exercise Psychology* 30: 392-410.
- Zschucke, Elisabeth; Gaudlitz, Katharina; Ströhle, Andreas (2013): Exercise and physical activity in mental disorders: Clinical and experimental evidence. In: *Journal of Preventive Medicine and Public Health* 46: 12-21.

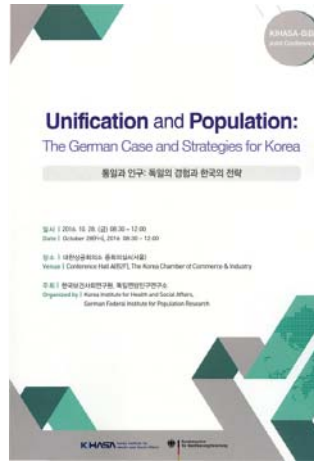


BiB international

Demografie und Wiedervereinigung – Der deutsche Fall und Strategien für Korea: Ein gemeinsames Projekt des BiB und des Korea Institute for Health and Social Affairs (KIHASA)

Der Vergleich der demografischen Situation in Deutschland und Korea steht im Mittelpunkt eines Kooperationsprojekts zwischen dem BiB und dem Korea Institute for Health and Social Affairs (KIHASA). Dabei ist aus koreanischer Sicht vor allem die Bevölkerungsentwicklung in Deutschland seit der Wiedervereinigung von Interesse.

Ziel des Projekts ist eine systematische Betrachtung demografischer Merkmale im deutschen Ost-West-Vergleich und der Frage nach konvergierenden und divergierenden Entwicklungen seit 1990, erläutert der wissenschaftliche Leiter des Projekts, apl. Prof. Dr. Bernhard Köppen. Die gewonnenen Erkenntnisse sind für die südkoreanische Seite gleich aus zweierlei Blickwinkeln von Interesse: So sieht sich die Republik Korea, ähnlich der Bundesrepublik, mit demografischem Wandel konfrontiert und andererseits wird Szenarien und Überlegungen zu den Folgen einer eventuellen Grenzöffnung oder womöglich Wiedervereinigung auf der koreanischen Halbinsel große Aufmerksamkeit geschenkt. Die deutschen Erfahrungen werden in diesem Zusammenhang



ganz genau betrachtet und auf punktuelle Übertragbarkeit geprüft. Damit bildet das Vereinigungsthema ein verbindendes Element im Projekt zwischen Deutschland und Südkorea.

Prof. Dr. Norbert F. Schneider zur demografischen Lage und Möglichkeiten der Bevölkerungspolitik in Deutschland

Bei einem ersten Treffen von Delegationen des BiB und des KIHASA vom 24. bis 28. Oktober 2016 in der neuen Verwaltungshauptstadt Südkoreas, Sejong sowie in Seoul präsentierten beide Seiten

aktuelle Daten zur demografischen Lage in beiden Staaten. Während Dr. Tim Aevermann und apl. Prof. Dr. Köppen in Fachgesprächen mit den koreanischen Kollegen detailliert die demografischen Charakteristika der koreanischen Halbinsel und der Bundesrepublik unter die Lupe nahmen, stellte der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, die demografische Situation und die Bevölkerungspolitik in Deutschland seit der Wiedervereinigung im Rahmen der gemeinsamen KIHASA-BiB-



Treffen in Südkorea: Zu einem ersten Meinungsaustausch trafen sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der beiden Institute. Dabei waren von BiB-Seite Direktor Prof. Dr. Norbert F. Schneider (4. von links), Dr. Tim Aevermann (links im Bild) sowie apl. Prof. Dr. Bernhard Köppen (3. von rechts). Sie diskutierten mit dem Präsidenten des KIHASA, Prof. Sangho Kim (3. von links), Dr. Samsik Lee (rechts im Bild) und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Instituts. (Bild: BiB)



Konvergenz oder Divergenz? Prof. Dr. Norbert F. Schneider analysierte die demografische Situation in Deutschland seit der Wiedervereinigung vor allem im Hinblick auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede bei zentralen demografischen Parametern. (Bild: BiB)

Konferenz „Unification & Population“ den anwesenden Wissenschaftlern, Wirtschaftsvertretern und Parlamentariern vor. Dabei betrachtete er die zentralen demografischen Parameter Fertilität und Familie, Migration und die Entwicklung der Lebenserwartung. Dazu ging er auf die Frage ein, inwieweit bevölkerungspolitische Maßnahmen die Trends beeinflussen können. Zu beachten ist hier, dass die Entwicklung einer Bevölkerung nicht auf kurze Sicht verändert werden kann, so der Soziologe.

Zudem zeigten Einzelmaßnahmen keine signifikanten Ergebnisse, sondern nur längerfristig ausgerichtete Strategien. Hinzu kommt, dass sich demografische Prozesse nur auf indirekte Art und Weise durch veränderte ökonomische, politische und soziale Rahmenbedingungen beeinflussen lassen. Das zentrale Ziel einer Bevölkerungspolitik muss in jedem Fall die Verbesserung der Lebensqualität sein, und nicht eine erwünschte Größe oder Struktur der Bevölkerung, betonte Prof. Schneider. Aus seiner Sicht gibt es keine optimale Bevölkerungsgröße für ein Land.

Prof. Sangho Kim: Szenarien der demografischen Entwicklung in einem vereinigten Korea

Wie sich die Bevölkerungsentwicklung und die sozialen Sicherungssysteme in Nord- und Südkorea unterscheiden und wie sich die demografische Situation im Falle einer Wiedervereinigung beider Länder künftig darstellen könnte, präsentierte der Präsident des KIHASA, Prof. Sangho Kim, in seinem Vortrag. Besonders bemerkenswert sind



Niedriges Geburtenniveau und alternde Bevölkerung: Der wissenschaftliche Mitarbeiter, Dr. Samsik Lee (KIHASA), leitete die Diskussion mit einem grundlegenden Überblick über die demografische Situation in Nord- und Südkorea ein, die in vielerlei Hinsicht mit der in den meisten westlichen Industriestaaten wie Deutschland vergleichbar ist. (Bild: BiB)



Der deutsche Fall als Modell für die künftige demografische Entwicklung eines wiedervereinigten Koreas? Der Präsident des KIHASA, Prof. Sangho Kim (links im Bild), stellte die aktuelle demografische Situation in beiden Koreas vor und gab einen Ausblick auf die Herausforderungen für die sozialen Sicherungssysteme beider Länder im Falle einer möglichen Wiedervereinigung. So müssten bereits heute nachhaltige Alterssicherungssysteme etabliert werden, da der Anteil älterer Menschen in den kommenden Jahrzehnten steigen wird, erläuterte er im Gespräch mit Prof. Schneider. (Bild: BiB)

hierbei die im Rahmen der Projektarbeit von der Arbeitsgruppe Dr. Lee zur Demografie Nordkoreas recherchierten und modellierten Daten.

Den Analysen zufolge betrug die TFR in Südkorea im Jahr 2013 1,19 Kinder je Frau, während sie nach Daten nordkoreanischer Quellen in diesem Land bei 1,99 lag. Damit existiert hier noch immer eine deutliche Differenz bei der TFR, die zwischen 1970 und 2013 allerdings deutlich zurückgegangen ist. Erhebliche Unterschiede zeigen sich auch bei der Sterberate, die in Nordkorea deutlich höher liegt als im Süden obwohl dieses Verhältnis vor 1980 noch umgekehrt war.

Grundsätzlich sei eine gute Gesundheitsinfrastruktur vorhanden, es fehle mittlerweile allerdings an grundlegenden Medikamenten und medizinischen Geräten. Abgenommen hat in den letzten Jahren die Zahl der Flüchtlinge aus Nord- nach Südkorea, was aber schwierig zu interpretieren sei, da eine Flucht nach Südkorea praktisch stets über China und weitere Staaten erfolgt. Somit befindet sich eine unbekannte Zahl von Flüchtlingen aus Nordkorea in Drittstaaten.

Inwiefern ein vereintes Korea den im Süden charakteristischen demografischen Wandel auflösen würde, wurde mittels Bevölkerungsprojektion des koreanischen Statistikamtes abgeschätzt. Die Vereinigung beider koreanischer Staaten würde zunächst bis 2032 einen deutlichen Anstieg der Bevölkerungsgröße bewirken, bevor erneut ein Einwohnerrückgang zu verbuchen wäre. Noch nicht eingerechnet in dieses Szenario ist jedoch ein ra-



pides Absinken der TFR im Norden, wie es auch nach der deutschen Einheit für Ostdeutschland für viele Jahre typisch war. Als sehr problematisch wiederum wird die Frage der sozialen Sicherung insbesondere älterer Menschen in einem vereinten Korea gesehen, da hier hohe Kosten erwartet werden. Daher müssten bereits heute nachhaltige Alterssicherungssysteme etabliert werden, betonte Prof. Kim. Zudem sei im Falle einer Vereinigung mit massiver Abwanderung von Menschen aus dem Norden in die Wirtschaftszentren des Südens zu rechnen,

deren Infrastrukturen und Wohnungsbestand aber bereits heute voll ausgelastet seien. Eine erfolgreiche koreanische Einheit sei daher bereits aus demografischer und sozialpolitischer Perspektive ein insgesamt schwierigeres Unterfangen als der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland.

Bernhard Gückel, BiB

Rückblick

Was fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt?

9. Informationsveranstaltung des BiB in Berlin

Bei der mittlerweile 9. Informationsveranstaltung des BiB in Berlin präsentierten am 3. November 2016 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts vor gut 70 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Ministerien und Behörden aktuelle demografische Befunde. Im Fokus standen diesmal die Themen **Gesellschaftlicher Zusammenhalt, die Demografische Dividende, der Anteil von Migranten im öffentlichen Dienst sowie Ursachen für die gesunkene Zahl kinderreicher Familien.**

Der Direktor des BiB, Prof. Dr. Norbert F. Schneider, untersuchte Einflussfaktoren auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland und gab Antworten auf die Frage, wie dieser gefördert werden kann. Die Gründe für die aktuelle Fokussierung auf das Thema durch Politik und Gesellschaft liegen in der öffentlichen Debatte darüber, inwieweit der Zusammenhalt in der Gesellschaft abnimmt und bedroht ist. Ist das tatsächlich so?

Individualisierung schafft Optionsvielfalt

Verantwortlich gemacht wird dafür vor allem der Prozess der Indi-

vidualisierung, der allerdings keine neue Entwicklung darstellt. In diesem Zusammenhang wird behauptet, dass eine Vereinzelung in der Gesellschaft stattfindet, indem vorhandene soziale Bindungskräfte wie die Familie, Arbeit, Nachbarschaft

oder die Dorfgemeinschaft zunehmend in den Hintergrund treten. Damit wurde ein Prozess eingeleitet, in dem die Menschen sich nur noch um sich selbst kümmern. Diese Sicht sei allerdings falsch, kritisierte Prof. Schneider. So bedeutet Individualisierung tatsächlich Auflösung, aber zugleich entsteht etwas anderes. An die Stelle von früheren normativ aufgeladenen Bindungen tritt eine größere Gestaltungsfreiheit und damit eröffnen sich mehr Freiräume und Handlungsoptionen für die Menschen. Allerdings geht damit auch ein Zwang zur Entscheidungsfin-

Aktuelle Befunde aus der Bevölkerungsforschung

Informations- und Diskussionsveranstaltung zum demografischen Wandel in Deutschland



Individualisierungsprozesse und Folgen der Globalisierung etwa für den Arbeitsmarkt lassen den Eindruck entstehen, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt bedroht ist und schwindet. Aus der Sicht von Prof. Schneider ist dies keineswegs der Fall. Er plädierte für eine Förderung des Zusammenhalts, indem die Deutungshoheit über das gesellschaftliche Geschehen zurückgewonnen werden müsse. Wir müssen uns einmischen, forderte er. (Bild: BiB)



derung einher, der immer öfter nicht nur die Wahl einer positiven Option, sondern zugleich auch die Abwahl vieler anderer Optionen bedeutet. Damit bedeutet Individualisierung nicht Vereinzelung, sondern im Gegenteil die Schaffung von Optionsvielfalt. Wir können mehr gestalten und dies ist am Ende keine Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, betonte der Soziologe.

Globalisierung führt zu wachsender Vieldeutigkeit

Erschwerend kommt allerdings hinzu, dass heute viele gesellschaftliche Entwicklungen im Zuge der Globalisierung ambivalent sind. Damit werden wir lernen müssen umzugehen, forderte er. Eine große Rolle spielen hier auch Abstiegsängste der Mittelschicht in Deutschland, die Sorge hat, dass es ihren Kindern künftig weniger gut geht als gegenwärtig. All dies macht deutlich, dass der Erhalt des gesellschaftlichen Zusammenhalts keine Selbstverständlichkeit ist, sondern tagtäglich aktiv gestaltet werden muss. Hier geht es um eine Daueraufgabe, um diesen Prozess am Leben zu erhalten, so Prof. Schneider. Letztlich ist gesellschaftlicher Zusammenhalt abhängig von geteilten Erfahrungen und Erwartungen und einem gemeinsamen flexibel gestalteten Werteraum, zu dem sich die Menschen zugehörig fühlen und mit dem sie sich identifizieren. Zentral ist hier das Thema Vertrauen – und zwar sowohl in die Mitmenschen als auch in die Funktionsfähigkeit der gesellschaftlichen Institutionen. Gleiches gilt für Chancengleichheit und soziale Teilhabe. So weisen Gesellschaften mit einer hohen Chancengleichheit einen höheren sozialen Zusammenhalt auf als solche, in denen sie beeinträchtigt ist.

Kein Rückgang des Zusammenhalts in Deutschland

Wie es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland bestellt ist, zeigte Prof. Schneider anhand von Befunden einer 2013 erschienenen Untersuchung der Bertelsmann-Stiftung. Demnach hat der gesellschaftliche Zusammenhalt in den letzten 20 Jahren offenbar nicht abgenommen. So gibt es einen erkennbaren positiven Zusammenhang zwischen dem Wohlstandsniveau und dem Zusammenhalt. Allerdings ist eine tiefe Spaltung zwischen West- und Ostdeutschland erkennbar. Inwieweit sich Krisen auswirken, ist derzeit aufgrund fehlender empirischer Befunde unklar, so Prof. Schneider.

Was ist zu tun?

Um den Zusammenhalt zu fördern, muss aus seiner Sicht sowohl politisch als auch institutionell die Deutungshoheit über das gesellschaftliche Geschehen zurückgewonnen und der öffentliche Diskurs nicht anderen Kräften überlassen werden. Es gehe darum, sich kommunikativ einzumischen und Leitplanken zu setzen, um so den Werteraum abzugrenzen, in dem gesellschaftlicher Zusammenhalt wächst, forderte er.

Bernhard Köppen: Ist die demografische Dividende Mythos oder Chance für globalen Wohlstand?

Im zweiten Vortrag untersuchte apl. Prof. Dr. Bernhard Köppen inwieweit die sogenannte demografische Dividende als Grundlage zur Förderung des globalen Wohlstands genutzt werden kann. Die demografische Dividende beschreibt den möglichen wirtschaftlichen Nutzen, der sich durch die demografische Veränderung der Bevölkerungsstruktur im Hinblick auf die Geburten und die Sterblichkeit eines Landes erzielen lässt. Dahinter steckt die Beobachtung, dass es eine Korrelation zwischen Wohlstand und rückläufigen Geburtenraten zu geben scheint. So zählen die Länder mit einem starken Bevölkerungswachstum und einem hohen Anteil junger Menschen zu den ärmsten Ländern auf der Erde, erläuterte Prof. Köppen. Sinkt in armen Gesellschaften im Zuge des



Kann die sogenannte demografische Dividende zur Förderung des globalen Wohlstands beitragen und welche Voraussetzungen müssen in den jeweiligen Ländern gegeben sein? Apl. Prof. Dr. Bernhard Köppen wies in seinem Vortrag darauf hin, dass der Zeitraum für die Nutzung der Dividende im Verlauf des demografischen Übergangs nur sehr begrenzt ist. (Bild: BiB)



sogenannten demografischen Übergangs erst die Sterblichkeit und dann die Geburtenrate, dann führt dies zu einer ersten Dividende mit einem höheren verfügbaren Einkommen. Die Abhängigenquote (das heißt, das Verhältnis von noch nicht beziehungsweise nicht mehr im erwerbsfähigen Alter Stehenden zu Personen im erwerbsfähigen Alter) sinkt und zugleich steigt die Erwerbsbeteiligung an. Es wären Ressourcen für den Arbeitsmarkt, den Konsum, die (Aus-)Bildung sowie Gesundheit und Vermögen vorhanden, was letztlich eine zweite Dividende mit Investitionen zur Wohlstandssteigerung ermöglicht. Eine solche Entwicklung lässt sich nachweisen, betonte Köppen, zumal alle Gesellschaften, die den Wandel von der Agrar- zur Industriegesellschaft vollzogen haben, das gleiche Muster des demografischen Übergangs durchliefen bzw. noch erleben. Allerdings ist der Zeitraum, in dem von der demografischen Dividende profitiert werden kann, begrenzt, da das „Window of Opportunity“ im Verlauf des demografischen Übergangs nur eine gewisse Zeit Bestand hat. Er wies darauf hin, dass das Konzept auch Schönheitsfehler aufweist: So ist der ökonomische Aufschwung asiatischer Staaten als Vorbild für andere Länder nur bedingt geeignet. Hinzu kommt, dass die demografische Dividende günstige Rahmenbedingungen wie beispielsweise stabile Institutionen, keine Korruption oder Kriege etc. benötigt und keineswegs ein Selbstläufer ist.

Die Forschung am BiB beschäftigt sich aktuell mit der Frage, wo und warum Geburtenraten zurückgehen. Dabei zeigt sich unter anderem, dass die Gesellschaften, die den demografischen Übergang seit 1950 besonders schnell durchlaufen haben, hohe Urbanisierungsraten aufweisen und in Bildung investieren. Grundsätzlich muss aber geklärt werden, wo ein angestrebtes Ziel demografischer Dividenden überhaupt realistisch ist – und wo nicht, resümierte Prof. Köppen.

Andreas Ette: Ist der öffentliche Dienst als Arbeitgeber für Migranten Vorreiter oder Nachzügler?

Mit der Frage der Repräsentation von Migranten im öffentlichen Dienst beschäftigte sich Andreas Ette im dritten Vortrag. Er untersuchte zunächst, welche gesellschaftlichen Gruppen überhaupt im öffentlichen Dienst arbeiten und inwieweit es Unterschiede zwischen verschiedenen Migrantengruppen gibt. Darüber hinaus stellte sich die Frage, ob die Interessen dieser gesell-



Öffentlicher Dienst als „Nachzügler“: Bei der Beschäftigung von Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund hat der öffentliche Dienst noch Nachholbedarf. Zu diesem Ergebnis kam eine Studie des BiB, aus der Andreas Ette zentrale Resultate präsentierte. (Bild: BiB)

schaftlichen Gruppen vertreten werden und in welchen Funktionen Beschäftigte mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst tätig sind. Dazu richtete er den Blick auch auf Erklärungsfaktoren für eine (Nicht-)Repräsentation. Hier spielt beispielsweise neben dem Alter (als grober Hinweis für die Expansionsphasen des öffentlichen Dienstes in historischen Zeitfenstern) auch die Angebotsseite mit einem Mangel an potenziellen Bewerbern mit Migrationshintergrund und ausreichenden Qualifikationen eine Rolle. Hinzu kommen spezifische Einstellungsvoraussetzungen wie zum Beispiel die deutsche Staatsbürgerschaft oder Deutschkenntnisse, die einer Aufnahme in den öffentlichen Dienst entgegenstehen können.

Ette stellte zentrale Ergebnisse aus einer Pilotstudie des BiB zur interkulturellen Öffnung des öffentlichen Dienstes mit Behörden aus der Bundesverwaltung vor, in der die soziodemografische Struktur und die Erwerbssituation der Beschäftigten mit Migrationshintergrund analysiert wurden. Dabei wurde deutlich, dass der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Privatwirtschaft deutlich niedriger ausfällt und somit der öffentliche Dienst als Nachzügler zu bewerten ist. In Bezug auf die Repräsentativität von Personen mit Migrationshintergrund (dargestellt durch die Anteile der Migrantengruppen gegliedert nach obersten Bundesbehörden, nachgeordnetem Geschäftsbereich und Bundeswehr sowie nach Laufbahngruppen) ist der öffentliche Dienst nicht als Vorreiter zu bezeichnen, erläuterte Ette. Zur ge-



naueren Analyse besteht ein umfangreicher Forschungsbedarf hinsichtlich begünstigender Faktoren für eine interkulturelle Öffnung im öffentlichen Dienst, resümierte er. Zu diesen Faktoren zählen etwa Vorbilder (sprich: erfolgreiche Migranten) und soziale Netzwerke oder die Selbst- und Fremdauswahl bei Bewerbungs- und Aufstiegsprozessen. Als zentrale Konsequenzen für die Personalpolitik nennt Ette eine Vermeidung von Diskriminierungen im Einstellungsverfahren und die Gewinnung von jungen Menschen mit Migrationshintergrund. Eine diverse Belegschaft in den Behörden des öffentlichen Dienstes leistet einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts, betonte er.

Dr. Martin Bujard: Immer weniger Kinderreiche – Ursachen und Folgen

Im letzten Vortrag beleuchtete Dr. Martin Bujard die aktuelle Entwicklung des Geburtenniveaus in Deutschland. Trotz des kürzlich auch vom BiB festgestellten Anstiegs, der sich sowohl bei der zusammengefassten Geburtenrate als auch bei der endgültigen Kinderzahl von Frauen abzeichnet, liegt die Geburtenrate noch deutlich unter der Ausgleichsrate. Als zentralen Grund führte Dr. Bujard den geringen Anteil von kinderreichen Familien an. Mithilfe einer Dekompositionsmethode, die den Effekt von Kinderlosigkeit und Kinderreichtum für Veränderungen zwischen zwei Geburtenraten berechnet, zeigte er, dass vor allem zwei Faktoren für den Geburtenrückgang in Deutschland verantwortlich sind: zum einen der Rückgang kinderreicher Familien mit drei und mehr Kin-



Warum ist der Anteil kinderreicher Familien in Deutschland in den letzten Jahrzehnten rapide geschrumpft? Für Dr. Martin Bujard spielen hier auch kulturelle Faktoren, wie etwa die Verfestigung der Zwei-Kind-Norm als Erwartungshaltung an Eltern, eine Rolle. Kinderreiche Familien wurden zudem sozial stigmatisiert. Dies trug ebenfalls zu einem Rückgang bei, betonte er. (Bild: BiB)

dem bei den Geburtsjahrgängen der Frauen 1933-1947 und zum anderen eine zunehmende Verbreitung dauerhafter Kinderlosigkeit bei den Jahrgängen 1947-1968.

Bei der Suche nach Antworten für die Gründe des rapiden Rückgangs kinderreicher Familien in den 1960er Jahren müssen neben langfristigen Entwicklungen wie beispielsweise der Rationalisierung der Familienplanung oder dem Übergang vom Agrar- zum Dienstleistungssektor auch kurzfristige Faktoren beachtet werden, betonte Dr. Bujard. Dazu gehören etwa das Aufkommen moderner Verhütungsmittel oder eine Debatte zu Überbevölkerung, wie sie Anfang der 1960er Jahre stattfand. Genannt werden müssen hier auch länderspezifische Faktoren in Ländern wie Deutschland, Japan oder Südeuropa, in denen aufgrund einer rassenideologisch oder militärisch missbrauchten Bevölkerungspolitik eine pronatalistische Familienpolitik tabuisiert war. Aus einer kulturellen Perspektive lässt sich bei einer Mehrheit seit Ende der 1960er Jahre eine Verfestigung der Zwei-Kind-Norm als Erwartung an Eltern erkennen, während zugleich kinderreiche Familien stigmatisiert wurden. Die Durchsetzung einer verantworteten Elternschaft, die die Eltern unter Druck setzt und eine hohe Erwartungshaltung produziert, trug ebenfalls dazu bei, dass sich immer mehr Eltern gegen viele Kinder entschieden. Mit Blick auf die Sozialstruktur lässt sich konstatieren, dass es vor allem Familien mit Migrationshintergrund, niedriger Bildung bzw. sehr wohlhabende Familien sind, die heute noch drei oder mehr Kinder bekommen, erläuterte der Politologe. Hier gibt es bei den Merkmalen ein hohes Maß an Heterogenität.

Da der niedrige Anteil kinderreicher Familien kulturell bedingt ist, lässt er sich politisch kaum beeinflussen. Aus sozialpolitischen Gründen wäre es aber sinnvoll, die Rahmenbedingungen für kinderreiche Familien zu verbessern, forderte Dr. Bujard. Denkbar sind hier beispielsweise ein höheres Kindergeld ab dem dritten Kind sowie eine stärkere Bekämpfung von Kinderarmut. Dazu müssten mehr bezahlbarer Wohnraum für kinderreiche Familien geschaffen und die Kitagebühren reduziert werden.

Bernhard Gückel, BiB



Fachkräftemangel und alternde Gesellschaft – Wie werden wir leben im Zeichen des demografischen Wandels? Aktuelle Themen beim Forum 2016 eines DGD-Arbeitskreises im BiB

Die Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung in Deutschland erfordert in vielen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft ein Umdenken und die Bereitschaft, sich auf neue Wege einzulassen. Dies wurde beim Forum 2016 des Arbeitskreises „Demografische und gesellschaftliche Entwicklungen“ der Deutschen Gesellschaft für Demographie (DGD) am 31. Oktober 2016 im BiB einmal mehr deutlich. So wies Prof. Dr. Axel Plünnecke vom Institut der deutschen Wirtschaft (idw), Köln, vor gut 30 Teilnehmern darauf hin, dass sich bereits heute auf dem Arbeitsmarkt im Bereich der MINT-Fachkräfte (Mathematiker, Informatiker, Naturwissenschaftler und Techniker) ein erster Fachkräftemangel abzeichnet, der nur durch qualifizierte Zuwanderung abgefedert werden kann.

Zuwanderung als Lösung für den drohenden Fachkräftemangel im MINT-Bereich

Dieser Trend trifft auf eine zunehmende Digitalisierung in den Unternehmen, so dass hier die Bedeutung von technischem Fachwissen, IT-Fachwissen und Online-Kompetenzen wächst, betonte Prof. Plünnecke. Aktuell nehmen die Fachkräftengpässe im Bereich der MINT-Berufsgruppen vor allem auf der Ebene der Facharbeiterberufe zu. Ein Blick auf die regionale Entwicklung zeigt, dass es vor allem in den ländlichen Regionen und



Schöne neue Arbeitswelt 4.0: Qualifizierte Zuwanderung als Schlüssel für die Nutzung der Chancen einer digitalisierten Arbeitswelt. Prof. Dr. Axel Plünnecke vom idw Köln plädierte für eine Stärkung der Willkommenskultur für ausländische Experten – insbesondere in den ostdeutschen Regionen – um die Chancen und Herausforderungen der neuen Arbeitswelt zu nutzen. (Bild: BiB)

den neuen Ländern relativ wenig beschäftigte IT-Experten gibt. Hier ist allerdings der Anteil der über 55-jährigen MINT-Beschäftigten sehr hoch, so dass in den neuen Ländern aufgrund der Alterung ein besonders hoher demografischer Ersatzbedarf besteht, analysierte der Ökonom. Einen starken Beitrag zur Fachkräftesicherung vom Elektriker bis zum Ingenieur hat in den letzten Jahren die Zuwanderung geliefert. Hier profitierten vor allem die Regionen, in denen ein hoher Anteil der MINT-Beschäftigten Ausländer sind. Dazu gehörten allerdings nicht die neuen Länder, die für ausländische Fachkräfte nur geringe Attraktivität aufweisen. Damit gibt es hier auch nur geringe Chancen, durch bereits existierende Netzwerke von künftiger Zuwanderung zu profitieren. Um die Chancen einer digitalisierten Arbeitswelt adäquat zu nutzen, sei aber qualifizierte Zuwanderung der Schlüssel. Daher benötigen viele Regionen in Deutschland, vor allem der Osten, eine Stärkung der Willkommenskultur für ausländische Experten, resümierte er.

Siedlungsfokus – die Peripherie rückt zusammen

Wie sehr der demografische Wandel besonders die Kommunen an der Peripherie trifft, machte Michael Krüger (Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft, DSK) deutlich. Demnach sind kleine ländlich geprägte Gemeinden in peripherer Lage wie beispielsweise in Nordsachsen mit einer eklatanten Strukturchwäche bereits heute von erheblichen Rückgängen der Bevölkerungszahlen betroffen. Hier sind die Folgen des demografischen Wandels für die lokale Daseinsvorsorge, die Infrastruktursysteme sowie die Versorgungsnetze aktuell schon Realität, betonte Krüger. Dies zeigt sich in Form von quantitativem und qualitativem Abbau, einem generellen Rückzug und funktionalen Verlust. Am Ende dieser Entwicklung stehe eine zusätzliche Peripherisierung in der Peripherie, die aus seiner Sicht nicht als Makel betrachtet werden sollte. Es gelte vielmehr, Rückentwicklung und Schrumpfung aus einer alternativen Perspektive als erfolversprechende Anpassung an die Bedingungen einer nicht zu verkennenden Realität zu betonen. Daraus ergibt sich eine Sichtweise, die Rückentwicklung als positive Gestaltungsmöglichkeit wie auch als Chancenangebot begriff. Dazu führte der Diplom-



Stärkung oder Rückentwicklung: Michael Krüger (Deutsche Stadt- und Grundstücksentwicklungsgesellschaft, DSK) präsentierte einen Ansatz, der eine alternative Antwortmöglichkeit liefert auf die Frage, wie die Herausforderungen in besonders vom demografischen Wandel betroffenen strukturschwachen Regionen und Kommunen bewältigt werden können. (Bild: BiB)

Geograph einen Ansatz in die wissenschaftliche Diskussion ein, den er als Siedlungsfokus-Wüstung bezeichnete. Darunter werden unterschiedliche Erhebungs- und Analyseverfahren zur Ermittlung ortsteilgenauer Strukturprofile verstanden. Dazu gehört ein eigens entwickeltes Bewertungsverfahren zur Charakterisierung und Identifikation von Ortsteilen, um entscheiden zu können, welche gestärkt werden sollten (Siedlungsfokus) und welche für eine Rückentwicklung in Frage kommen (Wüstung). Damit liefert der Ansatz eine alternative Antwortmöglichkeit auf das Problem, wie die erheblichen Herausforderungen des demografischen Wandels in davon besonders betroffenen strukturschwachen Regionen auf der kommunalen Ebene innovativ bewältigt werden können.

Sind wir mit steigendem Alter länger gesund oder länger krank?

Zu den Merkmalen des demografischen Wandels gehört jedoch nicht nur die Schrumpfung der Bevölkerung, sondern auch die Zunahme des Anteils älterer Menschen mit allen gesundheitlichen und monetären Folgen. Damit stellt sich zunächst die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Gesundheitszustand und steigendem Lebensalter. Prof. Dr. Christina Benita Wilke (Fachhochschule für Oekonomie und Management Bremen, FOM) stellte in ihrem Vortrag zwei gegensätzliche wissenschaftliche Thesen zur Morbidität (die Erkrankungsrate einer bestimmten Bevölkerungsgruppe) im Alter vor. Demnach

folgen die Vertreter der Kompressionsthese der Annahme, dass die zusätzlichen Lebensjahre weitgehend gesund verbracht werden und es erst kurz vor dem Tod zu Krankheit bzw. Behinderung kommt. Der Ansatz der Medikalisierungsthese geht dagegen von der Frage aus, ob wir infolge des steigenden Lebensalters künftig länger krank sein werden und Krankheiten bzw. Behinderungen über einen längeren Zeitraum auftreten. Die empirische Überprüfung beider Thesen lässt dabei keine eindeutigen Schlüsse zu, betonte Prof. Wilke. So ist zwar zum Teil eine Kompression feststellbar, zugleich zeigt sich aber auch eine höhere Prävalenz chronischer Krankheiten. Mit Blick auf die Gesundheitsausgaben lässt sich ebenfalls keine eindeutige Wirkungsrichtung beider Thesen ausmachen: Wenn sich die gesunde und damit weniger kostenintensive Zeitspanne verlängert, kann dies zu geringeren Gesundheitsausgaben führen, wenn die hohe Lebenserwartung ohne größere medizinische Unterstützung erreichbar ist. Allerdings kann eine hohe Lebensqualität und ein verbesserter Gesundheitszustand im Alter auch einhergehen mit höheren Gesundheitskosten, die zum Erhalt des Gesundheitsstatus notwendig sind, so Prof. Wilke. Wenn sich dagegen die kranke und somit kostenintensive Zeitspanne verlängert, dann geht die schlechtere Lebensqualität im Alter zum Beispiel durch eine höhere Prävalenz von chronischen Krankheiten in jedem Fall mit steigenden Gesundheitskosten einher. Insgesamt sind aber die Entwicklungen bei der Lebensqualität von der monetären Ebene im Hinblick auf die an-



Der Anstieg des Lebensalters, der Gesundheitszustand und die Folgen für die Gesundheitsausgaben: Prof. Dr. Christina Wilke (FOM Bremen) richtete den Blick auf unterschiedliche wissenschaftliche Ansätze zum Zusammenhang zwischen der Zunahme der Anteils Älterer und je nach Modell den gesundheitlichen und monetären Folgen. (Bild: BiB)



fallenden Gesundheitskosten zu trennen. Letztlich ist die Alterung nur eine von vielen Determinanten bei den Gesundheitsausgaben.

Mit 60 ist noch lange nicht Schluss: Die „jungen Alten“ und ihre Produktivität im Ruhestand

Mit den Potenzialen älterer Menschen am Arbeitsmarkt, in der Familie und in der Zivilgesellschaft im Alter zwischen 55 und 70 Jahren beschäftigte sich Dr. Andreas Mergenthaler vom BiB. Er stellte grundsätzliche methodische Vorgehensweisen und das Design des BiB-Projekts „Transitions and Old Age Potential (TOP)“ vor. Ausgegangen wird hier von der Annahme, dass die produktiven Tätigkeiten der „jungen Alten“ im frühen Ruhestandsalter (60 bis 70 Jahre) dazu beitragen können, die Herausforderungen der demografischen Alterung in Deutschland abzumildern. Dabei stellt sich die Frage, welche Betätigungsmuster in dieser Altersspanne auftreten. Dazu präsentierte Dr. Mergenthaler Ergebnisse zu den Mustern von Tätigkeiten 60- bis 70-Jähriger in Deutschland, vor allem im Hinblick auf die aktuelle Erwerbstätigkeit, das bürgerschaftliche Engagement sowie die familiäre Tätigkeit zugrunde gelegt. Je nach Zusammensetzung dieser Tätigkeiten wurden dann Typen (Cluster) ermittelt. Dazu wurde auch der Frage nachgegangen, welche Zusammensetzungen von Betätigungsarten innerhalb der untersuchten Personengruppe beobachtbar sind, erläuterte Dr. Mergenthaler. Des Weiteren wurde untersucht, welche Personen sich in den einzelnen Tätigkeitstypen befinden, also wie sich die Typen hinsichtlich ihrer Struktur (das heißt der soziodemografischen Merkmale, der Gesundheit und regionaler Angaben) unterscheiden. Damit soll die Frage geklärt werden, ob sich die Tätigkeitstypen in Variablen wie Alter, Bildung oder Wohnregion ausdifferenzieren. Aus den Analysen geht hervor, dass sich die vier festgelegten Tätigkeitstypen (hoch engagierte Erwerbstätige, bürgerschaftlich Engagierte, Familienmenschen und familial nicht Engagierte) im Hinblick auf die Zusammensetzung und die Intensität produktiver Akti-



Produktiv im Unruhestand: Welche Tätigkeitsmuster weisen 60- bis 70-Jährige auf und welche Zusammensetzungen von Betätigungstypen lassen sich in den jeweiligen Gruppen erkennen? Dr. Andreas Mergenthaler zeigte, dass es sich bei den frühen Ruheständlern um eine höchst heterogene Gruppe mit unterschiedlichem Potenzial für formelle und informelle Tätigkeiten handelt. (Bild: BiB)

vitäten unterscheiden. Dabei zeigte die letztgenannte Gruppe als größtes Cluster des Samples das niedrigste Aktivitätsniveau. Dagegen deutet die Dominanz obligatorischer Aktivitäten wie Unterstützung für ein Familienmitglied in einem Tätigkeitsmuster darauf hin, dass es hier konkurrierende Beziehungen zu anderen Tätigkeitsmustern gibt. Insgesamt gibt es in der Altersgruppe der 60- bis 70-Jährigen, die sich in den ersten Jahren des Ruhestands befinden, höchst heterogene Gruppen von Personen, die unterschiedliche Potenziale für das Engagement in formellen und informellen Tätigkeiten besitzen, so Dr. Mergenthaler.

Um zu prüfen, wie sich die festgestellten Befunde weiter entwickeln, wurde bereits im vierten Quartal 2015 eine Wiederholungsbefragung mit 2.501 realisierten Interviews durchgeführt. Erste Ergebnisse stehen dann in Form einer Broschüre Anfang 2017 zur Verfügung, kündigte Dr. Mergenthaler an.

.....
Bernhard Gückel, BiB



Das BiB in den Medien

Anstieg der Geburtenrate in Deutschland – Dr. Martin Bujard über die Ursachen und Konsequenzen

Die Geburtenrate in Deutschland ist nach 35 Jahren des Rückgangs zuletzt wieder angestiegen. Dies meldete das BiB am 23. September 2016 in der „Grafik des Monats“ auf der Basis einer eigenen Studie zur endgültigen Kinderzahl von Frauen (vgl. dazu Abb. 1). Demnach wird sich die endgültige Kinderzahl von Frauen, die 1973 geboren wurden, auf 1,56 erhöhen. Für den Jahrgang 1968 hatte dieser Wert einen Tiefstand von 1,49 erreicht. Wäre es bei dieser Zahl geblieben, dann wären von den 1973 geborenen Frauen 32 000 Geburten weniger zu erwarten gewesen. Und auch das Statistische Bundesamt berichtete auf Basis eines anderen Indikators, der zusammengefassten Geburtenrate, von einer ähnlichen Entwicklung. In einer Pressemitteilung vom 17. Oktober 2016 wurde für 2015 ein Anstieg der Geburtenrate mitgeteilt. Für Dr. Martin Bujard vom BiB markiert diese Entwicklung eine Trendwende, wie er gegenüber „dpa“ mitteilte. Diese sei nach Jahrzehnten des Rückgangs bemerkenswert, allerdings auf niedrigem Niveau, denn im europäischen Vergleich zählt Deutschland noch immer zu den Ländern mit dem niedrigsten Geburtenniveau.

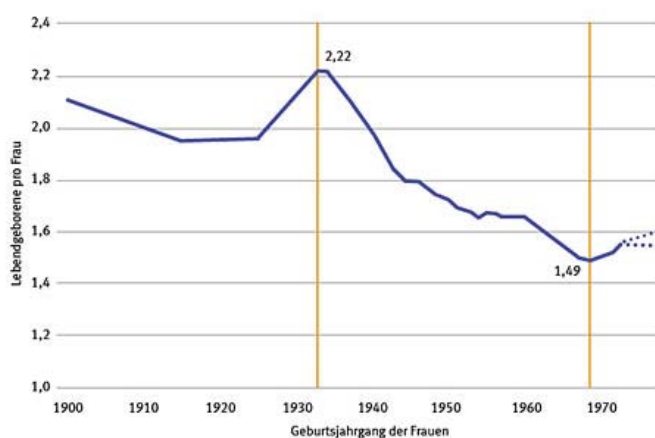
Die Berichterstattung in der Presse diskutierte auch die Frage nach den Ursachen für den Anstieg. Die Gründe für den Anstieg sind vielfältig und nach Dr. Bujard auch Ausdruck dafür, dass sich das Umfeld für Familien ver-

bessert hat: Ein Schlüsselfaktor sei dabei der rasch voranschreitende Ausbau der Kinderbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der Ausbau der Kinderbetreuung habe auch in anderen Ländern positive Effekte auf die Geburtenentwicklung gezeigt, sagte Dr. Bujard gegenüber „Die Welt“ am 24. September 2016, die davon sogar auf der Titelseite berichtete. Beim Ausbau der Kinderbetreuung für unter Dreijährige ist das Tempo beeindruckend, sagte Dr. Bujard der Zeitung „Bild am Sonntag“ vom 20. November 2016. So weise kein anderes Land auf der Welt mit Ausnahme Südkoreas ein so schnelles Kita-Wachstum auf. Davon profitieren besonders berufstätige Frauen. Auch wünschen sich wieder mehr Paare Kinder als noch vor einigen Jahren.

Als zweiten Grund neben den familienpolitischen Veränderungen führte Dr. Bujard gegenüber dem „Tagesspiegel“ vom 18. Oktober 2016 an, dass mehr zugewanderte Frauen hier leben. Allerdings sei die Geburtenrate auch bei Frauen deutscher Staatsangehörigkeit angestiegen. Auf der Suche nach Ursachen des niedrigen Geburtenniveaus spielt auch die kulturelle Ebene mit Einstellungen aus seiner Sicht eine entscheidende Rolle. Angesichts des Anstiegs der Geburtenrate warnt Dr. Bujard gegenüber der „Huffington Post“ vom 18. Oktober 2016 vor allzu großer Euphorie: Es gäbe zwar eine leichte Erhöhung, sie münde aber danach in eine Seitwärtsbewegung. Die Geburtenrate bleibt damit noch deutlich von der Ausgleichsrate entfernt.

Auch international wurde die Entwicklung intensiv wahrgenommen. Neben der britischen Zeitung „The Guardian“ vom 17. Oktober 2016 berichteten auch amerikanische, japanische, vietnamesische, chinesische, polnische, russische und weitere europäische Zeitungen auf Basis einer Agenturmeldung der AFP davon. Immerhin ist es mehr als drei Jahrzehnte her, dass ein ähnlich hoher Wert auf dem Gebiet des heutigen Deutschland nachgewiesen wurde. Dabei wurde bei den Frauen des Jahrgangs 1968 der historische Tiefstand mit einer endgültigen Kinderzahl von 1,49 erreicht, so Dr. Bujard gegenüber AFP.

Abb. 1: Endgültige Kinderzahl von Frauen nach Geburtsjahrgängen



Datenquelle: Bujard, Martin; Sulak, Harun (2016): Mehr Kinderlose oder weniger Kinderreiche? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 68 (3): 487-514. Doi: 10.1007/s11577-016-0373-6.



Der Anstieg der deutschen Geburtenrate und die Entwicklung in Frankreich

Ein Blick auf die Berichterstattung im Ausland zeigt, dass besonders Frankreich auf die Geburtenentwicklung in Deutschland aufmerksam geworden ist. So betonte Dr. Bujard im Interview mit der französischen Zeitung „Ouest France“ vom 19. Oktober 2016, dass hier nach Jahrzehnten des Rückgangs dieser nun gestoppt sei. Im Vergleich zu Frankreich liegt die deutsche Geburtenrate allerdings nach wie vor trotz des leichten Anstiegs auf einem weiterhin niedrigen Niveau. Für einen stärkeren Anstieg bedarf es eines durchgreifenden kulturellen Wandels, so Dr. Bujard. Beispielsweise präferieren die Deutschen in weit aus geringerem Maße kinderreiche Familien als französische Eltern. Hier liegt eine wichtige Erklärung für die demografischen Unterschiede zwischen Deutschland und

Frankreich, sagte er. Der jetzt festgestellte Anstieg der Geburtenrate in Deutschland resultiert neben eingeleiteten familienpolitischen Maßnahmen auch aus dem guten ökonomischen Zustand des Landes sowie einem florierenden Arbeitsmarkt.

Was die deutsche Situation betrifft, so zeigen sich die wichtigsten Unterschiede beim Geburtenverhalten zwischen den ausländischen und deutschen Müttern. Dagegen gehen die Unterschiede im Geburtenniveau zwischen Ost- und Westdeutschland allmählich zurück. Zudem gibt es einen Zusammenhang zwischen kinderlosen Frauen und dem Bildungsniveau: So sind 28 % der in den 1960er Jahren geborenen Akademikerinnen in Deutschland kinderlos, aber hier ist bei den Jüngeren ein Rückgang zu erkennen, erläuterte er.

Dr. Martin Bujard in „DIE ZEIT“ über den Rückgang kinderreicher Familien

In einem Interview mit der Wochenzeitung „Die Zeit“ vom 6. September 2016 identifizierte Dr. Martin Bujard den Rückgang der Zahl von kinderreichen Familien als die entscheidende Ursache für das niedrige Geburtenniveau in Deutschland. Dabei wurde lange Zeit davon ausgegangen, dass das deutsche Problem ein besonders großer Anteil kinderloser Frauen ist.

In einer aktuellen Studie von Martin Bujard und Harun Sulak, die in Heft 3 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie erschienen ist, wird aber deutlich, dass der Geburtenrückgang in Deutschland zu 68 % dadurch zu erklären ist, dass größere Familien mit drei oder mehr Kindern immer seltener werden. Dagegen sind Kinderlose nur für knapp 26 % des Rückgangs verantwortlich. Dies ist eine deutsche Besonderheit und eine Frage der Kultur. So gibt es in Deutschland Vorbehalte gegenüber kinderreichen Familien, die in anderen Ländern mit einem höheren Geburtenniveau wie in Skandinavien, den Vereinigten Staaten oder Frankreich nicht vorhanden sind, sagte Dr. Bujard. Dies zeigt sich zum Beispiel am Ruf kinderreicher Familien in Deutschland. So stimmten in der BiB-Studie zu Familienleitbildern in Deutschland 72 % der Befragten der Aussage zu, dass kinderreiche Familien in der Gesellschaft als asozial gelten. Dies belegt eine große Angst vor Stigmatisierung. Allerdings sagten in der gleichen Umfrage nur 8 % der 5.000 Teilnehmer, dass sie persönlich so über Kinderreiche denken. Somit wird eine Geringschätzung vermutet, die in dieser

Form wahrscheinlich gar nicht existiert. Vielmehr ist die tatsächliche Anerkennung für Eltern von vielen Kindern gerade in der jungen Generation sehr groß.

Insgesamt stellt sich die Frage, warum sich die kulturellen Normen in Deutschland so von den Nachbarländern unterscheiden, so Dr. Bujard. Auf der Suche nach den Ursachen zeigt ein Blick in die 1960er Jahre, dass neben dem erstmaligen Zugang zur Pille in weiten Teilen der Bevölkerung auch eine ausgeprägte Angst vor Überbevölkerung existierte. Daraus leiteten viele Medien damals ab, dass man nicht mehr als zwei Kinder haben sollte. Verstärkt wurde dies durch die Stigmatisierung von kinderreichen Familien als asozial. Offenbar waren hier die Deutschen in ihrem Streben bei der Umsetzung der Zwei-Kind-Norm besonders perfektionistisch, vermutet der Politologe. Aus sozialpolitischen Gründen wäre es hilfreich, kinderreichen Familien mehr Geld zur Verfügung zu stellen, um Kinderarmut zu bekämpfen. Denn das Kindergeld für das dritte Kind ist heute kaum höher als Ende der 1970er Jahre, wenn man die Inflation herausrechnet. Dagegen ist in der gleichen Zeit das Kindergeld für die ersten beiden Kinder deutlich angestiegen. Für die Geburtenrate erwartet Dr. Bujard dadurch allerdings kaum Änderungen. Das Familienideal mit zwei Kindern ist aus seiner Sicht nur schwer „von oben“ zu ändern, es ist ein kulturell geprägtes Phänomen.

Texte: Bernhard Gückel, BiB



Welche Rolle spielt gewollte Kinderlosigkeit bei Frauen?

Sind kinderlose Frauen egoistisch, verantwortungsscheu und karrierefixiert? Diesen und weiteren Fragen widmete sich die WDR-Sendung „planet wissen“ zum Thema „Ich will kein Kind“ vom 21. September 2016. An der Diskussionsrunde mit Moderatorin Andrea Griebmann nahmen auch Jasmin Passet-Wittig vom BiB sowie die Autorin Sarah Diehl teil.

Verbreitung von Kinderlosigkeit



Moderatorin Andrea Griebmann mit BiB-Forscherin Jasmin Passet-Wittig (v.r.n.l.).Quelle: WDR

Zunächst präsentierte die BiB-Forscherin Passet-Wittig eine Bestandsaufnahme: „Insgesamt sind etwa 21 Prozent der Frauen am Ende ihrer reproduktiven Phase kinderlos.“ Weiterhin erklärte sie: „Für die

Messung der gewollten Kinderlosigkeit befragen wir die Frauen, wenn sie sich noch in ihrer reproduktiven Phase befinden. Das sind, je nach Studie, zwischen 7 und 13 Prozent, die aktuell gewollt kinderlos sind.“ Generell sei die Kinderlosigkeit über die letzten 30 Jahre kontinuierlich gestiegen, es sei anzunehmen, dass auch die gewollte Kinderlosigkeit zugenommen hat, so die Soziologin.

Warum entscheiden sich Frauen bewusst gegen Kinder?

Die Publizistin und Autorin Sarah Diehl vertritt mit ihrem Buch „Die Uhr, die nicht tickt“ Frauen, die sich bewusst gegen ein Kind entschieden haben. Sie stellt sich in dem Buch die Frage, welches Frauenbild in Deutschland herrscht und warum kinderlose Frauen kritisiert, wenn nicht sogar durch die Gesellschaft abgewertet werden. Diehl hat für ihr Buch 30 kinderlose Frauen interviewt. Die meisten von ihnen wollten nach Aussage der Autorin als Frau nicht in eine Rolle gedrängt werden, die einem traditionellen und damit heute unzeitgemäß wirkenden Mutterschaftsideal entspricht. Diehl: „Es ist dieses Ideal, welches Frauen davon abhält, Kinder zu bekommen.“

Frau Passet-Wittig zufolge lassen sich verschiedene Wege in die Kinderlosigkeit unterscheiden: „Auf der einen Seite gibt es Frauen, die sich sehr früh in ihrem Lebenslauf gegen Kinder entscheiden.“ Diese Gruppe sei jedoch relativ klein. Die größere Gruppe der Frauen woll-

ten grundsätzlich Kinder, würden die Entscheidung für ein Kind jedoch in ihrem Lebenslauf immer weiter aufschieben. Manchmal so lange, bis es mit dem Schwangerwerden nicht mehr klappt.

Wie steht es um die Akzeptanz für kinderlose Frauen?

In einem Einspieler kam in der Sendung die gewollt kinderlose Frau Franziska zu Wort: „Man kann mütterlich sein, ohne ein leibliches Kind zu haben.“ Weiterhin wünschte sich Franziska mehr Toleranz von der Gesellschaft: „Ich bin nicht falsch, nur weil ich Frau bin und kein Kind haben will.“

Passet-Wittig verwies auf die Studie „Familienleitbilder“ des BiB, anhand der sich zeigen lässt, dass Kinderlosigkeit für junge Erwachsene heute etwas ganz Normales ist. Die Akzeptanz würde sich jedoch noch weiterhin positiv entwickeln, prognostizierte die Forscherin: „Wir haben viele kinderlose Frauen in unserer Gesellschaft. Dadurch, dass Kinderlosigkeit gelebt wird und jeder Kinderlose kennt, wird die Kinderlosigkeit zu einer echten Option, die auch für junge Frauen in Frage kommt.“ Gleichzeitig seien traditionelle Familienmodelle wie Vater, Mutter und zwei Kinder immer noch wichtig und fänden auch eine höhere Zustimmung. Dies erklärt den Rechtfertigungsdruck, den gewollt kinderlose Frauen immer noch spüren.

Noch unerforscht: Kinderlose Männer

Einig waren sich Sarah Diehl und Jasmin Passet-Wittig darin, dass die Männer ein aktuelles Problem in der Familienforschung sind. Zwar gibt es, das Buch von Sarah Diehl eingeschlossen, diverse Publikationen zur Mutterschaft und Kinderlosigkeit, die Perspektive der Männer sei jedoch vernachlässigt. Dabei sei auch diese Perspektive wichtig, legte Passet-Wittig dar: „Wenn man bei Männern in denselben Altersgruppen schaut, ist der Kinderwunsch noch stärker kontextabhängig als bei den Frauen.“ Das bedeutet zum Beispiel, dass Männer ohne Partnerin häufiger keinen Kinderwunsch haben, mit der passenden Partnerin stellt sich dieser dann ein. Gerade deswegen sei die Rolle der Männer bei der Familiengründung und -erweiterung ein wichtiges Forschungsziel für die Zukunft.

Peter Krauch, Yvonne Eich, BiB



Krank durch Berufspendeln?

Dr. Heiko Rüger zu den gesundheitlichen Folgen berufsbedingter Mobilität

Mobilität hat den Verlauf der Menschheitsgeschichte schon immer geprägt. Mit dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, neuen Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt sowie dem Wandel der Familie und der Geschlechterrollen hat sich in den letzten Jahrzehnten allerdings der Kreis derer deutlich erhöht, die täglich zu ihrem Arbeitsplatz eine lange Anfahrt in Kauf nehmen. So benötigen mittlerweile knapp 26 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland 30 Minuten und länger für die einfache Wegstrecke zur Arbeit. Das hat Folgen – für die Gesundheit und das soziale Zusammenleben. Wie sich das berufsbedingte Fernpendeln auswirkt und mit welchen Strategien das eigene Wohlbefinden gesteigert werden kann, erläuterte Dr. Heiko Rüger im Interview bei NDR 1 am 7. Oktober 2016 und in einem Feature beim Deutschlandradio Kultur am 21. November 2016.

Er wies darauf hin, dass viele nationale und internationale Studien zeigen, wie langes Pendeln mit einem erhöhten Risiko für ein gesteigertes Stresserleben und einem verringerten Wohlbefinden einhergeht. Dabei klagen Personen mit langen Pendelwegen nicht nur über Stress, sondern auch über einen ausgeprägten Zeitmangel. Betroffene sollten versuchen, die Zeit des Pendelns sinnvoll zu nutzen, etwa zur Entspannung oder zum Le-

sen, betonte Dr. Rüger. Aber auch der Arbeitgeber kann zur Entschärfung der Situation beitragen. Hier sind beispielsweise flexible Arbeitszeitmodelle mit Gleitzeit oder die Möglichkeit eines Home Office denkbare Optionen, so der Mobilitätsforscher.

Wie stressig das Pendeln empfunden wird, hängt nicht zuletzt auch von der Tatsache ab, ob es aus einer freien positiven Entscheidung resultiert, oder als reine Notwendigkeit gesehen wird. So hat die europäisch-vergleichende Studie zu „Job Mobilities and Family Lives“ gezeigt, dass weniger als 20 Prozent der Fernpendler in ihrer Pendelsituation eine freie, positive Entscheidung sehen. Vielmehr sieht die Mehrheit ihre Entscheidung zum Pendeln eher als alternativlos an, analysierte Dr. Rüger. Weitere 10 bis 20 Prozent sehen ihre Entscheidung als explizit unfrei an. In diesem Fall wird eine Verstärkung der negativen Folgen für die Betroffenen sichtbar. Dabei unterschätzen viele Pendler die Belastung. So wurden bei Pendlern in Studien beispielsweise höhere Depressivitätswerte und stärkere psychosomatische Beschwerden nachgewiesen.

Bernhard Gückel, BiB

Literatur von BiB-Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern

Martin Bujard (2016):

Das flexible Zweiverdienermodell und seine vielfältigen Chancen. In: Analysen und Argumente. Konrad-Adenauer-Stiftung Sankt Augustin 2016, Ausgabe 214

Wie lassen sich die Lebensentwürfe der jüngeren Generationen im Hinblick auf die partnerschaftliche Aufteilung von Beruf und Familienarbeit so gestalten, dass die Eltern in der Rushhour des Lebens zugleich berufstätig sein und sich um ihre Kinder kümmern können? Auf der Suche nach Antworten stellt Martin Bujard in dem Beitrag das sogenannte „flexible Zweiverdienermodell“ vor. Es ist dann gegeben, wenn Mann und Frau die meiste Zeit ihres Lebens berufstätig sind, sie familienbedingte Erwerbspausen als temporäre Auszeiten (und nicht als

Dauerstatus) auffassen und mit ihrer Erwerbsarbeit das Ziel einer ökonomischen Unabhängigkeit verfolgen. Es ist im doppelten Sinne flexibel: Zum einen kann die Arbeitszeit im Lebensverlauf variieren. Zum anderen wird die Partnerschaftlichkeit flexibel umgesetzt, so dass es nicht um die rechnerische Gleichheit der Arbeitszeit von Frauen und Männern geht, sondern um die Teilhabe von beiden im Beruf und in der Fürsorge für Kinder. Das flexible Zweiverdienermodell hat vielfältige Chancen, da es für die Frauenerwerbstätigkeit und die Geburtenentwicklung





positive Effekte aufweist. Letztlich liegt der Schlüssel zu diesem Modell im Arbeitsmarkt: So bedarf es mehr qualifizierter Teilzeitstellen, langfristiger Rückkehrperspektiven in Vollzeitarbeit und Karrierepfaden, die temporäre familienbedingte Auszeiten ermöglichen.



Der Artikel online unter

<http://www.kas.de/wf/de/33.46494/>

Martin Bujard, Kai Dreschmitt (2016):

Szenarien der Bevölkerungsentwicklung bis 2060. Wie beeinflussen Migration und Geburten Deutschlands Zukunft?. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP), Heft 3/2016, S. 333-345. Verlag Barbara Budrich Opladen

Es galt als sicher, dass die Bevölkerung in Deutschland langfristig altert und schrumpft. Allerdings gibt es neue Entwicklungen: eine Nettozuwanderung von 1,14 Mio. im Jahr 2015 und leicht steigende Geburtenraten.

Der Beitrag von Dr. Martin Bujard und Kai Dreschmitt aus dem BiB in der aktuellen Ausgabe 3 der Zeitschrift „Gesellschaft – Wirtschaft – Politik“ analysiert mehrere Szenarien der Bevölkerungsentwicklung bis 2060 und zeigt, welchen Einfluss Zuwanderung und Geburtenanstieg auf die langfristigen Projektionen für die Alterung und Schrumpfung Deutschlands haben.

In diesem Zusammenhang wird untersucht, wie sicher diese Projektionen bis 2040 bzw. 2060 eigentlich sind und welchen Einfluss die aktuell hohe Zuwanderung langfristig hat. Zudem stellt sich die Frage, was eine etwas erhöhte Geburtenrate bewirken könnte und wie gravierend die Folgen des Geburtenrückgangs sind. Die Studie gibt einen Überblick über die Hebel von zukünftiger Zuwanderung und Geburtenentwicklung auf die langfristige Bevölkerungsentwicklung. Darauf aufbauend gibt sie eine Antwort darauf, welche Zukunftsentwicklungen sicher sind und welche noch änderbar.

Die Autoren kommen zu dem Schluss, dass ein Rückgang der Bevölkerungszahl in Deutschland bis 2060 noch völlig offen ist. Szenarien mit einer Bevölkerung

von über 80 Mio. in 2060 sind durchaus möglich, ebenso aber auch ein deutlicher Rückgang auf unter 70 Mio. Einwohner.

Dagegen sehen die Autoren die langfristige Alterung als gesichert an. Aus den Analysen geht hervor, dass selbst ein unrealistisch starker Anstieg der durchschnittlichen Geburtenziffer auf 2,1 Kinder je Frau erst nach 2035 einen Einfluss auf das Verhältnis von Rentnern zu Personen im Erwerbsalter hätte. Somit lässt sich die Entwicklung erst für die Jahre nach 2040 noch beeinflussen, wobei die heutige Relation von jungen und älteren Menschen nicht wieder erreicht werden kann. Die hohe Zuwanderung des Jahres 2015 ist zudem kein dauerhafter Trend und zum anderen kann sie auch mit einer jüngeren Altersstruktur den Alterungsprozess nicht kompensieren.



Der Artikel online unter

<http://www.budrich-journals.de/index.php/gwp/article/view/24985>

Martin Bujard, Harun Sulak:

Mehr Kinderlose oder weniger Kinderreiche? Eine Dekomposition der demografischen Treiber in unterschiedlichen Phasen des Geburtenrückgangs in Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 68 (3): 487-514 (Doi: 10.1007/s11577-016-0373-6)

Die Frage, inwieweit gestiegene Kinderlosigkeit oder der Rückgang kinderreicher Frauen zur niedrigen Geburtenrate beiträgt, ist wissenschaftlich umstritten. In einem Beitrag der aktuellen Ausgabe 3 der „Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie“ untersuchen Martin Bujard und Harun Sulak, in welchem Ausmaß diese demografischen Effekte für den Rückgang der Geburtenraten seit den 1960er Jahren verantwortlich waren und wie sie sich exakt quantifizieren lassen. Sie zeigen, dass der Rückgang



Der Artikel online unter

<http://rdcu.be/j1dt>



kinderreicher Frauen mit 68 % der zentrale Treiber des Geburtenrückgangs ist. Allerdings unterscheiden sich die Effekte im Zeitverlauf.

Jarmo Kortelainen, Bernhard Köppen (2016):

The EU-Quarter as a political place: Investigating fluid assemblages in EU policy making. In: European Urban and Regional Studies 1-14

Der Beitrag zu Governancepraktiken und theoretischer Raumforschung untersucht das so genannte EU-Viertel in Brüssel und die „Brussels Bubble“ als „politische“ Orte der Entscheidung und Politikgestaltung. Im EU-Viertel befinden sich unterschiedliche Akteure: EU-Bürokrat(i)en, Politiker sowie Interessenvertreter und Lobbyisten aus allen Staaten der EU, deren dauerhafte physische Präsenz in Brüssel nachweisbar ist. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass die „Räumlichkeit“ und vermeintlich klare Verortung nur relativ ist, weshalb sich in Bezug auf die „eigene“ Arbeits- und Lebensumwelt der oben genannten Akteure beispielsweise der nicht näher definierte Begriff „Brussels-Bubble“ etabliert hat. Die politische und soziale Welt des EU-Viertels bzw. der „Brussels Bubble“ konstituiert sich durch semi-stabile, flexible und fluide Strukturen, wie sie in der Assemblage Theorie postuliert werden.



Der Artikel online unter

<http://eur.sagepub.com/cgi/reprint/0969776416677622v1.pdf?ijkey=2fN7uzf4BU2IOmk&keytype=finite>

Volker Cihlar; Andreas Mergenthaler (2016):

Der Einfluss formeller und informeller Tätigkeiten auf die Qualität privater Beziehungen nach dem Übergang in den Ruhestand. In: Zeitschrift für Familienforschung, Heft 3

Die Autoren untersuchen in diesem Beitrag den Einfluss formeller und informeller Tätigkeiten auf die Qualität privater Beziehungen älterer Erwachsener nach dem Ruhestandseintritt.

Neben einem Überblick zum Stand der Forschung und zu den theoretischen Grundlagen beschreibt der Artikel die Entwicklung der subjektiven Qualität der Beziehung zum Partner, den eigenen Kindern, den Enkeln und den Freunden in zwei Lebensabschnitten, nämlich vor dem

Ruhestand und nach dem Ruhestandseintritt in Abhängigkeit von mehreren Einflussfaktoren, u. a. Alter, Gesundheit, Persönlichkeit, Bildungsniveau oder Art des Übergangs in den Ruhestand.

Die Ergebnisse zeigen, dass vor allem die Betreuung eigener Enkel positiv mit der wahrgenommenen Beziehungsqualität in privaten Kontakten zusammenhängt. Wer aktiv und planend in das eigene Leben investierte, wies außerdem eine positivere Wahrnehmung von Sozialkontakten seit dem Ruhestandseintritt auf. Männer, die im Ruhestand keiner Erwerbstätigkeit nachgingen, schätzten ihre Beziehungsqualität außerdem höher ein als diejenigen Männer, die einer Erwerbsarbeit nachgingen. Ein unfreiwilliger Übergang in den Ruhestand wies einen negativen Zusammenhang mit erlebter Beziehungsqualität auf.



Zeitschrift für Familienforschung

<http://www.zeitschrift-fuer-familienforschung.de>

Was beeinflusst die Lebenserwartung und wie gesund sind wir? Neue Erkenntnisse

Seit 1990 liefert die „Global Burden Of Disease Study“ Daten über das weltweite Wohlbefinden der Menschen und zu Todesursachen. Die aktuellen Ergebnisse wurden am 7. Oktober 2016 in einem Live-Stream der Öffentlichkeit präsentiert und in der Zeitschrift „The Lancet“ publiziert. An der Studie hat auch das Team des Mortalitäts-Follow-Up der NAKO Gesundheitsstudie am BiB mitgearbeitet.

THE LANCET

The Global Burden of Disease Study 2015



Vorgestellt wurden die Resultate in Washington D.C. gemeinsam von der World Bank, dem Wissenschaftsmagazin „The Lancet“ sowie dem Institute for Health Metrics and Evaluation (IHME) an der Universität Washington (Seattle). Die Studie, an der mehr als 1.800 Wissenschaftler in über 120 Ländern mitwirken, untersucht nicht nur die Todesursachen, sondern auch die Lebensbedingungen in jedem Land der Welt. Dabei sollen die festgestellten Trends und Vergleiche zwischen Bevölkerungen auf der Welt dazu beitragen, die gewandelten Herausforderungen an die Gesundheit für die Menschen des 21. Jahrhun-

derts zu verstehen. Finanziert wird die „Global Burden of Disease Study“ von der Bill & Melinda Gates Foundation.

Der neue Report vergleicht erstmals Länder im Hinblick auf die Kombination von Einkommen, Bildung und Fertilität. Dabei ist das am BiB angesiedelte NAKO-Team mit Prof. Dr. Dr. Ulrich Mueller, Dr. Andrea Werdecker und Dr. Ronny Westerman an allen mortalitätsrelevanten Artikeln in der vorgestellten Sonderausgabe von „The Lancet“ beteiligt.



Artikel online unter

<http://www.thelancet.com/gbd>

Evelyn Grünheid (2016):

Gesund und aktiv in den Ruhestand: Das sind die jungen Alten. In: Trendbook Technical Textiles 2016/2017.

Innovations-Trends-Markets. Deutscher Fachverlag GmbH Frankfurt 2016

In dem Beitrag untersucht Evelyn Grünheid einzelne Aspekte von Ursachen und Auswirkungen der demografischen Alterung. Sie weist darauf hin, dass dieser Pro-

zess ein globaler ist und sich nicht auf Deutschland beschränkt. So ist in nahezu allen Staaten weltweit ein Alterungsprozess zu beobachten, wobei sich die einzelnen Länder in unterschiedlichen Phasen befinden.



In den letzten 140 Jahren hat der Anteil der 65-jährigen und Älteren an der Bevölkerung erheblich zugenommen. Hinzu kommt, dass diese Gruppe meist noch lange Jahre in guter Gesundheit erlebt, so dass diese „jungen Alten“ über ein wachsendes Potenzial zur Verwirklichung persönlicher und gemeinnütziger Ziele verfügen. Daraus hat sich eine gesellschaftspolitische Diskussion über die Erschließung der Potenziale des Alter(n)s ergeben, die sich auch um die Frage dreht, inwieweit diese Potenziale bei der Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels genutzt werden können.

Bernhard Gückel, BiB

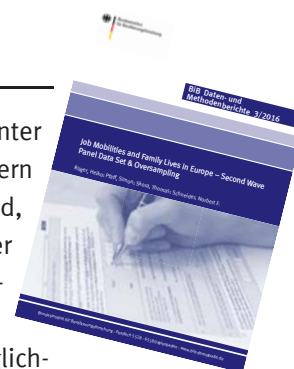
Reihe „Daten- und Methodenberichte“ des BiB

Heiko Rüger, Simon Pfaff, Thomas Skora und Norbert F. Schneider (2016):

Job Mobilities and Family Lives in Europe – Second Wave: Panel Data Set & Oversampling (BiB-Daten- und Methodenbericht 3/2016). Wiesbaden

Der Methodenbericht beschreibt die Erhebung der zweiten Welle der Studie „Job Mobilities and Family Lives in Europe – Modern Mobile Living and its Relation to Quality of Life“ sowie die Struktur der resultierenden Paneldaten. Eine erste Welle wurde im Jahr 2007 in sechs europäischen Ländern durchgeführt: Deutschland, Frankreich, Spanien, Polen, Belgien und der Schweiz. Insgesamt wurden 7.220 zufällig ausgewählte Personen befragt. Die Studie fokussierte auf drei zentrale Aspekte: Erstens, die Verbreitung und Vielfalt berufsbedingter räumlicher Mobilität in Europa, zweitens, die Ursachen und Entstehungszusammenhänge, sowie, drittens, die Konsequenzen von berufsbedingter räumlicher Mobilität für subjektives Wohlbefinden, Familie, Beruf und soziale Beziehungen. Zwischen 2010 und 2012 wurde eine

Wiederholungsbefragung unter 1.735 Personen in vier Ländern durchgeführt: Deutschland, Frankreich, Spanien und der Schweiz (Wiederbefragungsquote: 34,5 %). Das Panel-design eröffnet neue Möglichkeiten durch Längsschnittanalysen und damit tiefere Einblicke in die genannten Forschungsfragen. Diese Möglichkeiten werden zudem ergänzt durch eine retrospektive Erfassung umfangreicher Biographien zu Mobilität, Berufen, Familie und Partnerschaften. Daneben wurden im Rahmen der zweiten Welle neue Befragungs-



Der Bericht online unter

http://www.bib-demografie.de/DE/Veroeffentlichungen/DatenMethoden/daten_methodenberichte_node.html

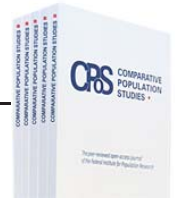


inhalte zu Themen wie soziale Integration, freiwilliges bürgerschaftliches Engagement und soziale Mobilität aufgenommen. Die Datendokumentation bietet eine Beschreibung der erhobenen Formen von Mobilität, der In-

halte des Erhebungsinstruments, der Stichprobengewinnung, der Feldphase, der Panelselektivität sowie der Datengewichtung.

Text: BiB

Comparative Population Studies – News



Neue Beiträge online verfügbar

Walter Bartl, Reinhold Sackmann:

Governance Indicators and Responsiveness to Population Decline: School Closures in Practice and Discourse in Saxony-Anhalt

Sachsen-Anhalt ist das ostdeutsche Bundesland, das den größten Bevölkerungsrückgang seit der Wiedervereinigung Deutschlands zu verzeichnen hatte. Neben der Abwanderung spielt dabei vor allem ein unvorhergesehener Geburtenrückgang eine wichtige Rolle, der in den letzten Jahrzehnten mit der Zunahme von Schulschließungen auch im Bildungssystem seine Spuren hinterlassen hat.

Der vorliegende Beitrag beschreibt am Beispiel von Sachsen-Anhalt administrative und politische Bewältigungsstrategien im Umgang mit demografischer Schrumpfung. Dabei liegt der Fokus auf der Darstellung von Schulschließungen in der lokalen Presse. Erstens handelt es sich bei Schulschließungen um ein vergleichsweise häufiges Phänomen in schrumpfenden Regionen, das gleichwohl politisch sehr umstritten ist. Zweitens können mit einer Inhaltsanalyse der Lokalpresse typische Konfliktlinien und Interessenkonstellationen in diesem Kontext herausgearbeitet werden. Zu erwarten ist angesichts des demografischen Wandels, dass diese Konfliktlinien zukünftig für immer mehr Flächenstaaten in Deutschland relevant werden dürften.

Betrachtet man die Daten der Schulschließungen nach Schulformen, so wird deutlich, dass mit weitem Abstand Sekundarschulen und Grundschulen die höchsten Anteile an allen Schulschließungen aufweisen. Dagegen wer-

den Gymnasien und Förderschulen eher selten geschlossen. Die Berichterstattung in den Massenmedien erweist sich dabei als verzerrt: So wird über die Schließung von Sekundarschulen disproportional wenig berichtet, während Gymnasien in der Berichterstattung deutlich überrepräsentiert sind. Dies gilt auch für die Berichterstattung über Schulerhaltungsstrategien, bei der die Gymnasien einen überproportional hohen Anteil öffentlicher Aufmerksamkeit genießen. Damit werden Gymnasien durch die Muster der Responsivität in den Medien privilegiert.

Frank Meyer, Judith Miggelbrink, Tom Schwarzenberg:
Reflecting on the Margins:

Socio-spatial Stigmatisation among Adolescents in a Peripheralised Region

Wie wirken sich Schrumpfungsprozesse in demografisch und ökonomisch benachteiligten Regionen und damit in Zusammenhang stehende negativ geführte Diskurse auf heranwachsende Jugendliche aus und welche Folgen hat dies für die Entscheidung, die Heimatregion zu verlassen bzw. zu bleiben?

Basierend auf dem Projekt „Diskurs und Praktiken in schrumpfenden Regionen“ des Leibniz-Instituts für Länderkunde untersucht der Beitrag am Beispiel des Altenburger Landes in Ostthüringen zunächst, in welchem Ausmaß junge Leute in der Region über die Debatten der Schrumpfungsprozesse informiert sind und mit welchen rhetorischen Strategien sie sich von abweichenden Wahrnehmungen distanzieren. Schließlich wird gefragt, wie diese mit dem Wunsch abzuwandern verknüpft sind. Dabei wird angenommen, dass die sozioräumliche Stigmatisierung der Region sowohl effektiv als auch destruktiv auf die Selbstwahrnehmung der Menschen in ihrer Heimatregion wirken kann.



Die Artikel online unter

<http://www.comparativepopulationstudies.de>



In diesem Zusammenhang wird die Frage gestellt, wie sich sozialräumliche Stigmatisierung artikuliert und wie

sie sich vor dem Hintergrund spezifischer sozioökonomischer Bedingungen verbreitet.

Übersetzung: Bernhard Gückel, BiB

Vorträge

Drei Beiträge des BiB beim 38. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (DGS) vom 26. bis 30. September 2016 in Bamberg

(1): Dr. Sabine Diabaté; Kerstin Ruckdeschel; Dr. Anne Salles (Universität Sorbonne):

Familienleitbilder in Deutschland und Frankreich im Vergleich

Die Geburtenrate in Frankreich liegt seit Jahrzehnten deutlich über der in Deutschland, die zu den niedrigsten weltweit zählt. Dieser Unterschied bildet den Ausgangspunkt für das Kooperationsprojekt des BiB mit dem INED, das Dr. Sabine Diabaté bei der Konferenz vorstellte. Der Unterschied liegt möglicherweise an den unterschiedlichen familienpolitischen Rahmenbedingungen und normativen Erwartungen bzw. kulturellen Einstellungen hinsichtlich Elternschaft, vermutete sie. Untersuchungen mit den beiden Studien „Familienleitbilder in Deutschland“ (BiB 2012) und der französischen Panelstudie (ELIPSS 2013) zeigen, dass kulturelle Leitbilder einen zusätzlichen Erkenntnisgewinn zur Familienentwicklung liefern können, da sie das gesellschaftliche Klima, in dem Familien gegründet werden, gut abbilden können, erklärte Dr. Diabaté. Leitbilder sind mehr oder weniger bewusst vorhandene Vorstellungen, wie die Entstehung und Entwicklung von Familien und das Familienleben ›idealerweise‹ aussehen sollten. Es zeigt sich, dass Kinderlosigkeit in Deutschland sowohl individuell als auch in der Öffentlichkeit wahrgenommen, häufiger als ›normal‹ bewertet wird als in Frankreich. „Was bedeutet das für die Geburtenentwicklung – kann man damit besser erklären, warum Deutschland nach wie vor zu den Ländern mit dem niedrigsten Geburtenniveau weltweit zählt?“, fragte sie.

Im Fokus stand ein Vergleich von Familien- und Partnerschaftsleitbildern in Deutschland und Frankreich. Zudem wurden die Leitbilder jeweils auf Länderebene im Kontext des Kinderwunsches untersucht. Der Perspektive des Projektes Familienleitbilder folgend, wurde unterstellt, dass Leitbilder innerhalb von Kollektiven (hier:

Nationalstaaten) intersubjektiv geteilt werden. Um Besonderheiten von Familienleitbildern in Deutschland besser identifizieren zu können, braucht es den Vergleich mit einem anderen nationalen Kollektiv, so Dr. Diabaté. Dafür eignet sich Frankreich in ganz besonderer Weise, da französische Familienpolitik häufig als Vorbild für Deutschland genannt wird, wenn es um die Themen Steigerung der Geburtenrate oder um die Vereinbarkeit geht. Vergleichende Studien kommen aber immer wieder zum Ergebnis, dass es nicht nur Unterschiede in den konkreten Rahmenbedingungen (z.B. Betreuungsangebot) gibt, sondern dass ein entscheidender Faktor die Akzeptanz dieser Maßnahmen darstellt. Diesbezügliche Unterschiede zwischen Frankreich und Deutschland können ihre Ursachen in unterschiedlichen Leitbildern haben, resümierte sie.

(2) Martin Bujard, Detlev Lück:

Wie Kinderreichtum zum Ausnahmmodell privater Lebensführung wurde

Der Geburtenrückgang der vergangenen Jahrzehnte in Deutschland ist teilweise durch den Anstieg dauerhafter Kinderlosigkeit, primär aber durch den Rückgang höherer Paritäten verursacht. Zwischen den Geburtsjahrgängen 1933 und 1968 hat sich der Anteil der Frauen mit drei oder mehr Geburten etwa halbiert auf rund 16 %. Damit wird die Mehrkindfamilie als eine einst gängige Form privater Lebensführung heute zum „Ausnahmmodell“. Die Ursachen dieser Entwicklung sind in der Literatur noch wenig erforscht, da sich die meisten Ansätze zur Erklärung des Geburtenrückgangs vorrangig mit dem Anstieg der Kinderlosigkeit auseinandersetzen.

Der Beitrag von Dr. Bujard und Dr. Lück verfolgte zwei Ziele: Zum einen beschrieben sie den demografischen Rückgang des Kinderreichtums in seinem Verlauf über Geburtskohorten und im historische Zeitablauf. Zum anderen suchten sie nach den maßgeblichen Ursachen für diese Entwicklung. Dabei stützten sie sich auf eigene theoretische Überlegungen sowie auf ein Multi-Metho-



den-Design, bestehend aus paritätsspezifischen Analysen der Kohortenfertilität im Mikrozensus (MZ 2008 und 2012), aus Auswertungen der BiB-Studie Familienleitbilder (FLB 2012) sowie aus explorativen Inhaltsanalysen von Zeitungsarchiven in den 1950er und 1960er Jahren (Die Zeit, der Spiegel).

Die demografische Analyse zeigt, so Dr. Bujard, dass der Rückgang von dritten und höheren Geburten sich zwischen den Frauenjahrgängen 1933 und 1947 vollzogen hat. Die Entscheidung für bzw. gegen ein drittes Kind hat sich v. a. in den 1960er Jahren fundamental verändert. Ursache dafür ist ihren Analysen nach ein Zusammenspiel aus einer Überbevölkerungsangst, einer Avantgarde mit hoher Bildung und rationalisiertem generativen Verhalten sowie verhütungstechnologischem Fortschritt. Infolge dieses Zusammenspiels haben sich eine Zwei-Kind-Norm und eine Abwertung von kinderreichen Familien gebildet. Diese Zwei-Kind-Norm hat sich in Form von wenig reflektierten und dadurch gegenüber dem weiteren sozialen Wandel vergleichsweise resistenten kulturellen Leitbildern verfestigt. Sie hat zu einem nachhaltigen Rückgang der Geburtenrate beigetragen. Während die Ursachen dieser Entwicklung aus den 1960er Jahren mittlerweile überwiegend weggefallen sind, lässt sich die kulturelle Normierung einer Kinderzahl von zwei heute noch empirisch messen. Die Befunde sprechen für eine stärkere Berücksichtigung von kulturellen Prozessen in demografischen Theorien.

(3) Stine Waibel, Heiko Rüger, Andreas Ette:

Verstärkt oder reduziert internationale Bildungsmobilität soziale Ungleichheiten?

Immer mehr junge Menschen nutzen temporäre internationale Mobilität als zusätzliche Option in der individuellen Ausgestaltung ihrer Bildungsbiographie, sei es im Rahmen eines Schüleraustauschs, des Internationalen Freiwilligendienstes oder Hochschulesemesters im Ausland. War diese Mobilitätserfahrung vormals einer kleinen Minorität vorbehalten, ist mittlerweile eine Normalisierung der Mobilitätserfahrung erkennbar und es lassen sich überdies Züge eines sozial erwarteten und damit normativen Mobilitätsverhaltens beobachten.

Bisherige Studien haben gezeigt, dass die Realisierung bildungsbezogener Mobilitätsoptionen stark durch herkunftsspezifische Faktoren wie das Bildungsniveau der Eltern bestimmt ist. Diskutiert wird daher die Entste-

hung neuer sozialer Ungleichheiten, denn internationale Bildungsmobilität wird in vielen politischen und öffentlichen Kreisen mit der Sicherung von Beschäftigung und Karrierechancen verknüpft. Eindeutige Forschungsbefunde dazu gibt es bislang jedoch nicht. Vor diesem Hintergrund untersuchte **Stine Waibel** in ihrem Vortrag erstens die Selektivität des Zugangs zur internationalen Bildungsmobilität und ob diesbezüglich Veränderungen über die Zeit feststellbar sind. Zudem stellte sie die Frage, ob Bildungsmobilität das Erreichen höherer gesellschaftlicher Statuspositionen begünstigt. In diesem Zusammenhang interessiert insbesondere die gruppenspezifische berufliche Verwertbarkeit der Mobilitätserfahrung. Hier betrachtete sie, ob internationale Bildungsmobilität auch zu einer Verringerung systembedingter Ungleichheiten beitragen kann, falls schwächere sozio-ökonomische Gruppen von so erworbenen Qualifikationen besonders profitieren. Dahinter steht die Annahme, dass die entsprechenden Auslandserfahrungen besonders für Kinder aus bildungsferneren Familien zur Entwicklung (beschäftigungsrelevanter) sozialer Kompetenzen beitragen und deren »Mobilitätskapital« erhöhen, da diese während ihrer Kindheit und Sozialisation weniger Chancen hatten, solche Kompetenzen und Kapitalien frühzeitig zu erwerben, so Frau Waibel.

Datengrundlage der Untersuchung ist die repräsentative Erhebung „Arbeiten und Lernen im Wandel (ALWA)“, durchgeführt vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Diese bietet unter anderem eine Erhebung der Ausbildungs-, Erwerbs- und Wohn-Biographien der zwischen 1956 und 1988 in Deutschland geborenen Bevölkerung.

Uta Brehm:

Strategien zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie nach Bildungsniveau und der Einfluss der Familienpolitik

Wenn es um die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht, stehen vor allem die Frauen in Westdeutschland vor dem Problem, zwischen verschiedenen Strategien wählen zu müssen. Dazu gehören zum Beispiel der vollständige Rückzug aus dem Job, die (zeitweilige) Rückkehr in die Erwerbstätigkeit oder die Geburt eines weiteren Kindes.

Vor diesem Hintergrund untersuchte **Uta Brehm** bei der **6. Jahreskonferenz der Society for Longitudinal and Life Course Studies (SLLS)** am **5. Oktober 2016 in Bam-**



berg die Verhaltensmuster von Müttern zwischen dem ersten und zweiten Kind sowie deren Abhängigkeit von institutionellen Rahmenbedingungen. Sie ging davon aus, dass die Geburten und das Verhalten der Mütter zur Vereinbarkeitsproblematik eine Einheit bilden, die durch strukturelle und individuelle Faktoren wie die Familienpolitik und den Bildungshintergrund der Frauen beeinflusst wird.

Auf der Grundlage von Daten des NEPS-Surveys identifizierte sie fünf Muster von Frauen und ihrem Verhalten bei der Umsetzung der Vereinbarkeit zwischen der ersten und zweiten Geburt: Sie reichen von einer familienorientierten Perspektive mit unbezahlten Betreuungsleistungen sowie Teilzeiterwerbstätigkeit bis hin zu stärker berufsorientierten Mustern mit einer Vollzeitbeschäftigung. Darüber hinaus ist auch die rasche Entscheidung für ein zweites Kind eine Option, erläuterte Frau Brehm. Ihre Analysen belegen, dass Familienpolitik einen Haupteinfluss auf das unterschiedliche Verhalten in verschiedenen Bildungsgruppen der Mütter hat. So präferieren Mütter mit niedrigerer Bildung unbezahlte Betreuungsleistungen, während die höher Gebildeten die Vollzeit-erwerbstätigkeit bevorzugen. Besonders einschneidend wirkte sich zudem die Einführung der dreimonatigen Elternzeit 1992 aus, die den Anteil der Frauen, die unbezahlten Betreuungsleistungen nachgingen, zu Lasten der Vollzeiterwerbstätigkeit enorm ansteigen ließ. Dies zeigte sich in allen Bildungsgruppen mit Ausnahme der Akademikerinnen, betonte Frau Brehm. Die Ermöglichung von Teilzeiterwerbstätigkeit im Jahr 2001 hat ebenfalls zu differenzierten Verhaltensmustern zwischen den Bildungsgruppen geführt, analysierte sie.

Dr. Martin Bujard; Ralina Panova:

Zeitverwendung von Männern und Frauen in der Rush-hour des Lebens

Bei der **Ergebniskonferenz des Statistischen Bundesamtes zur Zeitverwendungserhebung 2012/2013 am 5. Oktober 2016 in Wiesbaden** haben **Dr. Martin Bujard** und **Ralina Panova** das Konzept der Rushhour des Lebens vorgestellt und Aspekte der Zeitverwendung in dieser Lebensphase untersucht. Dazu zählten beispielsweise die Haushaltsaktivitäten von Frauen und Männern im Lebenslauf sowie auch Aspekte wie Zeit- und Planungsdruck oder die Möglichkeit, in Ruhe auszuschlafen. Dabei ist der Begriff „Rushhour des Lebens“ im Hinblick auf

den Gebrauch in der internationalen und deutschen Forschung unterschiedlich definiert, wie Dr. Bujard betonte. So wird die Metapher „Rushhour“ bei Analysen zum Spannungsfeld von Fertilität, akademischer Laufbahn, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, dem Lebenslauf und der Familienpolitik verwendet. Allgemein muss die Rushhour von Lebensentscheidungen von der im Familienzyklus unterschieden werden, wobei letztere die Lebensphase mit kleinen Kindern kennzeichnet, da die Gesamtarbeitszeit, die Erwerbs-, Haushalts- und Fürsorgearbeit umfasst, hier sehr hoch ist.

Auf der Grundlage von Datensätzen der Zeitverwendungserhebung 2012/2013 analysierten Dr. Bujard und Frau Panova die Zeitverwendung eines Querschnitts-Lebenslaufs für Männer und Frauen ab 20 Jahren und nahmen dabei auch die Haushaltsaktivitäten nach Frauen und Männern getrennt in den Blick. Dabei zeigte sich, dass die Zeitverwendung bei Männern genauso intensiv ist wie bei den Frauen, wobei die Frauen einen intensiveren subjektiv empfundenen Druck verspürten und einen weniger erholsamen Schlaf haben. Eine Rushhour im Familienzyklus entsteht vor allem dann, wenn die Kinder noch kleiner als 6 Jahre sind. Dabei kommt es im Zuge der Rushhour nach der Geburt der Kinder vielfach zu einer Re-Traditionalisierung der Geschlechterverhältnisse, analysierte Frau Panova.

Dr. Martin Bujard:

Ursachen für Kinderlosigkeit und späte Elternschaft

Eine sozialwissenschaftliche Perspektive auf Kinderlosigkeit und späte Elternschaft präsentierte **Dr. Martin Bujard** bei der Tagung **„Die biologische Uhr anhalten? Social Freezing als neue Form der Familienplanung“ des Zentrums für Gesundheitsethik an der Evangelischen Akademie Loccum am 10. November 2016 in Hannover**. Er gab zunächst einen Überblick über die aktuelle Datenlage zu Kinderlosigkeit und späten Eltern und stellte Ursachen vor. Er betonte, dass der Anteil kinderloser Frauen bei den Geburtsjahrgängen der Frauen 1937 bis 1971 vor allem in Westdeutschland (und hier in den Großstädten) kontinuierlich angestiegen ist. Unterschiede bei der Kinderlosigkeit gibt es dabei vor allem beim Bildungsniveau. So ist der Anteil dauerhaft kinderloser Frauen bei Akademikerinnen in westdeutschen Großstädten am höchsten. Zudem steigt der Anteil der Eltern, die die Erstgeburt in ein höheres Alter verschieben. Demnach ist bei



den Erstgeburten ab 35 Jahren ein enormer Anstieg von 40 % zwischen 2004 und 2014 zu verzeichnen. Dieser Aufschub hat allerdings Konsequenzen, da mit steigendem Alter der Mutter die Risiken zunehmen. Auch sinken die Erfolgchancen reproduktionsmedizinischer Maßnahmen wie etwa der In-vitro-Fertilisation (IVF) vor allem ab 35 bzw. 40 Jahren. Zwar ist die Reproduktionsmedizin bei vielen Paaren oftmals hilfreich, jedoch steigt für Frauen, die zwei Kinder haben möchten, bei einem Aufschub des Kinderwunsches über das Alter 31 Jahre hinaus das Risiko, dies dann nicht mehr realisieren zu können, so Dr. Bujard.

Das sogenannte „Social Freezing“ – also das vorsorgliche Einfrieren unbefruchteter Eizellen zur späteren Verwendung – kann bei fehlendem Partner oder als Option für einen „Plan B“ durchaus hilfreich sein. Allerdings bestehen auch Gefahren, etwa im Hinblick auf neue Abhängigkeiten der Frauen und den Einfluss des Verfahrens auf individuelle und kollektive Lebensentwürfe.

Insgesamt sind die Ursachen für Kinderlosigkeit komplex und vielfältig, so der Politologe. So spielen neben einer vorhandenen Infertilität und einem fehlenden Kinderwunsch gesellschaftliche Ursachen eine große Rolle. Alles in allem sind die Ursachen für Kinderlosigkeit zu einem großen Teil gesellschaftlich bedingt. Elternschaft im 21. Jahrhundert sieht sich einer Vielzahl von Hürden gegenüber, wie zum Beispiel einem Widerspruch von einer abnehmenden Fruchtbarkeit und einer dynamischen Karriereentwicklung in der Arbeitswelt für viele Frauen mit 30-45 Jahren. Aber auch die nach wie vor (vor allem in Westdeutschland) mangelnde Akzeptanz von berufstätigen Müttern und aktiven Vätern sowie überhöhte Erwartungen an Eltern spielen hier eine Rolle.

Linda Lux:

Die Treiber des Geburtenrückgangs in Deutschland

Die niedrige durchschnittliche Kinderzahl in Deutschland lässt sich auf zwei Entwicklungen zurückführen: Zum einen ist der Anteil dauerhaft kinderloser Menschen in den letzten 50 Jahren angestiegen und zum anderen gibt es heute deutlich weniger Großfamilien mit mehr als zwei Kindern. Dies ist eine zentrale Erkenntnis der Forschungsgruppe „K&K – Kinderlosigkeit und Kinderreichtum“ am BiB, deren Projektziele und aktuelle Ergebnisse **Linda Lux** beim **Forschungskolloquium des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg**



Worin liegen die Ursachen für den Geburtenrückgang in Deutschland? Linda Lux gab beim Forschungskolloquium des ifb in Bamberg einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand und neue Ansätze. (Bild: Regina Neumann, ifb)

(ifb) am 25. Oktober 2016 in Bamberg vorstellte. Da die Geburtenrate nur ein Durchschnittswert ist, hinter dem eine Verteilung unterschiedlicher Paritäten und Familienkonstellationen steht, muss die Familienforschung die Frage nach dem niedrigen deutschen Geburtenniveau differenziert betrachten, betonte sie. So ist in Deutschland die niedrige Fertilität vor allem auf einen hohen Anteil an Kinderlosen und zugleich eine niedrige Zahl an „Kinderreichen“ (das heißt Eltern von mehr als zwei Kindern) zurückzuführen. Daher muss untersucht werden, welche Rahmenbedingungen dauerhafte Kinderlosigkeit fördern und welche dem Entstehen kinderreicher Familien im Wege stehen. Von Interesse ist auch die Frage, wie die Wege in die dauerhafte Kinderlosigkeit bzw. in den Kinderreichtum aussehen und ob sie geplant bzw. ungeplant sind. Dabei gibt es vor allem bei der Erklärung des ausbleibenden Kinderreichtums derzeit kaum Argumente. Zu den wenigen zählen der „Value of Children“-Ansatz, in dem der Grund, Kinder zu haben, vor allem durch ihren emotionalen Nutzen erklärt wird, der allerdings durch ein drittes Kind kaum noch gesteigert wird. Eine weitere Erklärung betont den Aufschub der Familiengründung durch lange Ausbildungszeiten und schwierige Berufseinstiege, die die Phase der Familiengründung und -erweiterung verzögern und dadurch auch verkürzen, betonte Frau Lux. Erschwert wird die Entscheidung für viele Kinder zudem durch eine latente Diskriminierung kinderreicher Familien und eine gesellschaftlich stark veranker-



te Zwei-Kind-Norm. Aufgrund der Defizite der wenigen vorhandenen Theorien müssen andere, kulturell orientierte Ansätze stärker entwickelt werden, resümierte sie. Auf jeden Fall zeigen erste empirische Befunde eines Projektes am BiB, das sich mit soziodemografischen und sozioökonomischen Einflüssen auf den Kinderreichtum beschäftigt, dass vor allem die bisherige Fertilitätsbiografie der Frauen und das Geschlechterverhältnis der beiden ersten Kinder wichtige Einflussfaktoren für die Geburt eines dritten Kindes in Deutschland sind.

Jasmin Passet-Wittig:

Bekanntheit und Nutzung von Unterstützungsangeboten bei Infertilität

Im Rahmen des Expert-/innenforums zur Stärkung der psychosozialen Kinderwunschberatung des **Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 16. September 2016** in Berlin stellte **Jasmin Passet-Wittig** Ergebnisse der BiB-Studie „Paare in Kinderwunschbehandlung (PinK)“ zur Bekanntheit und Nutzung von psychosozialen und psychologischen Unterstützungsangeboten für Paare vor. Demnach gaben nur 53 % der befragten Frauen und 33 % der Männer an, dass sie am Anfang einer Kinderwunschbehandlung schon einmal von einem Arzt darüber informiert wurden, dass eine solche Behandlung emotional anstrengend und auch belastend sein kann. Dabei zeigen sich vor allem die Frauen mit 74 % über Unterstützungsangebote wie zum Beispiel eine Beratung, Therapie oder Selbsthilfegruppen gut informiert. Bei den Männern sind es hier lediglich 44 %, die Kenntnis von solchen Angeboten haben. Hauptinformationsquellen für die Frauen sind den Angaben zufolge



Wie bekannt sind medizinische Unterstützungsangebote bei Infertilität und wer nutzt sie? Mit dieser Frage beschäftigte sich Jasmin Passet-Wittig in ihrem Vortrag im Bundesfamilienministerium. (Bild: BMFSFJ)

Infomaterialien, die im Kinderwunschzentrum ausliegen, die dortigen Ärzte sowie die Kinderwunschseiten im Internet, erläuterte Passet-Wittig. Dagegen stehen bei den Männern die Ärzte des Kinderwunschzentrums als Informanten an erster Stelle, gefolgt von Infomaterialien und der Homepage des Zentrums. Dazu ist auch die eigene Partnerin eine wichtige Quelle für Unterstützungsangebote. Darüber hinaus wurde nur 11 % der Frauen und 8 % der Männer in einem Kinderwunschzentrum schon einmal eine psychosoziale/psychologische Beratung empfohlen, wobei die Allerwenigsten ein solches Angebot genutzt haben.

Bei der Frage nach möglichen Themen der Beratung sollten aus Sicht der Autorin auch der „Plan B“ thematisiert werden. Denn selbst bei den befragten Personen, die sich für eine Kinderwunschbehandlung entschieden haben, kann sich mehr als ein Viertel eine Adoption oder Pflegeelternschaft vorstellen. Des Weiteren wird die mögliche Belastung des Mannes durch die Behandlung unterschätzt. Es zeigt sich, dass am Anfang der Behandlung insbesondere bei den Männern die generelle Bereitschaft relativ gering ist, bei Bedarf psychologische Unterstützungsangebote zu nutzen, resümierte Passet-Wittig.

Jasmin Passet-Wittig:

Wer nutzt die Reproduktionsmedizin in Deutschland?

Im welchem Maße Infertilität in Deutschland verbreitet ist, lässt sich mangels aktueller Daten kaum schätzen. Bei der **28. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Andrologie am 8. September 2016 in Saarbrücken** präsentierte **Jasmin Passet-Wittig** daher zu diesem Thema neue Erkenntnisse auf der Basis von Daten des BiB-Projekts zu „Paaren in Kinderwunschbehandlung“ (PinK-Studie) und des Beziehungs- und Familienentwicklungspans (pairfam). Sie untersuchte die Anteile der akut von Infertilität betroffenen Frauen und Männer in Deutschland und fragte, ob zwischen den von Infertilität Betroffenen und nicht Betroffenen sozialstrukturelle Unterschiede bestehen. Darüber hinaus stellte sie die Frage, ob sich Nutzer der Reproduktionsmedizin von der Grundgesamtheit der von Infertilität Betroffenen in ihren soziodemografischen Merkmalen und Einstellungen unterscheiden.

Was die Verbreitung von Infertilität betrifft, so zeigen sich zwischen den Geschlechtern nur geringfügige Unterschiede. 27- bis 29-jährige Männer sind deutlich seltener von Infertilität betroffen als gleichaltrige Frauen und



kinderlose Frauen und Männer stärker als Mütter und Väter. Eine Analyse der Unterschiede zwischen der Grundgesamtheit der von Infertilität Betroffenen und Nutzern der Reproduktionsmedizin im Hinblick auf soziodemografische Merkmale offenbart, dass die Nutzer tendenziell über eine bessere ökonomische Grundausstattung, einen höheren sozioökonomischen Status sowie eine höhere Bildung verfügen. Aus der Analyse ergeben sich erste Hinweise auf eine soziale Selektion in die Behandlung. Maßgeblich dafür sind einerseits die relativ hohen Behandlungskosten und die Regelungen zur Kostenübernahme durch die gesetzlichen Krankenkassen, die jeweils nur die Hälfte der Kosten für eine Behandlung übernehmen.

Dr. Lenore Sauer et al.:

Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern in Deutschland

In den vergangenen Jahren hat sich Deutschland nicht nur zu einem der wichtigsten Einwanderungsländer in Europa, sondern auch weltweit entwickelt. Dabei wandern verstärkt Personen aus sehr verschiedenen Herkunftsländern mit unterschiedlichen Motiven, Rechtsstatus und soziostrukturellen Charakteristika nach Deutschland zu, so dass die gegenwärtige Zuwanderung deutlich heterogener ist als die der Jahrzehnte zuvor. Für den Arbeitsmarkterfolg dieser Neuzuwanderer gibt es aus wissenschaftlicher Sicht bisher wenig Untersuchungen. Vorliegende Studien definierten lediglich sehr grobe Gruppen von Herkunftskontexten oder Zuwanderungszeiträumen. Erst mit den Daten des Zensus 2011 besteht die Möglichkeit der differenzierten Analyse zur Arbeitsmarktintegration für diese sehr unterschiedlichen Gruppen von Neuzuwanderern. Vor diesem Hintergrund untersuchte **Dr. Lenore Sauer** bei der **Statistischen Woche am 15. September 2016 in Augsburg** auf der Basis des Zensus 2011 Unterschiede zwischen Neuzuwanderern und der einheimischen Bevölkerung bei der Integration im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und identifizierte mithilfe logistischer Regressionen unterschiedliche Pfade der Arbeitsmarktintegration.

Bei hochqualifizierten Neuzuwanderern zeichnen sich drei solcher Pfade ab: Eine höhere Chance auf eine Tätigkeit in hoch komplexen Berufen haben einige hoch qualifizierte Neuzuwanderergruppen (z. B. OECD-Staaten außerhalb Europas, EU15 und Nicht-OECD-Staaten)

im Vergleich zu ähnlich qualifizierten Deutschen, betonte **Dr. Sauer**. Sie scheinen dabei eher bereit, eine Arbeitslosigkeit zu akzeptieren, um später einen adäquaten Job zu erlangen. Dem gegenüber weisen hoch qualifizierte Neuzuwanderer aus den EU10 (also den neun im Jahr 2004 beigetretenen Staaten sowie den EU2 (Rumänien und Bulgarien) nur minimal geringere Chancen als Deutsche auf Beschäftigung auf, diese Beschäftigung ist dann allerdings häufig nicht im Bereich hoch komplexer Berufe angesiedelt, so dass hier ein Pfad der Arbeitsmarktintegration beschränkt wird, der als Beschäftigung, aber zu Lasten eines nicht adäquaten Jobs beschrieben werden könnte. Einen dritten Pfad stellt die doppelte Benachteiligung dar, bei der Personen sowohl deutliche schlechtere Chancen auf Erwerbstätigkeit als auch auf eine Tätigkeit in einem hoch komplexen Beruf haben. Das trifft insbesondere auf Personen aus Drittstaaten wie der Türkei, den Nachfolgestaaten der UdSSR sowie dem Nahen und Mittleren Osten zu.

Dr. Andreas Ette, Susanne Stedtfeld, Fabienne Hüsgen: Repräsentation von Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst

In welchen Funktionen sind Beschäftigte mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst tätig? Dieser Frage widmeten sich **Dr. Andreas Ette, Susanne Stedtfeld** und **Fabienne Hüsgen** im Rahmen derselben Veranstaltung. Sie wiesen darauf hin, dass sich die Untersuchung der politischen Inkorporation von Zuwanderern lange auf die Repräsentation von Personen mit Migrationshintergrund in demokratisch gewählten Parlamenten und Institutionen konzentrierte. Unter dem Stichwort der interkulturellen Öffnung geriet der Staat als Arbeitgeber erst in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der Debatte. Trotz bestehender Legitimations- und Effektivitätsargumente sowie eines zunehmenden Wettbewerbs um Fachkräfte im demografischen Wandel, liegen für die Organisationen der staatlichen Administration gerade in Deutschland ungleich weniger Studien vor, die sich mit der interkulturellen Diversität des öffentlichen Dienstes auseinandersetzen.

Auf Grundlage des Mikrozensus sowie einer aktuellen Studie zur Erwerbssituation von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Bundesverwaltung lieferte der Vortrag erstmals umfassende Ergebnisse zur Arbeitsmarktintegration der Bevölkerung mit Migrations-



hintergrund in verschiedenen funktionalen Bereichen des öffentlichen Dienstes in Deutschland. Konkret untersuchten die Autoren die unterschiedlichen Zugangschancen zum öffentlichen Dienst. Im Mittelpunkt stehen hierbei verschiedene Generationen von Migrantinnen und Migranten und deren individuelle Sozialisationsbedingungen sowie unterschiedliche ethnisch und rechtlich definierte Zuwanderungsgruppen. Die Ergebnisse zeigen, dass Personen mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst deutlich unterrepräsentiert sind und zwar auch unter Kontrolle bestehender Ungleichheiten im Bildungsniveau, betonte Ette.

Dr. Andreas Mergenthaler:

Wie lassen sich erhebliche gesundheitliche Unterschiede innerhalb sozialer Statusgruppen erklären?

In einem Vortrag beim **Workshop der AG Medizinsoziologische Theorien auf dem gemeinsamen Kongress der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Soziologie (DGMS) und der Deutschen Gesellschaft für Medizinische Psychologie (DGMP) an der Charité in Berlin am 29. September 2016** hat **Dr. Andreas Mergenthaler** das Resilienz-Konzept als Erklärungsansatz für gesundheitliche Differenzen zwischen sozialen Lagen vorgestellt.

Dabei wird der Resilienz-Ansatz aus seiner Sicht als Ergänzung herkömmlicher Erklärungsansätze betrachtet. Bisherige empirische Studien, die überwiegend deskriptiv ausgerichtet sind, offenbaren ein theoretisches Defizit bei der Erklärung gesundheitlicher Ungleichheit, betonte Dr. Mergenthaler. Zudem vernachlässigen die gängigen defizitorientierten Ansätze die Gesundheitsunterschiede innerhalb von Statusgruppen und Schutzfaktoren, die eine gesundheitliche Anpassung an sozioökonomische Risiken ermöglichen. Das Resilienz-Konzept mit seiner Betonung der gesundheitlichen Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit von Individuen und Gruppen angesichts riskanter Lebensumstände oder -ereignisse geht bei der Analyse des Phänomens gesundheitlicher Ungleichheit über die gesundheitlichen Risiken zwischen bestimmten Soziallagen hinaus, erklärte er. Es nimmt vielmehr die gesundheitlichen Differenzen innerhalb solcher Statusgruppen in den Blick. Eine zentrale Rolle in dem Ansatz spielen hierbei protektive Faktoren. Darunter werden individuelle oder soziale Ressourcen, die den erfolgreichen Umgang mit Lebensrisiken ermöglichen, verstanden. Die Identifizierung solcher Faktoren könnte gerade in sozio-

ökonomisch benachteiligten Soziallagen helfen, Interventionen zur Verbesserung des Gesundheitszustandes zu fördern und somit zur Reduzierung des sozialen Gefälles zwischen sozioökonomischen Bevölkerungsgruppen beizutragen. Da es sich bei gesundheitlicher Resilienz um ein dynamisches Konzept handelt, spielen sozioökonomische Risiken aus früheren Lebensabschnitten ebenso eine Rolle, wie die lebenszeitliche Entwicklung protektiver Faktoren und deren Wechselwirkung mit kritischen sozialen Übergängen, wie z. B. Partner- oder Wohnortwechseln oder dem Übergang in den Ruhestand.

Michael Mühlichen:

Soziale Unterschiede in der Säuglingssterblichkeit im 19. Jahrhundert

Auf der **2. Konferenz der European Society for Historical Demography am 22. September 2016 in Leuven (Belgien)** untersuchte **Michael Mühlichen** die historische Entwicklung der Säuglingssterblichkeit in der Hansestadt Rostock und widmete sich im Speziellen der Frage, inwieweit sozioökonomische Faktoren die Höhe der Säuglingssterblichkeit im frühen 19. Jahrhundert beeinflussten. Als Datengrundlage dienen die Beerdigungs- und Taufregister der Rostocker Jakobikirche, welche weitgehend erhalten und zu einem großen Teil digitalisiert sind. Auf der Basis dieser Individualdaten wurden erstmals

1. ein Ereignisdatenanalysemodell gerechnet, um den Einfluss sozioökonomischer Variablen auf die Säuglingssterblichkeit in einer deutschen Stadt im 19. Jahrhundert zu messen;
2. die Säuglingssterbewahrscheinlichkeit der Stadt Rostock für das gesamte 19. Jahrhundert nach Geschlecht berechnet und
3. der Einfluss soziodemografischer Variablen auf die Todesursachenstruktur der Säuglingssterbefälle im 19. Jahrhundert mittels logistischer Regression gemessen.

Als Ergebnis dieser Analysen lässt sich für die Stadt ein im deutschlandweiten Vergleich äußerst niedriges Säuglingssterblichkeitsniveau feststellen, besonders für das erste Drittel des Jahrhunderts. Dabei kann ein signifikanter Einfluss der beruflichen Schicht des Vaters auf die Überlebenschancen des Kindes im ersten Lebensjahr für das frühe 19. Jahrhundert nachgewiesen werden: Neugeborene von beruflich schlechter gestellten Vätern weisen ein größeres Sterberisiko im ersten Lebensjahr auf als die Nachkommen beruflich besser gestellter Väter. Die



ser Einfluss gilt bei Betrachtung der Todesursachen jedoch nur im Zusammenhang mit Magen- und Darmkrankheiten, während andere Todesursachengruppen vor allem saisonal bedingt sind. Dies zeigt, dass die soziale Schicht nur dann eine Rolle spielt, wenn sie die Ernährungs- und Hygienebedingungen signifikant beeinflusst, betonte Mühlichen.

Er hob hervor, dass sich die Daten gut für weitergehende Analysen eignen. Mittels zusätzlicher Datenaufbereitung wären nicht nur eine Ausweitung des Untersuchungszeitraums, sondern auch die Anwendung weiterer historischer und demografischer Analysemethoden, wie Familienrekonstitution und Analysen zur Fertilität und Nuptialität, sowie genealogische Studien möglich.

Frank Swiaczny:**Aktuelle Trends, Herausforderungen und Chancen der aktuellen Migrationsentwicklung für das Ruhrgebiet**

Im Jahr 2015 befanden sich nach Schätzungen der Vereinten Nationen knapp über 65 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Zugleich wurden in den Industriestaaten im vergangenen Jahr 1,5 Millionen Asylanträge gestellt, davon etwa 480.000 in Deutschland. Im deutschen Ländervergleich nimmt Nordrhein-Westfalen auf der Grundlage des Verteilersystems nach dem „Königsteiner-Schlüssel“ aktuell rund 21 % der Flüchtlinge auf.

Vor diesem Hintergrund stellte **Frank Swiaczny** in seinem Vortrag bei der **Gesellschaft für Geographie und Geologie in Bochum am 21. September 2016** aktuelle Trends, Herausforderungen und Chancen der Migrationssituation für das Ruhrgebiet dar. Er widmete sich zunächst den Herkunftsregionen und den globalen Fluchtursachen. Demnach kamen 2015 die meisten Flüchtlinge vor allem aus zwei Ländern, die besonders von (Bürger-)Kriegshandlungen betroffen sind: Syrien und Afghanistan. Swiaczny betonte, dass neben (Bürger-)Kriegen künftig auch der Klimawandel verstärkt zu Migrationsbewegungen führen könne.

Ein Blick auf die Situation im Ruhrgebiet zeige, dass die Zahl der Bezieher von Asylbewerberleistungen in Nordrhein-Westfalen zwischen 2014 und 2015 sprunghaft angestiegen sei und sich zum Teil verdoppelt habe. Allerdings variere die Zahl zwischen den Regionen in NRW stark, was die Frage aufwerfe, welche Regionen im Hinblick auf den demografischen Wandel möglicherweise besonders profitieren könnten und ob Zuwande-

rung als Bewältigungsstrategie für die regionalen Folgen des Wandels fungieren könne. Dazu untersuchte Swiaczny auch, wie sich die gestiegene Migration langfristig auf den Rückgang und die Alterung der Bevölkerung auswirkt. Nach den Ergebnissen von Modellrechnungen zur sogenannten „replacement migration“ seien sehr hohe Wanderungssalden notwendig, um z. B. das Erwerbspersonenpotential bis 2050 konstant zu halten – nach aktuellen Berechnungen des IAB über 500.000 pro Jahr. Regional profitierten zwar viele Regionen von einer Zuwanderung und zwar besonders dort, wo die prognostizierte demografische Entwicklung vergleichsweise günstig verläuft, in den meisten Regionen mit starken Bevölkerungsrückgängen werde zusätzliche Zuwanderung aber vermutlich zu keiner generellen Trendwende führen.

Frank Swiaczny:**Folgen regionaler Disparitäten in Deutschland**

Mit neuen Mustern des demografischen Wandels befasste sich die **Konferenz der europäischen Kooperation „Joint Programming Initiative (JPI) – More Years Better Lives – The Potential and Challenges of Demographic Change“ am 1. und 2. Dezember 2016 in Rom**. Mit dabei war auch **Frank Swiaczny** aus dem BiB.

Im Rahmen einer Paneldiskussion gab er einen Überblick über den demografischen Wandel in Deutschland und stellte praktische Beispiele („best practice“) aus dem Demografieportal des Bundes und der Länder vor. Dabei wies er besonders auf die demografischen Herausforderungen steigender regionaler Disparitäten zwischen Regionen hin, die noch wachsen und solchen, die stark altern und schrumpfen. In letzteren droht neben anderen Problemen der Verlust des sozialen Zusammenhalts, warnte er mit Blick auf die demografische Entwicklung. Dies hat besonders für die ältere Bevölkerung Relevanz, so Swiaczny.

Das Hauptziel der Konferenz war die Präsentation neuer Forschungsprojekte, die im Rahmen des JPI gefördert werden.

Allgemein hat die JPI das Ziel, die Zusammenarbeit und Koordination zur Bewältigung des demografischen Wandels auf europäischer Ebene zu fördern. So verfolgt das

**Zur Homepage der JPI**[http:// www.jp-demographic.eu](http://www.jp-demographic.eu)



Konzept „More Years, Better Lives“ der JPI einen transnationalen, multidisziplinären Ansatz, der unterschiedliche Forschungsprogramme und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen zusammenführt, um Lösungen für die kommenden Herausforderungen unter anderem zur Be-

wahrung des sozialen Zusammenhalts in Europa zu erarbeiten. Erste Ergebnisse der Initiative sind auf deren Webseite veröffentlicht (siehe Kasten).

Texte: Bernhard Gückel, BiB

News von der BiB-Homepage

Bereitstellung von Datensätzen des BiB auf der Homepage zu Forschungszwecken

Das BiB führt zu verschiedenen Fragestellungen eigene Erhebungen durch, deren Daten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für weitergehende Untersuchungen zur Verfügung stehen. Die Daten werden normalerweise an GESIS weitergegeben und können dort abgerufen werden.

Aktuell werden durch das BiB Daten aus zehn eigenen Surveys zur Verfügung gestellt.

Dazu gehören:

Erhebung	Zeitraum	Zugang
Family and Fertility Survey	1992	GESIS
Generations and Gender Survey	2005-2010	GGP
Integrationsurvey	2000-2001	GESIS
Job Mobilities and Family Lives – Erste Welle	2007	GESIS
Job Mobilities and Family Lives – Zweite Welle	2010-2012	GESIS
Lebenserwartungssurvey	1984-1998	Kontakt
Leitbildsurvey	2010-2018	GESIS
Population Policy Acceptance Study	2003	GESIS
Transitions and Old Age Potential	2011-2019	GESIS
Weiterbeschäftigung im Rentenalter	2008	GESIS



Download der Datensätze unter

http://www.bib-demografie.de/DE/Forschung/Surveys/surveys_node.html

bzw. über die Startseite

<http://www.bib-demografie.de>



Buch im Blickpunkt

Tilman Mayer (Hrsg.):

Die transformative Macht der Demografie

Der demografische Wandel bewirkt Veränderungsprozesse, die sich in allen Bereichen der Gesellschaft bemerkbar machen und sowohl gesellschaftliche als auch politische Folgewirkungen nach sich ziehen. Dies gilt auch für die wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Thema, die angesichts der vielfältigen Auswirkungen vor großen Herausforderungen steht. Der vom ehemaligen Präsidenten der DGD, Prof. Dr. Tilman Mayer, herausgegebene Band, an dem auch BiB-Wissenschaftler mitgearbeitet haben, präsentiert einen Überblick über zahlreiche Forschungsansätze aus unterschiedlichen Disziplinen, die eines verdeutlichen: Dem Umbruch der ganzen Gesellschaft und der Veränderung sozialer Beziehungen durch veränderte Bevölkerungsstrukturen kann sich niemand entziehen. Es muss vielmehr darum gehen, die gesellschaftlichen und politischen Folgen des Wandels zu gestalten. Angesichts der Vielzahl an Beiträgen muss sich ein Überblick über den Band notgedrungen auf einige ausgewählte thematische Bereiche beschränken.

In insgesamt vier thematischen Kapiteln widmet sich der Band aktuellen Forschungsthemen der Bevölkerungswissenschaft bzw. Demografie und startet mit einem Interview mit Prof. Dr. Wolfgang Lutz vom Vienna Institute for Demography in Wien. Darin betont er den gesellschaftlichen Auftrag der Bevölkerungswissenschaft als Interventionswissenschaft, die die Möglichkeit hat, mittels Eingriffen in das System die Gesellschaft zu verändern bzw. zu verbessern. Dies werde umso wichtiger, als aus europäischer Sicht die derzeit entscheidende Frage ist, welche Auswirkungen die aktuellen Migrationsströme für die Bevölkerungsstruktur Europas und die Prozesse der Geburtenentwicklung und der demografischen Alterung haben werden. Daher ist die Demografie als Wissenschaft wichtig – auch wenn das in Deutschland bisher noch nicht

von allen Leuten angemessen wahrgenommen wurde. Aus seiner Sicht wird sich die Disziplin Kraft ihrer methodischen Stärke und gesellschaftlichen Relevanz in Zukunft weiter durchsetzen.

„Demografische Trägheit“ wird weiter wirken und die demografische Alterung antreiben

Dies gilt umso mehr, als die demografischen Prozesse, die zu einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft wie in Deutschland führen, durch eine dynamische Kraft gekennzeichnet sind, die eine Folge der gegebenen Altersstruktur einer Bevölkerung und einer bestimmten ca. 100-jährigen Bevölkerungsgeschichte ist. Der in diesem Zusammenhang von Dr. Charlotte Höhn in ihrem Beitrag verwendete Begriff der „demografischen Trägheit“ schrumpfender und alternder Populationen verweist bereits auf die Schwierigkeit, eine einmal gegebene Altersstruktur möglichst rasch zu ändern. Deshalb helfe auch ein dynamischer Geburtenanstieg nicht gegen die demografische Alterung, da ein schneller Anstieg der Kinderzahlen auf 2 bis 3 je Paar und nur 10 Prozent Kinderlosigkeit unrealistisch sei.

Solch massive Veränderungen im generativen Verhalten sind aus ihrer Sicht kaum vorstellbar, betont Höhn im zweiten Teil des Bandes zum Thema „Herausforderungen der Bevölkerungsentwicklung.“

Gleiches gilt für die Zuwanderung als Mittel gegen die demografische Alterung: Zum einen altern auch die Zugewanderten und zum anderen müssten die Zuwanderungszahlen in einem derzeit dauerhaft unvorstellbar höheren Bereich liegen als heute. So sei Zuwanderung zwar durchaus geeignet, die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter zu verstärken, aber nicht die demografische Alterung zu stoppen. Zu einem ähnlichen Schluss kommt Prof. Dr. Sonja Haug in ihrem Artikel. Sie betont, dass



Das Buch:
Tilman Mayer (Hrsg.):
Die transformative Macht der Demografie
Springer VS Wiesbaden 2017
ISBN 978-3-658-13165-4 (Print)
ISBN 978-3-658-13166-1 (eBook)
DOI 10.1007/978-3-658-13166-1



nur eine dauerhaft konstante Zuwanderung Auswirkungen auf die Altersstruktur Deutschlands hätte.

Konsequenzen der Alterung: prekärer Ruhestand infolge arbeitsmarktbezogener Ungleichheiten?

Der Anstieg der Lebenserwartung und eine zunehmend gesünder alt werdende Bevölkerung hat in den vergangenen Jahren zu einer Neubewertung der Phase Alter im Sinne eines produktiven Lebensabschnitts geführt. Dazu gehört auch die Frage, welche subjektiven Belastungen beim Ruhestandsübergang den Eintritt in die neue Lebensphase erschweren und sich so negativ auf mögliche Potenziale der Betroffenen im Alter auswirken.

Frank Micheel (BiB) untersucht auf der Basis der Studie „Transitions and Old Age Potential“ in seinem Beitrag, ob arbeitsmarktbezogene Ungleichheiten unmittelbar vor dem Ruhestand mit subjektiven Belastungen beim Ruhestandsübergang einhergehen. Seine Befunde zeigen, dass fast jede fünfte Person des relevanten Samples dem Risiko ausgesetzt ist, einen prekären Übergang in den Ruhestand zu erleben. Dazu lässt sich ein Zusammenhang zwischen der ungleichen Partizipation am Arbeitsmarkt und psychosozialer Belastung durch den Übergang in den Ruhestand nachweisen. Für die Betroffenen erhöht sich das Risiko des Auftretens neuer oder die Zunahme bestehender Gesundheitseinschränkungen in der nachberuflichen Lebensphase.

Eine demografiesensible Politik sollte daher die ungleich verteilten Lebenslagen und gesundheitlichen Ungleichheiten im Ruhestand besonders beachten und bereits vor dem Eintritt in den Ruhestand mit den entsprechenden Maßnahmen intervenieren, betont Micheel.

Wandel der Institutionen Ehe und Familie und die vielfältigen Folgen

Im zweiten Teil, der sich mit den Herausforderungen der Bevölkerungsentwicklung befasst, untersucht **Dr. Jürgen Dorbritz** (BiB) den Wandel der Institution Ehe und Familie in den beiden demografischen Übergängen und deren Einfluss auf das generative Verhalten. Demnach hat sich im Zuge des sogenannten zweiten demografischen Übergangs ein Wandel sowohl im generativen Verhalten (Geburtenrückgang, Anstieg von Kinderlosigkeit) als auch in den Geschlechterbeziehungen (Wandel der Lebensformen) durchgesetzt, der sich auch in einer reduzierten Verhaltensnormierung durch die Institutionen Ehe und Familie äußert.

Damit verbunden ist ein Wandel der Geschlechterrollen, in dem vor allem die Rolle der Frau einige tiefgreifende Veränderungen erfahren hat. Frauen sind nun zunehmend präsenter auf dem Arbeitsmarkt, ökonomisch unabhängiger und häufiger kinderlos. Hinzu kommt eine rückläufige Verbreitung des Bevölkerungsanteils in stabilen Paarbeziehungen, wie **Jan Eckard** und **Thomas Klein** in ihrem Artikel belegen. Demnach ist in Deutschland die Entwicklung von stabilen Partnerschaften seit Beginn der 1990er Jahre auf dem Rückzug, d. h. Partnerschaften mit einer Dauer von wenigstens einem Jahr sind seltener geworden.

Mit der voranschreitenden Institutionalisierung dieser Entwicklung schrumpft auch die Erwartung einer höheren Geburtenrate in Deutschland in den kommenden Jahren, wie **Olga Pötzsch** in ihrem Beitrag belegt. Damit sich trotz des immer noch niedrigen Niveaus und zum Teil verfestigter Muster beim Geburtenverhalten der Frauenkohorten eine tiefgreifende Änderung ergibt, müssten sich die langfristigen Trends wandeln. Dies betrifft in erster Linie den Anstieg der durchschnittlichen Kinderzahl, vor allem durch die Stabilisierung der Geburtenhäufigkeit bei den jüngeren Frauen. Zudem müsste sich der steigende Trend zu Kinderlosigkeit rasch wieder umkehren. Dabei muss offen bleiben, ob sich die aktuelle Zuwanderung aus den Regionen mit einer relativ hohen Fertilität auf die Geburtenrate in Deutschland auswirken wird.

Hohe Erwartungen an Eltern und ein verändertes Kinderbild

Eine oft vernachlässigte Ursache des dauerhaft niedrigen Geburtenniveaus in Deutschland untersucht **Prof. Dr. Norbert F. Schneider** (BiB) im 3. Teil zum Thema „Transformation der Familie.“ So spielen kulturelle Besonderheiten und Zuschreibungen der sozialen Konstruktion von Kindheit und Elternschaft und die in Deutschland vielfach überhöhten Erwartungen an „gute“ Eltern eine große Rolle für die Entscheidung, Kinder zu bekommen. Eine Analyse der öffentlichen medialen Diskurse über Kinder, Kindheit und Elternschaft offenbart eine Mixtur von Leistungsorientierung, Pflichterfüllung, Defizitperspektive und Alarmismus. Dadurch würden Eltern und ihre Kinder mit überhöhten Erwartungen unter Druck gesetzt, so dass das Scheitern am Ende vorprogrammiert sei. Somit dominiert eine Kultur des Bedenkens, Zweifelns und Sorgens um das Kind, die am Ende der Umsetzung des



Kinderwunsches im Wege steht. Die stark gestiegenen Ansprüche an gute Eltern und eine als gelingend geltende Erziehung gründen auf einem veränderten Kinderbild, in dem das Wohlergehen des Kindes in den Vordergrund rückt und weniger das der Eltern. Deren Situation in Deutschland muss allerdings verbessert werden. Es muss darum gehen, im Alltag eine Entlastung für sie zu schaffen durch eine bessere Infrastruktur und finanzielle Unterstützung, wo sie benötigt wird, lautet die Forderung. Insgesamt wurde in den letzten Jahren für die Kinder viel erreicht, wobei ein überzogener Protektionismus und eine Romantisierung von Kindern und Kindheit kontraproduktiv seien, lautet ein Fazit des Beitrags.

Begrenzte Möglichkeiten der politischen Steuerung: Was tun – und wie?

Die demografischen Prozesse der Alterung, des Fertilitätsrückgangs und der Zuwanderung werfen die Frage auf, in welchem Maße die Politik in gewissen Grenzen hier steuernd eingreifen kann. So hat Dr. Höhn in ihrem bereits erwähnten Artikel darauf hingewiesen, dass eine rechtzeitig eingeführte Familienpolitik (d. h. bevor die durchschnittlichen Geburtenzahlen dauernd unter das Bestandserhaltungsniveau von 2,1 Kindern je Frau gesunken sind) in Verbindung mit einem familienfreundlichen Klima wie beispielsweise in Frankreich dazu beitragen kann, den Wunsch nach zwei Kindern zu erfüllen. Damit hat sie implizit die Frage nach den politischen Gestaltungsmöglichkeiten der demografischen Entwicklung gestellt, mit denen sich die Beiträge im vierten Teil des Bandes befassen.

Dr. Martin Bujard (BiB) untersucht, ob es das Elterngeld als Teil eines familienpolitischen Paradigmenwechsels ohne demografische Elemente gegeben hätte. Er zeichnet dabei – unter besonderer Beachtung der demografischen Ziele – den Policy-Cycle der Elterngeldreform nach. Seine Ergebnisse belegen, dass das Agenda-Setting und dessen langfristige strategische Vorbereitung durch Gutachten und Bündnisse seit 2002 die Hauptursachen für die Durchsetzung der Elterngeldreform waren. Es wurden systematisch unterschiedliche Ziele der Reform betont, die eine Unterstützung durch mehrere politische Akteure und Interessengruppen befördert haben. Dabei hat vor allem das demografische Argument der Erhöhung der Geburtenrate als Ziel eine wichtige Rolle in allen Phasen des Reformprozesses gespielt. Die Analy-

sen Dr. Bujards weisen darauf hin, dass ohne das demografische Argument die Elterngeldreform nicht durchgesetzt worden wäre. Allerdings wäre das Elterngeld ohne die strategische Kommunikation der weiteren Ziele (dazu gehörten neben der Steigerung der Geburtenrate u. a. Einkommen sichern, Erwerbstätigkeit von Müttern erhöhen, Gleichstellung von Frauen und Männern) nicht umsetzbar gewesen. Dabei hat der Befund, dass demografische Argumente für die Elterngeldreform entscheidend waren, gezeigt, dass die Bedeutung der Demografie für die deutsche Politik in den letzten Jahren zugenommen hat.

Dies belegt auch der Beitrag von **Prof. Dr. Michael Hüther** im vierten Teil des Bandes, der Demografiepolitik gar als eigenes Politikfeld definiert. Seiner Meinung nach hat eine Demografiepolitik den Anspruch der aktiven Gestaltung im Legitimationskontext der Volkssouveränität. Demografiepolitik wird hier als Querschnittspolitik verstanden, die zwar kein eigenes Ministerium benötigt, gleichwohl aber mit anderen Politikfeldern stärker verzahnt werden muss.

Dazu skizziert im abschließenden Interview des Bandes die ehemalige Bundesfamilienministerin, **Dr. Renate Schmidt**, die Rolle der Familienpolitik als Gesellschaftspolitik. Hier müsse es um ein geschlossenes Handeln seitens der Bundesregierung zur aktiven Gestaltung des demografischen Wandels und seiner Folgen gehen. Unter einer nachhaltigen Familienpolitik versteht sie, Menschen mit Kinderwunsch die Möglichkeit zu geben, diesen auch zu verwirklichen. Dabei steht die Vereinbarkeit von Beruf und Kindern im Mittelpunkt, betont sie. Aus ihrer Sicht wäre dazu eigentlich ein Demografieministerium nötig, das federführend alle politischen Maßnahmen daraufhin abklopft, welche Konsequenzen sie vor dem Hintergrund des demografischen Wandels haben. Der demografische Wandel müsse auf jeden Fall ernst genommen werden – schließlich ist er mit den Worten Prof. Mayers nicht unser Schicksal – aber er erfasst uns alle.

Bernhard Gückel, BiB



Kurz vorgestellt

Katharina Mahne; Julia Katharina Wolff; Julia Simonson; Clemens Tesch-Römer (Hrsg.):

Altern im Wandel. Zwei Jahrzehnte deutscher Alterssurvey. Springer VS Wiesbaden 2017



Das vorliegende Buch zum Deutschen Alterssurvey (DEAS) stellt mit einem breiten Themenspektrum dar, dass die Lebensphase Alter vielfältig ist und sich wandelt: Ältere Menschen sind heute aktiver als vor 20 Jahren. Sie sind länger erwerbstätig, engagieren sich häufiger ehrenamtlich, sie treiben mehr Sport und sind mehrheitlich sozial

gut eingebunden. Nehmen aber auch die Ungleichheiten im Alter zu? Befunde zu dieser Frage liefert der DEAS, die bundesweit wichtigste repräsentative Langzeitbefragung von Menschen, die sich in der zweiten Lebenshälfte befinden, also 40 Jahre und älter sind. Der DEAS wird seit 1996 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) finanziert. Das Buch zum DEAS 2014 stellt einen wesentlichen Teil der Sozialberichterstattung zum Thema Alter dar, ist Grundlage der Seniorenpolitik auf Bundesebene und Impulsgeber der sozial- und verhaltenswissenschaftlichen Altersforschung. (Verlagstext)

Julia Simonson, Claudia Vogel, Clemens Tesch-Römer (Hrsg.):

Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der deutsche Freiwilligensurvey 2014. Springer VS Wiesbaden 2017



Diese Studie ist eine aktuelle Bestandsaufnahme zum freiwilligen Engagement. Die Ergebnisse basieren auf dem Deutschen Freiwilligensurvey, der 2014 zum vierten Mal im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) durchgeführt wurde. Die Autor/innen klären die Fragen: Wer engagiert sich aus welchen Beweggründen? Wie ist freiwilliges Engagement ausgestaltet und an welche Ressourcen und Rahmenbedingungen ist es geknüpft? Wie hat sich freiwilliges Engagement gewandelt? (Verlagstext)

Impressum



Herausgegeben vom Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung – Ausgabe 6/2016 – 37. Jahrgang

Schriftleitung: Dr. Evelyn Grünheid

Redaktion: Bernhard Gückel

Dienstgebäude: Friedrich-Ebert-Allee 4, 65185 Wiesbaden

Telefon: (0611) 75 22 35

E-Mail: post@bib.bund.de

De-Mail: kontakt@bib-bund.de-mail.de

Internet: www.bib-demografie.de

ISSN 1869-3458 / URN:urn:nbn:de:bib-bfa0620166

„Bevölkerungsforschung Aktuell“ erscheint alle 2 Monate. Die Publikation kann im Abonnement im PDF-Format bezogen werden.

Anmeldungen bitte an bev-aktuell@bib.bund.de. Das Heft finden Sie auch auf der Homepage des BIB (www.bib-demografie.de).

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet (Bevölkerungsforschung Aktuell 6/2016 des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung).

Belegexemplar erbeten.